

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 18. März 2024

Ergänzende Beschlüsse zum Europawahlprogramm 2024

Inhalt

Ein Europa, das Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnet	8
Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit der EU etablieren	8
Europäische Bildungsmobilität stärken	8
Erasmus+ stärken.....	8
Europäische Hochschulen.....	9
Digitaler, europäischer Studierendenausweis.....	9
Entwicklung eines europaweiten Online-Bewerbungsportals	9
Forschung: So viel Open-Access wie möglich	9
Duale Ausbildung europaweit etablieren.....	9
Gründung eines Europa-Hub für politische und digitale Bildung.....	10
Mit Künstlicher Intelligenz in Richtung Zukunft.....	10
Eine Europäische Arbeitsplattform gegen Fachkräftemangel und Jugendarbeitslosigkeit.....	10
Berufsabschlüsse europaweit unkompliziert und schnell anerkennen.....	10
Grundsätze der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Europa	11
Europaweite Vorsorge ermöglichen	11
EU-Außenkulturpolitik stärken	11
Kulturaustausch zwischen den Mitgliedsländern stärken	11
Förderung des Jugendaustauschs zwischen der EU und UK.....	12
Mehrsprachigkeit und Englisch als Zweitsprache für alle fördern	12
Englisch als zweite Sprachkompetenz für alle Verwaltungsvorgänge einführen	12
All-Generationenwerk für den Wiederaufbau der Ukraine.....	12
Ein Europa, das Wachstum und Spitzeninnovationen hervorbringt	14
Soziale Marktwirtschaft in Europa.....	14
Wettbewerbsfähigkeits-Test	14
Stresstests für wirtschaftliche Souveränität.....	14
Dauerhafte strategische Souveränität bei Technologien statt Protektionismus-Wettlauf.....	15
Europäische Souveränität bei Kritischen Rohstoffen herstellen	15

Innovationsprinzip als Leitlinie	16
Mit Technologieoffenheit zum Erhalt unserer Wirtschaftskraft und damit unseres Wohlstands beitragen!	16
Europäische Wettbewerbsordnung.....	16
Für ein wirtschaftlich dynamisches Europa	17
Für einen multilateralen Investitionsgerichtshof	17
Für Investitionen und Arbeitsplätze	17
Die Wirtschaftskrise in der EU gemeinsam überwinden	18
Regionale Potentiale fördern, statt traditionelle Strukturen verwalten	18
Bürokratiefolgen von EU-Gesetzgebung minimieren	19
Mittelstand ganz groß.....	19
KMU-Definition an die Lebensrealität anpassen	20
Freiheiten im Binnenmarkt stärken.....	20
Gemeinnützigkeit ohne Grenzen	20
Nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten für Gründerinnen und Gründer sowie junge Unternehmen	21
Stärkung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) beziehungsweise „InvestEU“	21
Europäische Agentur für Sprunginnovationen	21
Kontinent der Innovation und Erfinder	22
Disruptive Trends europäisch angehen und Unabhängigkeit wahren	22
Chancen der Gen- und Biotechnologie nutzen.....	22
Zeit zu Handeln – Partnerschaften statt Abschottung	23
Multilateralismus stärken – Die Welthandelsorganisation (WTO) reformieren	23
Weltfreihandelszone der Demokratien schaffen.....	24
Freihandel stärken – Abkommen schneller verhandeln und ratifizieren	24
Freihandelsabkommen und Investitionsschutz nur auf EU-Ebene.....	24
Handelsabkommen mit Kanada (CETA) EU-weit ratifizieren.....	25
Transatlantische Zusammenarbeit als Antwort auf Inflation Reduction Act (IRA).....	25
Ein neuer Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA auf Basis des Trade and Technology Council (TTC)	25
Handel mit Südamerika entschlossen vorantreiben.....	26
Handel zwischen EU und asiatischen Ländern ausbauen	26
Freihandel mit Australien umgehend stärken	27
Für eine pragmatisch strukturierte Handelspolitik mit Indien	27
Zeit für ein Freihandels- und Investitionsabkommen mit Taiwan.....	27
Keine Ratifizierung des Investitionsabkommen mit China (CAI)	28
Mehr Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Ländern	28
Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern durch Handel stärken	28

Für eine praxisnahe Europäische Lieferkettenrichtlinie	29
Ausgleichsmaßnahmen für CO2-starke Einfuhren (CBAM) evaluieren	29
Ökologie und Ökonomie in Freihandelsabkommen vereinen	29
Anti-Zwangs-Instrument (ACI) gegen Erpressung durch Autokratien	30
Technologiepartnerschaften für Fortschritt und Wachstum.....	30
Investitionsscreening	30
Investitionskontrolle bei kritischer Infrastruktur.....	30
Keine Einwanderung in die Sozialsysteme.....	31
Entsenderichtlinie modernisieren	31
Kein dauerhaftes SURE-Programm	31
Arbeitszeit national regulieren	32
Faire Arbeitsbedingungen auf Plattformen schaffen, Solo-Selbstständigkeit erhalten	32
Arbeitsmigration in Pflege und Betreuung stärken	32
Europäischen Binnenmarkt vollenden.....	32
EU-Verpackungsverordnung praxisnah und zukunftsgerichtet gestalten	33
Wirtschaft für den Krisenfall rüsten, planwirtschaftliche Eingriffe verhindern	33
Snus und Mentholzigaretten legalisieren	34
Kurzzeitvermietungen fair und bürokratiearm regeln.....	34
Wahlfreiheit beim Mobilfunkvertrag.....	34
Weniger Bürokratie und mehr wirtschaftliche Dynamik in Europa.....	34
Digitales Meldeportal für Berichtspflichten der EU-Kommission.....	35
Bürokratieabbau durch „Sunset-Klausel“	35
Kritische Folgenabschätzung verlässlich vornehmen	35
Europäisches Gesellschaftsrecht	36
Ein Europa, das Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung schützt.....	37
Keine Kompromisse bei der Wahrung unserer rechtsstaatlichen Prinzipien in Europa!	37
Weiterentwicklung des Rechtsstaatsmechanismus	37
Rettungsschirm für den Rechtsstaat in Europa	37
Stärkung der europäischen Rechtsstaatlichkeit	38
Pressefreiheit innerhalb der EU stärken.....	38
Für eine Aufwertung der europäischen Grundrechteagentur.....	38
Europäische Verfassungsbeschwerde einführen.....	39
Europäische digitale Verwaltung	39
Bürgerrechte im digitalen Raum verteidigen - der Chatkontrolle eine klare Absage erteilen	39
Datenschutz effektiv gestalten	40
Internationalen Datenschutz rechtssicher gestalten.....	40
Für Datenschutz als Standortvorteil Europas	40
Modernes Urheberrecht statt Uploadfilter	40

Fluggastdatenspeicherung abschaffen	41
Kontrollierte Freigabe von Cannabis in der EU ermöglichen.....	41
Für eine Weiterentwicklung von Europol zum Europäischen Kriminalamt.....	41
Für eine starke Europäische Staatsanwaltschaft.....	41
Für ein funktionierendes europäisches Asylsystem	42
Einwanderung in den Arbeitsmarkt steuern – Talentpool mit Punktesystem einführen	42
Für ein Europa der Frauenrechte.....	42
Häusliche Gewalt europaweit bekämpfen	43
Genitalverstümmelung in Europa und international muss enden	43
Wechselseitige Anerkennung reproduktiver Rechte.....	43
Frauen-Volkskrankheit Endometriose besser bekämpfen	43
Möglichkeit der Erwerbstätigkeit von Frauen verbessern.....	43
Beruflicher Aufstieg für Frauen und Mädchen	44
Für ein Europa, das Vielfalt schützt	44
LSBTIQ europaweit schützen	44
Anerkennung von Regenbogenfamilien und Personenstand.....	45
Außen- und Entwicklungspolitik der EU	45
Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung fördern.....	45
Ein Europa, das Freiheit, Sicherheit und Demokratie weltweit stärkt	46
Für eine entscheidungs- und handlungsfähige EU in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	46
Für einen Beauftragten für Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	46
Für ein Europa, das strategisch und vernetzt handelt.....	46
Die Vereinten Nationen reformieren – Europa bei den VN stärken.....	47
Europäischen Pfeiler in der NATO festigen und Zusammenarbeit unter europäischen Bündnispartnern stärken.....	47
Für den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle	47
Zwischenstaatlichen Austausch verstärken.....	48
Militärische Fähigkeiten bündeln	48
Für eine europäische Rüstungsexportkontrolle mit Augenmaß.....	48
Die EU und ihre Mitgliedstaaten vor Desinformation schützen.....	48
Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene vertiefen.....	49
Ukraine beim Wiederaufbau aktiv unterstützen.....	49
Gegenseitiges Verständnis für die strategischen Kulturen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken.....	49
Neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich	50
EU-Beziehungen zur Türkei neu ausrichten.....	50
Mit Ländern Asiens globale Zukunftsaufgaben angehen	50

Lateinamerika-Engagement stärken.....	51
Die Ukraine muss den Krieg gewinnen.....	51
Das oppositionelle Russland unterstützen.....	51
Für eine klare Strategie gegenüber Russland.....	51
Jin, Jiyan, Azadi – Iranische Freiheitsbewegung unterstützen.....	52
Von China unabhängiger werden.....	52
Die EU an der Seite der Demokratie Taiwan.....	52
Für eine vertiefte interessens- und werteorientierte Entwicklungszusammenarbeit.....	52
Der BRICS-Erweiterung ein Angebot der Freiheit und Selbstbestimmtheit gegenüberstellen.....	53
Die Führungsrolle der EU bei der Umsetzung der Agenda 2030 ausbauen.....	53
Global Gateway stärken und weiterentwickeln.....	53
Wasser darf keine Waffe sein.....	53
Fluchtursachen präventiv bekämpfen.....	54
Neustart für die „Union für den Mittelmeerraum“.....	54
Für eine neue europäische Afrika-Strategie.....	54
Für einen integrierten Ansatz in der EU-Afrika Strategie.....	55
EU-afrikanischen und innerafrikanischen Handel massiv vorantreiben.....	55
Die gemeinsame Zusammenarbeit in Digitalisierung, Innovation und Forschung vorantreiben.....	55
Zivile Krisenprävention vorantreiben.....	55
Konsequente Strafverfolgung: Ein Sondertribunal für die Ukraine einrichten.....	56
Den Opfern vergessener Krisen konstant eine Stimme geben.....	56
Europa auch im Weltraum besser schützen.....	56
Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen muss weltweit beendet werden.....	57
Menschenrechte in Europa stärken und verteidigen.....	57
Menschenrechtsinstitutionen stärken und Zusammenarbeit verbessern.....	57
Strategische Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit vorantreiben.....	58
Stärkung der Teilhabe von Frauen weltweit.....	58
Ein Europa, das Handlungsfähigkeit und solide Finanzen gewährleistet.....	59
Solide Finanzen.....	59
Transparenz des EU-Haushalts.....	59
Mehr Priorisierung des Mehrjährigen Finanzrahmens.....	59
Solidarität innerhalb der EU.....	59
Bankenunion vertiefen - Stabilität und Wettbewerb stärken.....	59
Kapitalmarktunion konsequent vorantreiben.....	60
Europäische Investitionsbank stärken.....	61
Reform der Wegzugsbesteuerung.....	61
Inflationsbekämpfung hat Vorrang.....	61
EU-Beitrittsverhandlungen realistisch betreiben.....	62

Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten	62
Ein Europa, das digital, klimaneutral und modern zusammen wächst	63
EU-Digitalgesetze effektiv umsetzen	63
Digitaler Binnenmarkt.....	63
Netzneutralität sicherstellen	63
Digitalen Binnenmarkt stärken, Geoblocking audiovisueller Inhalte beenden	63
European Valley – Rahmenbedingungen für Start-ups verbessern.....	64
Grenzüberschreitende Start-up-Inkubatoren ermöglichen.....	64
Deutsch-französisches KI-Reallabor schaffen	64
EU zum Hotspot für Künstliche Intelligenz machen	65
Europäische Cybersicherheitsstandards.....	65
Bürger müssen EU-weit mit einer digitalen Identität unterwegs sein können	65
Schnelle Umsetzung eines EU-weiten, digitalen und einheitlichen Visaverfahrens	65
Energiemarkt ohne Grenzen.....	66
Marktwirtschaftliches Strommarktdesign für die Energiewende	66
Europäische Energieaußenpolitik	66
Energiepartnerschaften mit zuverlässigen Partnern	67
Marktwirtschaft beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.....	67
Schaffung eines Rechtsrahmens für die Speicherung und Nutzung von CO2	67
Eigener innovationsfreundlicher Rechtsrahmen für Kernfusion	68
Gas- und Wasserstoffpaket	68
Ausbau von Infrastruktur und Erneuerbaren Energien beschleunigen	68
Wahlfreiheit sichern – Erneuerbare Kraftstoffe und E-Fuels für den Klimaschutz nutzen	68
Ein generationengerechtes Treibhauslimit.....	69
Negative Emissionen.....	69
Mehr Wald für den Klimaschutz – in Europa und weltweit.....	69
Fairen Wettbewerb durch einheitlichen CO2-Preis sichern – „Carbon Leakage“ verhindern	70
Erhalt einer gesunden Umwelt und Schutz der Natur.....	70
Koexistenz mit dem Wolf gewährleisten – Bestandsmanagement beginnen.....	70
Unideologischer Umgang mit zurückgekehrten und invasiven Tier- und Pflanzenarten	70
Einheitliche Erfassung von Gesundheitsdaten	71
Stärkung der EU durch gemeinsame Beschaffungen	71
Weniger Bürokratie für einen erfolgreichen Gesundheitsstandort Europa	71
Fairer Wettbewerb auf Europas Schienen.....	72
Schaffen wir ein Europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz	72
Einheitlicher Europäischer Eisenbahnraum.....	72
Interrail und europaweites Bahnticket.....	73
Mobilität einfach machen – Chancen der Digitalisierung nutzen	73

Klimaneutrale Luft- und Schifffahrt	73
Durchstarten mit einer neuen Weltraumpolitik.....	73
Gemeinsame Marsmission der freien Welt	74
Flugtaxi und unbemannte Luftfahrzeuge.....	74
Führerschein ist gelebte Freiheit: Begleitetes Fahren stärken und Altersdiskriminierung zurückweisen	74
Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft stärken.....	75
Innovation in der Landwirtschaft ermöglichen	75
Pflanzenschutz durch Innovationen ermöglichen	75
Europäisches Tierschutzlabel und europaweite Tierschutzstandards	76
Nachhaltiger Lebensmittelmarkt.....	76
Fischereipolitik.....	76

Ein Europa, das Bildungs- und Aufstiegschancen eröffnet

Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit der EU etablieren

Wir Freie Demokraten fordern die Anerkennung der europaweiten Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit der EU.

Ob im Schüleraustausch in Frankreich, der Berufsausbildung in Schweden, im Studium in Polen oder im Freiwilligendienst in Malta – Bildung ist für uns Grundlage für Aufstieg und somit elementare Voraussetzung für Chancengerechtigkeit. Deshalb halten wir es für zentral, dass der europäische Bildungsraum allen jungen Menschen, allen Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden in Europa offensteht.

Europäische Bildungsmobilität stärken

Wir Freie Demokraten streben an, die europäischen Berufsausbildungs- und Schulsysteme, dort wo es der Bildungsmobilität dient, stärker zu harmonisieren und Noten-Referenzrahmen zu schaffen. Daher wollen wir den Kopenhagen-Prozess zu Qualität und Anerkennung der beruflichen Bildung auf schulische Bildung ausweiten und zu einem Erfolg wie dem Bologna-Prozess machen.

Viel zu häufig scheitert die europäische Bildungsmobilität an unterschiedlichen Systemen, die keineswegs aufeinander abgestimmt sind, sowie einer komplizierten Notenumrechnung, die viele junge Menschen von einem Auslandsaufenthalt im europäischen Ausland abhält. Dies wollen wir nun überwinden. In einem ersten Schritt fordern wir daher die Angleichung der Semester- und Prüfungszeiten in der EU und fordern die Europäische Kommission auf, hierzu den vermittelnden Anstoß zu geben. Bei der beruflichen Bildung wollen wir besonders dafür werben, jungen Menschen europäische Perspektiven im Handwerk und den dualen Ausbildungsberufen aufzuzeigen.

Erasmus+ stärken

Wir Freie Demokraten wollen Erasmus+ stärken, indem wir die Mittel für Erasmus+ erhöhen, den Zugang für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Azubis verbessern und den Staaten des Europarats, der EU-Nachbarschaftspolitik und dem Kosovo den Status als Programmland anbieten.

Erasmus+ ist eine Erfolgsgeschichte. Unzählige Studierende haben durch Erasmus+ die Chance erhalten, Europa zu erleben. Diesen Erfolg wollen wir ausbauen. Mittels einer Online-Plattform zur Vernetzung von Betrieben, Berufsschulen und Azubis wollen wir Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt erleichtern. Unser Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler sechs Monate ihrer Schulzeit im Ausland verbringen können, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Schließlich ist Erasmus+ ein Weg, die Zivilgesellschaften Europas und seiner Nachbarländer enger zu vernetzen.

Europäische Hochschulen

Wir Freie Demokraten wollen multinationale Hochschulen in Grenzregionen und Studiengänge sowie Prä-Doc- und Post-Doc-Programme, die den Aufenthalt an mindestens zwei europäischen Hochschulen bzw. Forschungsinstituten bedingen, besonders unterstützen. Das gilt insbesondere für Studiengänge mit einem Doppelabschluss an mehreren Universitäten.

Durch die besondere, finanzielle Förderung solcher Hochschulen und Studiengänge, die sich besonders für eine echte europäische Integration im Bildungssektor eignen, wollen wir einen starken Anreiz für einen Ausbau dieser Integrationsleistungen setzen.

Digitaler, europäischer Studierendenausweis

Wir Freie Demokraten wollen einen digitalen Europäischen Studierendenausweis einführen, damit Studierende sich europaweit unkompliziert und digital ausweisen können.

Die Einführung des Europäischen Studierendenausweis hat es vielen Studierenden erleichtert, sich im europäischen Ausland auszuweisen. Wir wollen den nächsten Schritt gehen und den Ausweis digitalisieren.

Entwicklung eines europaweiten Online-Bewerbungsportals

Wir Freie Demokraten fordern die Entwicklung eines europaweiten Online-Bewerbungsportals, durch das Studieninteressierte sich an Universitäten in ganz Europa für die Zulassung zu einem Studium bewerben können.

Wir wollen, dass Studieninteressierte die beste und für sie passendste Universität für sich finden und sich an dieser möglichst unkompliziert bewerben können. Dies kann, über ein einheitliches Bewerbungsportal erleichtert werden.

Forschung: So viel Open-Access wie möglich

Wir Freie Demokraten wollen allen europäischen Studierenden und Forschenden die Möglichkeit geben, digital auf so viele Lerninhalte und wissenschaftliche Inhalte wie möglich zuzugreifen.

Längst besteht die technische Möglichkeit, Barrieren des Lernens zwischen unterschiedlichen europäischen Hochschulen hinter uns zu lassen. Schon jetzt ist es möglich, digital auf Bibliotheken zuzugreifen. Wir wollen hier weiter Barrieren überwinden, die Studierende und Forschende davon abhalten, auf wissenschaftliche Inhalte zuzugreifen. Deshalb setzen wir uns für Open-Access für EU-geförderte Forschungsprojekte ein, die veröffentlicht werden.

Duale Ausbildung europaweit etablieren

Wir Freie Demokraten fordern, dass EU-Förderprogramme verstärkt für die Anschubfinanzierung dualer Ausbildungssysteme genutzt werden, wo diese bisher nicht existieren.

Das Modell der dualen Ausbildung hat in hohem Maße zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands beigetragen. Sie ermöglicht, in der Ausbildung einen betrieblichen und einen schulischen Teil miteinander in Einklang zu bringen und hat so hervorragende Fachkräfte hervorgebracht. Nun möchten wir, dass junge Menschen europaweit von diesem Modell profitieren können.

Gründung eines Europa-Hub für politische und digitale Bildung

Wir Freie Demokraten wollen – in Anlehnung an die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung – neutrale politische Bildung und Informationen europaweit aufarbeiten und digital erlebbar machen, indem wir ein Europa-Hub für politische und digitale Bildung schaffen.

Mit Künstlicher Intelligenz in Richtung Zukunft

Wir Freie Demokraten wollen in der EU eine global führende KI-Industrie etablieren. Um ein europaweit innovationsförderndes Umfeld zu schaffen, müssen urheberrechtliche Fragen geklärt und der Einsatz von KI nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im Bildungswesen angekurbelt werden.

KI kann in vielerlei Hinsicht gewinnbringend für einen erfolgreichen Bildungsweg eingesetzt werden. Mit KI-Anwendungen können wir Lehrkräfte entlasten und Schülerinnen und Schüler individueller fördern, etwa in der Diagnostik und Förderung sowie mit passgenauen Lernmaterialien.

Eine Europäische Arbeitsplattform gegen Fachkräftemangel und Jugendarbeitslosigkeit

Wir Freie Demokraten wollen die European Employment Services zu einer Europäischen Arbeitsplattform ausbauen.

Die neue digitale Europäische Arbeitsplattform soll sowohl europaweit Job- und Ausbildungsplätze vermitteln als auch eine echte Koordinationsrolle für die nationalen Arbeitsagenturen in der EU übernehmen, die es braucht, um Jugendarbeitslosigkeit auf der einen Seite und Fachkräftemangel in Europa auf der anderen Seite zu bekämpfen. Dabei darf es zu keinen Doppelstrukturen mit der Bundesagentur für Arbeit (BA), den European Employment Services (EURES) oder der EU-Arbeitsbehörde kommen.

Berufsabschlüsse europaweit unkompliziert und schnell anerkennen

Wir Freie Demokraten fordern digitale One-Stop-Shops in jedem Mitgliedstaat, um die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zeitnah und unbürokratisch umzusetzen.

Die bürokratische, komplizierte und langwierige Anerkennung von Berufsabschlüssen, die im Ausland erworben wurden, steht der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch zu oft im Weg. Oft sind Abschlüsse vorhanden, aber die komplizierte Realität ihrer Anerkennung im Ausland verschließt künstlich Türen. Deshalb braucht jeder Mitgliedstaat eine zentrale Stelle, die eine einfache und schnelle Übersetzung ausländischer Abschlüsse in ihre nationalen Pendanten ermöglicht.

Grundsätze der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Europa

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu Recht Aufgabe der Mitgliedstaaten sind. Nur in Fragen, die tatsächlich eine erhebliche grenzüberschreitende Bedeutung für den Binnenmarkt oder die Arbeitnehmerfreizügigkeit haben, ist die EU politisch gefordert, Regelungen zu treffen. Die EU-Arbeitszeitrichtlinie wollen wir flexibilisieren und die EU-Mindestlohnrichtlinie abschaffen.

Europaweite Vorsorge ermöglichen

Wir Freie Demokraten begrüßen die Einführung des Pan-European-Personal-Pension-Product als Maßnahme auf dem Weg, die grenzüberschreitende Inanspruchnahme privater Altersvorsorgeprodukte europaweit zu erleichtern. Durch verstärkte Koordination der Mitgliedstaaten wollen wir es ermöglichen, dass diese Ansprüche digital und einfach berechnet werden können, um Arbeitskräften eine langfristige Rentenplanung zu ermöglichen.

Ansprüche aus nationalen Pflichtrentensystemen lassen sich in der EU beliebig kombinieren. Bei vielen Job- und Ortswechsellern bleiben die konkreten Ansprüche vor Eintritt ins Rentenalter aber oft undurchsichtig und nur schwer berechenbar. Damit uneingeschränkte Mobilität in Europa zur Realität wird, darf die Arbeitskräftemobilität nicht durch das Verzerren der Altersvorsorge behindert werden. Eine EU-weite Plattform soll über die nationalen Altersvorsorgesysteme, die unterschiedlichen Besteuerungen und Möglichkeiten der Portierbarkeit informieren sowie die verschiedenen Rentenanprüche berechnen und dadurch mehr Transparenz schaffen. Wir stärken den Wettbewerb bei der kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge durch einfacheren grenzüberschreitenden Zugang.

EU-Außenkulturpolitik stärken

Wir Freie Demokraten wollen, dass Kultur in der Außenpolitik der EU eine größere Rolle spielt. Dazu sollen Kommission, Europäischer Auswärtiger Dienst und Kulturinstitute der Mitgliedstaaten effizienter zusammenarbeiten.

Die EU ist ein reicher, vielfältiger kultureller Raum von großer Strahlkraft. Dieses kulturelle Potential für globalen Werte- und Zukunftsdialog soll gezielter genutzt werden, um die Attraktivität des liberalen Modells in Konkurrenz zu autoritären Systemen herauszustellen. Die EU als kultureller Akteur ist weniger historisch belastet als ihre Mitgliedstaaten. Im regionalen und multilateralen Kontext ist sie zugleich stärker. Die Kulturinstitute der Mitgliedstaaten arbeiten in Pilotprojekten gut zusammen. Es bedarf keiner neuen, teuren Strukturen.

Kulturaustausch zwischen den Mitgliedsländern stärken

Wir Freie Demokraten fordern in der Kulturpolitik der EU ein stärkeres Engagement im internationalen Kulturaustausch.

Kunst und Kultur sind für Europa identitätsstiftend. Sie schaffen Brücken zwischen den Menschen verschiedener Länder. Intakte Kulturbeziehungen sind dementsprechend wesentlicher Teil des bilateralen Beziehungsgeflechts zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Gerade in Zeiten neuer gemeinsamer Herausforderungen kommt dem Kulturaustausch eine hohe Bedeutung zu.

Förderung des Jugendaustauschs zwischen der EU und UK

Wir Freie Demokraten fordern die Gründung eines Europäisch-Britischen Jugendwerkes, durch das der Austausch von Schülerinnen und Schülern aus dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der EU gefördert werden soll.

Die junge Generation im Vereinigten Königreich hat sich beim Brexit-Referendum 2016 mehrheitlich für „Remain“ ausgesprochen und ist nun am stärksten von den Auswirkungen der Entscheidung betroffen, die Europäische Union zu verlassen. Wir Freie Demokraten wollen sicherstellen, dass junge Menschen dies- und jenseits des Ärmelkanals die Chance haben, sich kennenzulernen, damit unser Kontinent trotz des Brexits weiter zusammenwachsen kann.

Mehrsprachigkeit und Englisch als Zweitsprache für alle fördern

Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch in Europa mindestens zwei Fremdsprachen, darunter Englisch, sprechen kann. Wir streben deshalb insbesondere an, dass Englisch innerhalb der Europäischen Union ab der Grundschule unterrichtet wird.

Mehrsprachigkeit gehört zu Europa und erlaubt uns den Zugang zu anderen Kulturen. Eine gemeinsame Sprache aber erleichtert das Leben für alle – egal, ob bei Reisen ins Ausland, in der Ausbildung, beim Studium und bei der Arbeit oder bei der Begegnung mit Menschen aus anderen Ländern. Über die Hälfte der Europäerinnen und Europäer spricht bereits Englisch als Zweitsprache. Wir wollen deshalb insbesondere englischen Sprachunterricht sowie auch weitere Formen der Mehrsprachigkeit fördern.

Englisch als zweite Sprachkompetenz für alle Verwaltungsvorgänge einführen

Wir Freie Demokraten fordern, Englisch europaweit als zweite Verwaltungssprache einzuführen. Dabei sind insbesondere die Chancen, die Künstliche Intelligenz etwa beim Übersetzen von Formularen und Verwaltungsdokumenten bietet, zu nutzen.

Alle Europäer sollen in anderen europäischen Ländern mit staatlichen Stellen sprechen können. Das ist eine große Erleichterung für Reisen, Arbeit, Ausbildung und Studium. Deshalb unterstützen wir es, wenn Verwaltungsmitarbeiter Englisch lernen und Verwaltungsstellen darauf achten, auf ausreichende Sprachkompetenzen zurückgreifen zu können.

All-Generationenwerk für den Wiederaufbau der Ukraine

Wir Freie Demokraten wollen ein All-Generationenwerk für die Zukunft der Ukraine gründen, das allen Bürgerinnen und Bürgern in allen Mitgliedstaaten ermöglicht, beim Wiederaufbau in der Ukraine aktiv zu unterstützen.

Wir wünschen uns, dass Deutsche und Franzosen, Ungarn und Portugiesen sich in Zukunft nicht nur die Hand reichen, sondern gemeinsam ukrainische Schulen und Kindergärten wiederaufbauen – ganz im Geiste der Europäischen Union.

Ein Europa, das Wachstum und Spitzeninnovationen hervorbringt

Soziale Marktwirtschaft in Europa

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Europäische Union als Wirtschaftsstandort attraktiv und wettbewerbsfähig bleibt. Dies sichert Wohlstand für alle. Dafür müssen wir den richtigen Rahmen schaffen. Hierbei setzen wir auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft und erteilen Planwirtschaft und Subventionswettläufen eine klare Absage.

Sowohl die doppelte Transformation auf dem Weg zu Digitalisierung und Klimaneutralität als auch internationale Abhängigkeiten stellen die Wirtschaft in Europa vor große Herausforderungen. Die aktuelle von der Leyen-EU-Kommission begegnet dem jedoch mit den falschen Instrumenten: Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Unternehmen durch Detailsteuerung zu bevormunden, Absätze zu garantieren, Ressourcen zuzuteilen und Preise künstlich festzusetzen. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Wettbewerb, mehr freien Handel und bessere Investitionsbedingungen für Private.

Wettbewerbsfähigkeits-Test

Wir Freie Demokraten fordern, dass jegliche EU-Maßnahmen und Regulierungen auf ihre Auswirkungen auf Europas Wettbewerbsfähigkeit geprüft werden.

Wettbewerbsfähige Unternehmen sind eine Voraussetzung für eine florierende europäische Wirtschaft. Die EU-Politik hat massive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, da sie sich auf die Geschäftskosten (Energiepreise, Rohstoffe, Arbeitskosten usw.), auf ihre Innovationsfähigkeit (Investitionen in Forschung und Entwicklung, überzogene gesetzliche Anforderungen, die die Innovationsfähigkeit behindern) und auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit (Zugang zu Drittmärkten, Risiko von Vergeltungsmaßnahmen) auswirkt.

Beim Vergleich der EU mit unseren Handelspartnern schneiden wir jedoch weder beim Anteil an der weltweiten Wertschöpfung, noch bei den FuE-Ausgaben, den Lohnstückkosten oder niedrigen Energiepreisen erstklassig ab. Daher ist ein verpflichtender Wettbewerbsfähigkeits-Test mit dem Ziel der Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit dringend notwendig.

Stresstests für wirtschaftliche Souveränität

Wir Freie Demokraten fordern, dass die EU-Kommission regelmäßige Abhängigkeits-Stresstests durchführt, um Risiken zu identifizieren, die durch einseitige Abhängigkeiten in Bezug auf systemrelevante Unternehmen oder kritische Produkte entstehen können.

Dabei sollten unter anderem geopolitische Risiken und kritische Lieferkettenengpässe evaluiert werden. Gemeinsam mit betroffenen Unternehmen sollen die Probleme präventiv angegangen werden, um gesamtwirtschaftliche Abhängigkeiten und schulden- oder steuerfinanzierte Hilfsprogramme zu vermeiden.

Autoritäre Regime haben ein großes Interesse daran, wirtschaftliche Abhängigkeiten aufzubauen und diese auch als Druckmittel gegen die EU zu verwenden.

Mit Abhängigkeits-Stresstests wollen wir verhindern, dass sich ein Szenario wie die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der Abhängigkeit von russischem Gas wiederholt, insbesondere mit Blick auf die zunehmend aggressive Politik der Volksrepublik China. Wir halten aber weder eine Entkopplung noch nationale Alleingänge für wirtschaftlich oder sicherheitspolitisch sinnvoll. Ziel muss stattdessen sein, die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU für den Ernstfall abzusichern.

Dauerhafte strategische Souveränität bei Technologien statt Protektionismus-Wettlauf

Wir Freie Demokraten wollen zur Absicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit strategische Souveränität für Rohstoffe Hand in Hand mit Souveränität im Bereich strategischer Technologien umsetzen.

Der Kommissionsvorschlag zum Net Zero Industry Act springt hier viel zu kurz. Statt eindimensionaler Fokussierung auf grüne Technologien braucht es vorausschauendes Planen für eine dauerhafte Souveränität: dazu sind auch die Bereiche Digitalisierung und Verteidigung sowie zukünftig wichtige Technologien – wie Kernfusion und E-Fuels – einzubeziehen. Basis sollten Stresstests zur Früherkennung von Kapazitätsengpässen bei strategischen Technologien bilden. Zudem müssen wir die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern stärken und verstetigen, um verlässliche internationale Wertschöpfungsketten aufzubauen, statt wie die Kommission mit europäischen Produktionsquoten auf wirtschaftliche Abschottung Europas zu setzen. Die vorgesehenen One-Stop-Shops und Vereinfachung von Genehmigungsprozessen sind zu begrüßen, müssen aber für echten Bürokratieabbau konsequent umgesetzt und erweitert werden. Nur so kann auch Europas Industrie sinnvoll in die strategische Souveränität eingebunden und diese damit erfolgreich umgesetzt werden.

Europäische Souveränität bei Kritischen Rohstoffen herstellen

Wir Freie Demokraten wollen Europas Souveränität bei kritischen und strategischen Rohstoffen auf ein solides Fundament stellen. Davon hängen die Produktion und Versorgung, somit Europas Wohlstand und Selbstbestimmung ab.

Mit zielgerichteten wirtschaftlichen Anreizen für Produktion und Recycling in Europa, dem Ausbau strategischer Rohstoff-Partnerschaften mit Drittstaaten auf Augenhöhe sowie einer Forschungs- und Innovationsoffensive für alternative Werkstoffe und Produktionsmethoden entlang der gesamten Wertschöpfungskette bereiten wir den Weg für Europas offene wirtschaftliche und geopolitische Souveränität. Wir beflügeln Unternehmen – allen voran den europäischen Mittelstand – nicht durch Subventions-Lawinen, sondern durch die Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsprozessen, den Abbau lähmender bürokratischer Hürden sowie die Einführung von Risikogarantien. Ein Europäischer Rohstoff-Fonds unter dem Dach von „Global Gateway“ der Europäischen Investitionsbank soll hierbei private Investoren begleiten und gleichzeitig die zwischen der EU und Drittstaaten vereinbarte Zusammenarbeit zum gemeinsamen Erfolg führen. Produktion, Recycling, Innovation, Partnerschaften – das ist der Vierkampf für Europas Rohstoff-Souveränität.

Innovationsprinzip als Leitlinie

Wir Freie Demokraten wollen das Innovationsprinzip als Leitlinie der EU-Politik verankern. Europa schaut noch immer zu sehr auf die Risiken neuer Entwicklungen, statt auch die Chancen in den Blick zu nehmen.

Neuen Ideen mehr Raum geben – regulatorisch und durch Risikokapital –, Forschung- und Entwicklung verstärken, Ausprobieren und Scheitern zulassen, um daraus zu lernen, die besten und kreativsten Köpfe anwerben: all das wird uns gesellschaftlich und wirtschaftlich stärker machen. Daher wollen wir das Innovationsprinzip als Teil der „Grundsätze der besseren Regulierung“ verankern, um systematisch das Potential von Neuerungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen.

Mit Technologieoffenheit zum Erhalt unserer Wirtschaftskraft und damit unseres Wohlstands beitragen!

Wir Freie Demokraten setzen auf Technologieoffenheit, damit Europas Wirtschaft im immer intensiveren Wettbewerb bestehen kann.

In vielen Segmenten gibt es immense Anstrengungen, Weltmarktführer zu sein oder zu werden. Dabei werden alle Möglichkeiten neuer Technologien genutzt und deren Weiterentwicklung vorangetrieben. Das Beharren auf vermeintlich modernsten Standards erweist sich viel zu oft als Rückschritt, was leider häufig zu schmerzhaften Marktanteilsverlusten führt. Deshalb müssen in allen Bereichen vorurteilsfrei Forschung und Entwicklung vorangetrieben werden. Das bedeutet zum Beispiel, dass in der Gebäudeenergie nicht nur von staatlicher Seite eine Technik (etwa die Wärmepumpe) erlaubt und gefördert werden darf, sondern es müssen auch andere Energieformen, wie etwa der Einsatz von Wasserstoff, ermöglicht und gefördert werden. Ähnliches gilt für die Mobilität. Denn in Ergänzung zur E-Mobilität breitet sich mehr und mehr der Einsatz von erneuerbaren Kraftstoffen wie E-Fuels oder auch von Brennstoffzellen im Schwerverkehr aus, sodass sich über die Skaleneffekte die Nutzung im Pkw-Sektor entwickeln kann. Im Primär-Energiebereich zeichnen sich günstige Perspektiven für die Fusions-Technologie unter Einbeziehung modernster Laser ab und die Einsatzmöglichkeiten der Kernenergie mit sehr geringen Risiken werden via sog. Small Modular Reactors (SMR) vorangetrieben. Wir brauchen in Europa Technologieoffenheit, um die besten Forscher und Entwickler in der EU zu halten sowie um im weltweiten Wettbewerb nicht hoffnungslos zurückzufallen.

Europäische Wettbewerbsordnung

Wir Freie Demokraten wollen die faire und regelbasierte europäische Wettbewerbsordnung schützen und stärken und damit internationale Standards setzen. Gerade liberale Kommissare haben dafür gesorgt, dass keine Preisabsprachen zwischen Unternehmen und kein Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie mittelständischer Konkurrenz geduldet wurden.

Wettbewerbsverzerrende Praktiken, etwa durch direkte oder indirekte Subventionen, sind auch in der Zukunft konsequent zu unterbinden. Wir wollen verhindern, dass die Konzentration von Marktmacht durch Zusammenschlüsse echten Wettbewerb und Innovation behindert. Das schadet insbe-

sondere Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie der Zukunftsfähigkeit des Standortes. Wir wenden uns daher entschieden gegen die politische Förderung von „nationalen Champions“. Derlei Alleingänge innerhalb des europäischen Binnenmarktes bremsen Innovationen und die Skalierbarkeit aus. Das schwächt letztlich die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber amerikanischer und chinesischer Konkurrenz. Wir sehen die Soziale Marktwirtschaft als lernendes System und als Modell für eine ökonomische Friedensordnung – nicht nur in Europa.

Für ein wirtschaftlich dynamisches Europa

Wir Freie Demokraten wollen ein marktwirtschaftliches Europa, das sich durch dynamisches und nachhaltiges Wachstum auszeichnet.

Dies wird nur möglich sein, wenn die Europäische Union die Herausforderungen von Digitalisierung, Entkarbonisierung und der geänderten geopolitischen Lage positiv verarbeitet und in Fortschritte des Wohlstands umsetzt. Das gilt für alle EU-Regionen. Zwar wird es, bedingt durch Geschichte und Wirtschaftsstruktur, stets nationale Unterschiede in der Prosperität in Europa geben. Gleichwohl muss gewährleistet sein, dass alle EU-Mitgliedstaaten am technologischen Fortschritt teilhaben können und einen vielversprechenden Platz in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung finden. Dies erfordert auf nationaler Ebene öffentliche und private Investitionen in Bildung und Forschung sowie in die Energie-, Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur. Die EU muss dort unterstützen, wo Hindernisse für das Wachstum nur mithilfe der EU zu beseitigen sind, insbesondere im transnationalen Bereich.

Für einen multilateralen Investitionsgerichtshof

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen modernen und transparenten Investitionsschutz ein, denn Investitionsgerichtsbarkeit hat in der Vergangenheit ausländische Direktinvestitionen nachweislich erhöht.

Wir wollen deshalb, dass das bestehende System aus Ad-hoc-Schiedsverfahren von bilateralen Schiedsgerichten durch einen ständigen multilateralen Investitionsgerichtshof ersetzt wird. Klagen von Investoren könnten so durch ein Investitionsgericht mit öffentlich bestellten Richterinnen und Richtern entschieden werden. Das stärkt die Transparenz und Legitimität dieser Verfahren. Anders als bisher üblich, würden die Richterinnen und Richter nicht mehr von den Parteien für jeden Streitfall ernannt werden, sondern die Mitgliedstaaten würden – wie am Europäischen Gerichtshof (EuGH) – Richterinnen und Richter für eine feste Amtszeit ernennen. Dies sichert nicht nur die Kontinuität der Rechtsprechung des Gerichts, sondern auch seine Neutralität und Unabhängigkeit. Auch würden die Kammern nach einem objektiven Verfahren ohne Mitsprache des klagenden Investors zusammengestellt, die Schriftsätze veröffentlicht und die Verhandlungen öffentlich durchgeführt werden. Schließlich sollte es an diesem multilateralen Investitionsgerichtshof einen echten Berufungsmechanismus geben.

Für Investitionen und Arbeitsplätze

Wir Freie Demokraten wollen privates Kapital für Investitionen mobilisieren, um moderne, gut bezahlte Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Arbeitslosigkeit und schlechte Zukunftsperspektiven

sind nicht nur persönliche Schicksalsschläge, sondern gefährden auch die politische Stabilität Europas.

Neben Strukturreformen und einer Bekämpfung der Inflation setzen wir auf eine Stärkung der Europäischen Investitionsbank, die Umgestaltung der Strukturförderung im EU-Haushalt hin zu mehr Zukunftsinvestitionen und die Vertiefung des Binnenmarktes, gerade auch bzgl. der Möglichkeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich in der gesamten Europäischen Union um Arbeit zu bemühen. Zudem brauchen wir für mehr private Investitionen schnellere Genehmigungszeiten, mehr Planungssicherheit und Raum für Innovationen, weniger Bürokratie sowie ausreichend qualifizierte Fachkräfte. Wirtschaftswachstum lässt sich nämlich nicht mit immer mehr Staatsausgaben erkaufen – es entsteht durch unternehmerische Initiative und neue Ideen.

Die Wirtschaftskrise in der EU gemeinsam überwinden

Wir Freie Demokraten wollen eine Neuaufstellung der europäischen Kohäsions- und Innovationspolitik.

Bewährte Instrumente wie „Horizon Europe“, „InvestEU“ oder auch die Europäische Investitionsbank wollen wir schlagkräftiger machen. Die europäische Innovationspolitik soll gezielt schwächeren Regionen zugutekommen, um dort ineffiziente Strukturen zu überwinden. Dabei muss das europäische Prinzip gelten: Der Erfolg der Starken fördert das Aufholen der Schwächeren. Gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg sind für uns Teil des Friedensprojekts der europäischen Einigung. Die wirtschaftliche Erholung aller Mitgliedstaaten muss ein zentrales Ziel der europäischen Politik sein.

Regionale Potentiale fördern, statt traditionelle Strukturen verwalten

Wir Freie Demokraten wollen eine grundlegende Reform der EU-Kohäsionspolitik, welche den Zusammenhalt zwischen den Regionen und zwischen den EU-Mitgliedstaaten fördern soll. Regionalpolitik nach dem Gießkannenprinzip ist ebenso fehl am Platze wie eine Politik der Subventionierung alter Wirtschaftssektoren, Industrien und überkommener Geschäftsmodelle.

In der regionalen Entwicklungspolitik sowie in der Forschungs- und Innovationspolitik müssen auch länderübergreifende Kooperationen angestrebt werden. Dabei sind folgende Zieldimensionen – nach absteigender Priorität – zu berücksichtigen:

1. Subsidiäre Unterstützung für schwache Regionen, damit ein Minimum an ökonomischer und sozialer Leistungskraft vor Ort gehalten und entwickelt werden kann.
2. Stärkung von Regionen mit Entwicklungspotential, damit deren Potentiale gehoben werden können.

Dabei gilt es, die Voraussetzungen für bestmögliche Entwicklungen zu schaffen. Deren Fehlen hat in der Vergangenheit zu massiver Abwanderung junger Leistungsträger geführt: öffentliche Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit qualitativ hohen Standards, private Investitionen in innovative Technologien, Netzwerke zwischen Hochschulen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Zwischen den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds – namentlich dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds – bedeutet dies eine Gewichtsverlagerung zugunsten des EFRE, der sich noch stärker als bisher in den geförderten Regionen Europas auf die strukturellen Ursachen von Wachstumsschwächen und Innovationshemmnissen konzentrieren soll. Außerdem sollen mehr Mittel des EFRE für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereitgestellt werden. Insbesondere grenzübergreifende Investitionen in Infrastruktur und Verkehr sind nötig, um wirtschaftliche Potentiale regional und grenzübergreifend zu fördern.

Bürokratiefolgen von EU-Gesetzgebung minimieren

Wir Freie Demokraten begrüßen, dass die EU-Kommission grundsätzlich eine kritische Folgenabschätzung für neue EU-Vorhaben durchführt, bemängeln aber, dass dieser wichtige Schritt aus politischen Gründen manchmal entfällt. Auch während des EU-Gesetzgebungsprozesses beschlossene grundlegende Änderungen sollten von Rat und Parlament auf ihre Folgen hin geprüft werden. Eine Erleichterung kann es auch durch eine bessere Regelungstechnik geben. Da sich Vorgaben aus EU-Richtlinien leichter ins nationale Recht einfügen und den Mitgliedstaaten mehr Spielraum geben, ist diese Rechtsform grundsätzlich vorzugswürdig. Auch eine Verordnung kann ausnahmsweise der bessere Weg sein, wenn zum Beispiel die absehbar sehr unterschiedliche Umsetzung einer Richtlinie im nationalen Recht weiterhin zu Handelshemmnissen und Unsicherheiten für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen führen würde (zum Beispiel im Verbraucher- oder Datenschutz).

Ein weiteres gutes Beispiel für Bürokratieabbau ist die Anhebung der EU-Schwellenwerte für öffentliche Ausschreibungen – anstatt der niedrigen derzeitigen Schwelle, die Kommunen und Städte dazu zwingen, auch bei kleinen Aufträgen europaweite Ausschreibungen vorzunehmen, ohne dass sich Unternehmen aus anderen EU-Ländern dafür bewerben.

Mittelstand ganz groß

Wir Freie Demokraten wollen, dass die mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer in Europa faire Chancenerhalten, sich im Wettbewerb durchzusetzen.

99 Prozent der Unternehmen in Europa sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – über 60 Prozent der Arbeitsplätze und über 80 Prozent der Ausbildungsplätze befinden sich in diesem Bereich. Der Mittelstand ist das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und Motor für Wachstum und Wohlstand, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und soziale Integration. Im Vergleich zu Großunternehmen stellen bürokratische Vorgaben für den Mittelstand eine besondere Belastung dar. Das „Think Small First“-Prinzip muss daher in der Praxis stärker zur Geltung gebracht werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Mittelstandsdefinition realitätsgerecht überarbeitet wird, Regulierungen auf einer unabhängigen und transparenteren Folgenabschätzung basieren und der KMU-Test auf europäischer Ebene verpflichtend angewendet wird. Um die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und ihre Finanzierungsmöglichkeiten sicherzustellen, wollen wir bestehende Förderprogramme wie „Horizon Europe“, das „Single Market Programm“ und „InvestEU“ speziell für Mittelständler weiterentwickeln und ausbauen. Wir wollen Europas Mittelstand beflügeln – zum Wohle aller!

KMU-Definition an die Lebensrealität anpassen

Wir Freie Demokraten wollen die bisherige Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auf europäischer Ebene der Lebensrealität anpassen.

Auch Unternehmen mit mittelgroßer Kapitalisierung („Small-Mid Caps“) und größerer Kapitalisierung („Mid Caps“) sollen zukünftig als europäischer Mittelstand definiert werden und so in ausgewählten EU-Politikbereichen – etwa in der Umwelt-, Klima- oder Außenwirtschaftspolitik – als solche berücksichtigt werden können. Diese Regelung soll auch insbesondere kleine und mittlere Familienunternehmen, in denen die Unternehmerin oder der Unternehmer einen maßgeblichen persönlichen Einfluss ausübt, das unternehmerische Risiko trägt und das Unternehmen ihre oder seine persönliche Erwerbs- und Existenzgrundlage sichert, mit umfassen. Dies stärkt gerade den deutschen Mittelstand und wird die Unternehmen erheblich – beispielsweise von europäischen Berichtspflichten und damit europäischer Bürokratie – entlasten.

Freiheiten im Binnenmarkt stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Geltung der Freiheiten des europäischen Binnenmarkts wieder zu einem grundlegenden und übergreifenden Prinzip der EU-Politik machen.

Die Vereinbarkeit sozialer Rechte, Verbraucher- oder Datenschutzinteressen mit den Freiheiten des Binnenmarkts sollte nicht zu weniger Auswahl, höheren Kosten und weniger Konvergenz für die Europäer führen. Europa braucht vielmehr faire Wettbewerbsbedingungen ohne Beschneidung der Bewegungsfreiheit für Menschen, Kapital, Waren, Dienstleistungen und Daten. Daher sollte der Binnenmarkt nicht in der alleinigen Verantwortung einer Generaldirektion oder eines Ausschusses liegen, sondern ein zentraler politischer Grundsatz aller Dienste der EU-Institutionen als „Binnenmarkt-Freiheits-Netzwerk“ sein. Es ist der Binnenmarkt, der unseren europäischen Bürgerinnen und Bürgern sowie unseren Unternehmen, enorme greifbare Vorteile bringt

Gemeinnützigkeit ohne Grenzen

Wir Freie Demokraten wollen grenzüberschreitende Aktivitäten gemeinnütziger Organisationen in der EU erleichtern. Denn wir befürworten und unterstützen Initiativen aus der Mitte der Gesellschaft, die das Gemeinwohl fördern.

Gemeinnützige Vereine, Organisationen und Stiftungen schaffen in Europa Raum für zivilgesellschaftliches Wirken – ob im Sozialen, für Bildung und Innovation, für Umwelt und Tierwohl, gegen Krankheiten und Rassismus. So engagieren sich in der EU ca. 147 000 philanthropische Organisationen mit fast 60 Milliarden Euro im Jahr. Doch dabei stoßen sie auf vielfältige Hindernisse: etwa sind die Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus, das Spenden und Kooperationen noch immer problematisch, wenn sie grenzüberschreitend erfolgen. Auch sind häufig Stiftungen aus anderen Mitgliedstaaten den inländischen nicht gleichgestellt. Dadurch entstehen jährlich Kosten von über 90 Millionen Euro. Geld, das besser für einen guten Zweck als für Bürokratie ausgegeben werden sollte. Wir wollen diese Hürden beseitigen und grenzüberschreitende Aktivitäten gemeinnütziger Organisationen in der EU erleichtern. Zudem fordern wir die Schaffung einer neuen europäischen Rechtspersönlichkeit für gemeinnütziges Wirken als zusätzliche Option zum nationalen Vereins- und Stiftungsrecht.

Nachhaltige Finanzierungsmöglichkeiten für Gründerinnen und Gründer sowie junge Unternehmen

Wir Freie Demokraten wollen europäischen Gründerinnen und Gründern und jungen Unternehmen in der Wachstumsphase eine nachhaltige Finanzierung ermöglichen. Insbesondere wollen wir eine europäische Venture-Capital-Verordnung, die beste Bedingungen für Wagniskapital schafft.

So wollen wir verhindern, dass die besten Ideen und Köpfe aus der EU abwandern, weil vor allem die zweite Finanzierungsrunde in der EU nicht mehr gestemmt werden kann. Ein „Zukunftsfonds Europa“ könnte durch entsprechende Risikobündelung Venture Capital an zukunftssträchtige, junge und innovative Unternehmen geben. Dabei sollen Synergien zum „InvestEU“-Programm und sich daraus ergebende Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden. Zudem setzen wir uns für eine Vereinheitlichung der Regeln zum Crowdfunding in der Europäischen Union ein. Wir wollen außerdem ein unabhängiges Inkubator-Programm etablieren, das europaweit in großer Zahl Unternehmensgründungen anregt, coacht und zur Finanzierung über privates Wagniskapital bringt. Hierbei kann auf erprobte Methoden (zum Beispiel „Lean Startup“) zurückgegriffen werden.

Stärkung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) beziehungsweise „InvestEU“

Wir Freie Demokraten unterstützen nachdrücklich den zentralen Teil des „Investitionsplanes für Europa“, mit dem die Europäische Union eine verbesserte, zielgenauere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln anstrebt.

Mithilfe der Europäischen Investitionsbank (EIB) sollen auf diesem Wege Investitionen mobilisiert werden – mit Schwerpunkten auf Infrastruktur, Forschung und Entwicklung von klimaschonenden Technologien sowie Innovationen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Auch die ökologische Weiterentwicklung von Europa soll dadurch gefördert werden, zum Beispiel die Entwicklung klimafreundlicher Antriebstechniken und E-Fuels. Zur Sicherung weiterer zukunftsweisender Investitionen und Innovationen fordern wir Freie Demokraten eine Durchsetzung der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Aufstockung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) unter dem Namen „InvestEU“ – durch Umschichtung. Dies setzt jedoch eine unabhängige externe Evaluation voraus, die insbesondere nachweist, dass die durch den EFSI mobilisierten Investitionen ansonsten nicht vorgenommen worden wären (sogenannte Additionalität).

Europäische Agentur für Sprunginnovationen

Wir Freie Demokraten wollen den European Innovation Council zu einer vollumfänglichen Europäischen Agentur für Sprunginnovationen weiterentwickeln.

Sie soll radikale und disruptive Innovationen (Sprunginnovationen) befördern, indem sie Forschung und Entwicklung europaweit koordiniert sowie Rahmenbedingungen für Innovation verbessert. Sie soll ein außerordentlich hohes Maß an Unabhängigkeit von politischer Steuerung und Kontrolle erhalten sowie eine große Flexibilität beim Management ihrer Programme. Der Schwerpunkt ist auf eine schnellstmögliche Prototyp-Entwicklung zu legen. Dabei soll die Agentur auch europäische Public-Private-Partnerships und Kooperationen mit EU-Mitgliedstaaten ermöglichen, wenn es den Zielen und der Unabhängigkeit der Agentur nicht im Wege steht. Ebenso soll die Europäische Agentur

für Sprunginnovationen, wo notwendig, vertikale Inkubatoren als Mittler zwischen kleinen und mittleren und großen Unternehmen einsetzen. Eine Verschmelzung mit dem Europäischen Institut für Innovation und Technologie sollte ebenso angestrebt werden, wie eine koordinierte Zusammenarbeit mit den European Digital Innovation Hubs. Die Agentur soll nach dem Vorbild der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) in den USA auch durch militärische Mittel koordiniert und vorangetrieben werden. Damit bringen wir Europa im Erfinderwettbewerb mit Asien und den USA wieder nach vorne.

Kontinent der Innovation und Erfinder

Wir Freie Demokraten wollen Europa bis 2030 zur wettbewerbsfähigsten und innovativsten Region der Welt machen.

Deutschland sollte dabei den Ehrgeiz haben, entscheidende Impulse für ein Europa der Erfinderinnen und Erfinder zu setzen. Es geht um nicht weniger als den Aufbruch zu einer europäischen Technologieführerschaft. Denn nur, wer international die technologische Führung übernimmt, kann weltweite Standards setzen, die auf unseren gemeinsamen Werten beruhen. Statt 27 nationaler Strategien soll der European Innovation Council zu einer Europäische Agentur für Sprunginnovation weiterentwickelt werden und so für eine europaweit vernetzte, koordinierte Forschungspolitik sorgen. Innovationscluster, wie „Brainport Eindhoven“ in den Niederlanden, in denen Wissenschaftsinstitute, Start-ups und High-Tech-Unternehmen eng zusammenarbeiten und Innovationen vorantreiben, können Vorbild für die gesamte EU sein.

Disruptive Trends europäisch angehen und Unabhängigkeit wahren

Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union (EU) bis zum Jahr 2030 zum modernsten und innovativsten Raum weiterentwickeln.

Daher fordern wir die Weiterentwicklung und den Ausbau von „Horizon Europe“ mit klaren Schwerpunkten in den Bereichen Biotechnologie, Gentechnologie, Gesundheitstechnologien, Chemie, Energietechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), Mobilität und Nanotechnologie. Dabei muss der Technologie- und Wissenschaftstransfer verstärkt werden. Hierzu sollen die europäischen Richtlinien zur Zulassung neuer Technologien zügig angepasst werden, um eine Markteinführung nicht unnötig zu verzögern, sondern den Wirtschaftsraum EU in seiner Innovationskraft zu stärken. Disruptive Innovationen, wie zum Beispiel die Genschere CRISPR/Cas9, sollten nach wissenschaftlichen Risiken bewertet und zugelassen werden. Gleichzeitig sprechen wir uns für einen europäischen Bürgerdialog über die Chancen und Risiken neuer Technologien aus, um die Akzeptanz neuer Technologien zu verbessern.

Chancen der Gen- und Biotechnologie nutzen

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der Gen- und Biotechnologie in ganz Europa nutzbar machen, neue Technologien anwenden und die weitere Entwicklung mit einem klaren Rechtsrahmen begleiten.

Der Durchbruch beim Corona-Impfstoff hat erneut gezeigt, wie wichtig die Gentechnik-Forschung ist. Die Biotechnologie ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts zur Lösung verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen – von der Bekämpfung seltener Krankheiten über Hungerkrisen bis Klimawandel. Die Anwendungsbereiche sind vielfältig: Medizin (rote Biotechnologie), Pflanzenzüchtung beziehungsweise Landwirtschaft (grüne Biotechnologie) und Industrie (weiße Biotechnologie). Nicht zuletzt die Genschere CRISPR/Cas9 eröffnet völlig neue Möglichkeiten, da sie die Bearbeitung von DNA-Bausteinen in höchster Präzision ermöglicht. Mit Chancen und Risiken neuer Entwicklungen der Biotechnologie wollen wir offen und transparent umgehen. Wir lehnen pauschalisierende Verbote ab und fordern stattdessen kontinuierliche Forschungsförderung sowie eine faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung neuer Technologien. Mit einer Biotechnologie-Agenda wollen wir eine Grundlage für den Einsatz der Biotechnologie in der EU schaffen.

Zeit zu Handeln – Partnerschaften statt Abschottung

Wir Freie Demokraten teilen nicht Rufe nach Protektionismus und die Vielzahl der Maßnahmen der Kommission zu Abschottung und wirtschaftspolitischen Alleingängen. Die EU zieht ihre geopolitische Stärke auch aus ihrer wirtschaftlichen Stärke. Wir setzen auf mehr Handel mit mehr Partnern.

In Zeiten, in denen Multilateralismus in Frage gestellt wird, stehen wir für fairen, regelbasierten und verantwortungsbewussten Handel ein und engagieren uns für Reformen der Welthandelsorganisation. Wir wollen eine Weltfreihandelszone der Demokratien schaffen und so Demokratie, Freiheit und Wirtschaftswachstum stärken. Neue bilaterale oder Block-zu-Block Handelsabkommen müssen eine Priorität der neuen Kommission werden

Multilateralismus stärken – Die Welthandelsorganisation (WTO) reformieren

Wir Freie Demokraten stehen hinter der WTO als Institution des Freihandels und Multilateralismus. Hierzu wollen wir in der WTO die Blockade des Streitschlichtungsmechanismus aufbrechen und das gemeinsame Regelwerk modernisieren – insbesondere im Hinblick auf Industrie- und Agrarsubventionen, erzwungenen Technologietransfer, Produktfälschungen und digitalen Handel. Die Unabhängigkeit und Transparenz der WTO wollen wir sicherstellen, indem Dokumente wie bei der UNO künftig stets veröffentlicht und Kontrollmechanismen etabliert werden. Darüber hinaus müssen Nachhaltigkeitssubventionen und Subventionen für nachwachsende Energie durch die WTO kontrolliert und hinsichtlich ihrer möglichen verzerrenden Wirkung überprüft werden. Direktzahlungen sind marktverzerrend und müssen entsprechend klassifiziert werden. Zudem müssen auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse in den Fokus genommen und hinsichtlich ihrer verzerrenden Wirkung berücksichtigt werden. Länder, die Exportsubventionen wieder einführen, sollen konsequent bestraft werden.

Deutschland und die EU müssen für Multilateralismus und eine reformierte WTO als Grundlage des regelbasierten Handels eintreten. Die EU-Kommission muss mit höchster Priorität für einen Durchbruch der Reformagenda arbeiten, die insbesondere die UN-Nachhaltigkeitsziele reflektieren und Ländern des Globalen Südens auf Augenhöhe begegnen sollte. Eigene Standards des Freihandels muss die EU selbst befolgen und nicht vornehmlich an andere herantragen.

Weltfreihandelszone der Demokratien schaffen

Wir Freie Demokraten streben freien und fairen Handel mit liberalen Demokratien weltweit an. Wir fordern eine Weltfreihandelszone der Demokratien von Chile über Taiwan bis Australien, basierend auf gemeinsamen Regeln der Welthandelsorganisation.

Die regelbasierte globale Ordnung wird unter Druck gesetzt von autoritären Staaten, die ihre eigenen Regeln schaffen wollen. Handelspolitische Zusammenarbeit stärkt die EU und unsere demokratischen Partner und macht die EU weniger abhängig von autokratischen Staaten. Viele Länder in Südamerika, Afrika und Asien wollen Alternativen zum einseitigen Handel mit China. Die Freihandelszone der Demokratien verknüpft bevorzugten Marktzugang, niedrigere Zölle und Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse mit rechtsstaatlichen und demokratischen Standards.

Freihandel stärken – Abkommen schneller verhandeln und ratifizieren

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Ratifizierung aller bereits abgeschlossener Handelsabkommen und Investitionsschutzabkommen ein, mit Ausnahme des Abkommens mit China. Die EU muss laufende Verhandlungen abschließen und neue Gespräche mit weiteren Partnern aufnehmen.

Für uns Freie Demokraten bleibt Handel ein zentrales Instrument, das Zusammenarbeit auf Augenhöhe sowie Wohlstand und Arbeitsplätze bei uns und unseren Partnern heute wie auch für künftige Generationen schafft. Freihandel erlaubt eine vertiefte Integration, die das wirtschaftliche Zusammenwachsen erleichtert und fördert. Dies gilt vor allem mit Blick auf nationale Regulierungen und Produktstandards, deren Bedeutung in einer technisch komplexen Welt zunimmt.

Freihandelsabkommen und Investitionsschutz nur auf EU-Ebene

Wir Freie Demokraten treten für „EU-only“-Freihandelsabkommen ein. So angelegte Freihandelsabkommen umfassen nur Bereiche, für die die EU alleine zuständig ist. Dann können diese Abkommen durch Rat und Parlament verabschiedet werden. Beide geben diesen Abkommen hinreichend Legitimität.

Freihandelsabkommen sollen separat von Investitionsschutzabkommen verhandelt werden, damit Zustimmungsprozesse klarer nach europäischer und nach nationaler Ebene strukturiert und somit schneller und transparenter sind.

Wir Freie Demokraten fordern im nächsten Schritt die vollständige Integration des Investitionsschutzes auf europäischer Ebene und damit den Wegfall der Einstimmigkeitserfordernis beim Abschluss von Investitionsschutz-Abkommen.

Die Ratifizierung von Handelsabkommen wurde oftmals durch nationale Partikularinteressen blockiert. Regelungen zu Investitionsschutz wurden oft als Hintertür für protektionistische Interessen genutzt. Nationale Alleingänge schaden dem Ansehen der EU als Handelspartner und behindern die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten EU.

Handelsabkommen mit Kanada (CETA) EU-weit ratifizieren

Wir Freie Demokraten wollen, dass CETA endlich in allen EU-Ländern vollständig ratifiziert wird. Wir setzen uns sowohl im Rat als Teil der Bundesregierung als auch im Europäischen Parlament dafür ein, dass CETA inklusive der Regelungen zu Investitionsschutz vollständig ratifiziert wird.

Das Freihandelsabkommen mit Kanada wird seit 2017 vorläufig angewendet. Auf Initiative der Freien Demokraten hat Deutschland das Abkommen 2023 ratifiziert. Die von politischen Gegnern an die Wand gemalten Schreckensszenarien, dass Umwelt- und Sozialstandards in Deutschland abgesenkt würden, sind alle nicht eingetreten. Stattdessen sind die Zollschranken gefallen und der Dienstleistungssektor hat von der Liberalisierung profitiert.

Transatlantische Zusammenarbeit als Antwort auf Inflation Reduction Act (IRA)

Wir Freie Demokraten fordern einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA und idealerweise mit dem gesamten USMCA-Raum (Kanada, Mexiko, USA). Denn die EU und die USA müssen globale Herausforderungen gemeinsam angehen und Abschottungstendenzen entgegenwirken.

Die EU darf nicht in einen Subventionswettbewerb verfallen und die europäischen Wettbewerbsregeln aufweichen, sondern muss durch die Vertiefung des Binnenmarkts insbesondere im Dienstleistungsbereich attraktive Standortbedingungen schaffen. Der IRA kann mit protektionistischen Vorgaben zu Wettbewerbsverzerrungen unter Verletzung von WTO-Regeln führen. Wir Freie Demokraten begrüßen konstruktive Gespräche unter den transatlantischen Partnern, um Diskriminierung europäischer Unternehmen zu verhindern.

Ein neuer Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA auf Basis des Trade and Technology Council (TTC)

Wir Freie Demokraten setzen uns in der Bundesregierung für einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ein und fordern von der EU-Kommission, den Einsatz für einen transatlantischen Wirtschaftsraum zu einer Priorität ihrer Arbeit zu machen. Wir wollen mit der jetzigen US-Regierung zumindest sektorale Abkommen abschließen, beispielsweise in den Bereichen kritische Rohstoffe und Metalle oder Industriezölle.

Die wichtigsten Ziele für ein neues Abkommen müssen sein, Industriezölle sowie Marktzugangsbarrieren für Zukunftstechnologien abzuschaffen, besonders mit Blick auf Dekarbonisierung, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft, und gemeinsame Standards festzulegen.

Der Trade and Technology Council (TTC) muss die Grundlage für diesen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen. Aus den seit Juni 2021 geführten Gesprächen zu TTC müssen konkrete Lösungen entstehen, zum Beispiel für die gegenseitige Anerkennung von Standards. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA wird die strategische Bedeutung des TTC zu Recht hervorgehoben, und es bedarf einer ähnlichen Relevanz auch in der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik. Wir fordern, TTC perspektivisch zu intensivieren und um eng verbündete Nationen wie beispielsweise Südkorea, Japan und Großbritannien zu erweitern.

Die Vertiefung der transatlantischen Handelsbeziehungen ist sowohl für die Reform der WTO als auch eine Allianz liberaler Demokratien unerlässlich. Weder die Vereinigten Staaten noch Europa werden ihre strategischen Ziele ohne einander erreichen.

Handel mit Südamerika entschlossen vorantreiben

Wir Freie Demokraten setzen uns weiterhin für einen Abschluss des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten ein. Dieses würde den zweitgrößten Wirtschaftsraum der Welt schaffen und für 710 Millionen Menschen entscheidend zu Wohlstand und Energiesicherheit beitragen.

Das Abkommen würde beidseitige Möglichkeiten für Wachstum, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung schaffen. Es fördert nachhaltige Entwicklung, stärkt Arbeitnehmerrechte, unterstützt Klimaschutz, verbessert Umwelt-, Natur- und Artenschutz. Darüber hinaus müssen Abschluss und Ratifizierung des modernisierten erweiterten Rahmenabkommens zwischen der EU und Chile schnellstmöglich erfolgen. Das modernisierte Assoziierungsabkommen mit Chile ist eine Chance für die Diversifizierung von Rohstoff- und Energiepartnerschaften und zudem eine wichtige Wertepartnerschaft. Das Abkommen ist zudem das erste, das dezidiert die Rechte von Frauen und ihre Teilhabe an Handel stärkt. Wir Freie Demokraten setzen uns auch für eine zügige Ratifizierung des erneuerten Abkommens zwischen der EU und Mexiko für mehr Freihandel und Investitionen ein. Das modernisierte Abkommen bietet vor allem der europäischen Agrarwirtschaft und dem Dienstleistungssektor neue Perspektiven, stärkt Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz in Mexiko.

Eine enge Zusammenarbeit ist auch für eine engere transatlantische Kooperation relevant. Mexiko ist mit Kanada und den USA Mitglied des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA).

Handel zwischen EU und asiatischen Ländern ausbauen

Wir Freie Demokraten fordern von der nächsten EU-Kommission, die geopolitische Indopazifik-Strategie stärker handelspolitisch auszurichten und gezielt mit mehr Handelsabkommen mit Ländern der Region zu untermauern.

Wir Freie Demokraten wollen zudem eine stärkere strategische Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea forcieren. Die exportorientierten Industrieländer und Demokratien gehören zu unseren engsten Wertepartnern und größten Handelspartnern in der Region. Das Freihandelsabkommen mit Japan ist ein Erfolg. Auch das Freihandelsabkommen mit Südkorea aus 2011 hat die Zusammenarbeit intensiviert, sollte aber modernisiert werden, um zusätzliche Potentiale auszuschöpfen. Die Kooperation in Schlüsseltechnologien und bei qualitativen Infrastrukturprojekten soll mit beiden Ländern ausgebaut werden. Bei der Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten muss das langfristige Ziel der EU eine gemeinsame Freihandelszone der EU sein. Die bilateralen Handelsabkommen mit einzelnen ASEAN-Ländern müssen dafür als Grundlage dienen. Aufgrund der unterschiedlichen rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Situationen in den ASEAN-Ländern, ist ein Block-zu-Block-Abkommen aktuell nicht realistisch. Umso wichtiger ist es, die laufenden bilateralen Verhandlungen mit einzelnen ASEAN-Staaten zügig voranzutreiben. Dazu gehört insbesondere ein substanzieller Fortschritt der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indonesien, Thailand und den Philippinen, sowie die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der EU und Malaysia.

Freihandel mit Australien umgehend stärken

Wir Freie Demokraten fordern, dass nach der erfolgreichen Ratifizierung des Freihandelsabkommens der EU mit Neuseeland nun auch das umfassende und ehrgeizige Handelsabkommen mit Australien rasch abgeschlossen und ratifiziert wird.

Neuseeland und Australien sind demokratische Wertepartner. Beide Länder waren zuletzt insbesondere von China unter wirtschaftlichen Druck gesetzt worden. Eine stärkere handelspolitische Zusammenarbeit bedeutet auch die gegenseitige Stärkung von Demokratien gegen Druck von Autokratien. Die EU ist Australiens zweitgrößter Handelspartner nach China. Der bilaterale Warenhandel zwischen den beiden Partnern hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Das Abkommen könnte den Handel mit Waren und Dienstleistungen um rund ein Drittel steigern. Für die EU sind dabei die großen Rohstoffvorkommen in Australien von besonderer Bedeutung.

Für eine pragmatisch strukturierte Handelspolitik mit Indien

Wir Freien Demokraten fordern eine pragmatische handelspolitische Zusammenarbeit mit Indien. Sollte kein umfassendes Freihandelsabkommen vor den EU-Wahlen zustande kommen, sollte die EU ein Abkommen über einzelne Bereiche abschließen. Darauf kann ein Freihandelsabkommen aufbauen.

Ziel der EU ist es, noch vor den EU-Wahlen sowohl ein Handelsabkommen, ein Investitionsabkommen als auch ein Abkommen über geografische Indikatoren abzuschließen. Aspekte zu Menschen- und Frauenrechten müssen dabei Grundlage der Gespräche sein.

Indien ist mit 1,4 Milliarden Bürgerinnen und Bürgern die größte Demokratie der Welt, ein aufstrebender Markt und in Teilen eine High-Tech-Nation. Großes Potential für Zusammenarbeit gibt es bei Bekämpfung des Klimawandels, bei der Infrastruktur sowie bei Erneuerbaren Energien.

Zeit für ein Freihandels- und Investitionsabkommen mit Taiwan

Wir Freie Demokraten fordern die EU-Kommission auf, dem Rat baldmöglichst ein Verhandlungsmandat vorzulegen, um Gespräche zu einem Freihandels- und Investitionsabkommen mit Taiwan aufzunehmen, ohne Fortschritte bei dem zurecht auf Eis liegenden Investitionsabkommen mit China (CAI) abzuwarten.

So soll die Zusammenarbeit gestärkt und unter anderem die Ansiedlung kritischer Hochtechnologie in der EU gefördert werden. Als erster Schritt soll die Kommission mit unseren taiwanesischen Partnern ein Rahmenprogramm zur gezielten Förderung der Handels- und Investitionsbedingungen erarbeiten, welches konkrete Erleichterungen für den Austausch von Waren und Dienstleistungen, den Abbau von bürokratischen Hemmnissen, die Digitalisierung von Zollformalitäten und die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, Lizenzen und Standards beinhalten soll. Ein besonderes Augenmerk sollte auf KMU liegen, um diese vollumfänglich in den Austausch mit Taiwan integrieren zu können.

Keine Ratifizierung des Investitionsabkommen mit China (CAI)

Wir Freie Demokraten lehnen die Ratifizierung von CAI ab, solange die chinesischen Sanktionen gegen EU-Organisationen und nationale sowie europäische Abgeordnete in Kraft sind und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen die Uiguren und weitere Minderheiten fort dauern. Auch inhaltlich würde das CAI nicht ausreichen, um Chinas unfaire Handelspraktiken einzudämmen und europäischen Firmen fairen Zugang zum chinesischen Markt zu sichern. Insbesondere Fragen des Investitionsschutzes und der Rechtssicherheit sind nicht gelöst worden. Daher bräuchte es zunächst ohnehin Nachverhandlungen.

Die EU muss eine umfassendere und konsistentere China-Strategie erarbeiten und die Mitgliedstaaten dahinter versammeln. Die Verteidigung unserer Werte und der regelbasierten Ordnung muss der Kern sein und die Vielschichtigkeit der Beziehungen berücksichtigt werden.

In vielen Bereichen ist China Kooperations- und Handelspartner, grundlegend aber wirtschaftlicher Konkurrent und Systemrivale. Ein EU-weiter Stresstest muss regelmäßig wirtschaftliche Abhängigkeiten in strategischen Sektoren, wie kritischen Rohstoffen, analysieren. Denn insbesondere gegenüber China erinnern wir an den Grundsatz der Reziprozität, der fairen Wettbewerb für Unternehmen garantieren soll. Durch erzwungene Partnerschaften oder verpflichtender Offenlegung von Know-how erfahren europäische Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil. Der EU-Binnenmarkt hingegen ist wesentlich offener für Unternehmen. Wir wollen in der EU und weltweit gegen Marktverzerrungen vorgehen, die zum Beispiel durch stark subventionierte Staatsunternehmen entstehen.

Mehr Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Ländern

Wir Freie Demokraten fordern, dass die EU mittelfristig einen stärkeren Fokus auf Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Partnern legt, wobei das langfristige Ziel eine Freihandelszone zwischen der EU und Afrika sein sollte.

Mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit würde sowohl den Ländern des afrikanischen als auch des europäischen Kontinents immense wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven bieten.

Auch aus geopolitischer Perspektive ist es wichtig, dass die EU zeigt, dass sie für die Staaten Afrikas ein attraktiverer und verlässlicherer Partner auf Augenhöhe ist als insbesondere China.

Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern durch Handel stärken

Wir Freie Demokraten fordern, dass das Allgemeine Zollpräferenzsystem (APS) auch künftig Entwicklungsländern bevorzugten Zugang zum EU-Binnenmarkt ermöglicht. Versuchen, protektionistische Hürden einzuziehen, erteilen wir Freie Demokraten eine Absage.

Bei der Reform des APS haben einzelne EU-Staaten auf Quotenregelungen für Agrarprodukte wie Reis bestanden. Da diese Produkte für viele Entwicklungsländer besonders exportrelevant sind, würden protektionistische Quoten das Ziel untergraben, wirtschaftliches Wachstum zu fördern.

„APS plus“ sieht weitere Vergünstigungen vor, wenn dafür grundlegende Menschenrechte eingehalten werden. Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, muss die EU konsequent handeln und wirtschaftliche Vorteile aussetzen.

Für eine praxisnahe Europäische Lieferkettenrichtlinie

Eine Lieferkettenregulierung auf europäischer Ebene ist in einer globalen Wirtschaft sinnvoll, um Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten wirksam zu schützen. Sie schafft zugleich ein „level playing field“ für Unternehmen, sorgt für Rechtssicherheit und verhindert Wettbewerbsnachteile, die aus einem nationalen Alleingang resultieren können. Deshalb haben wir ein allein nationales Vorgehen mit dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz auch immer kritisch gesehen.

Eine EU-Lieferkettenrichtlinie muss jedoch für Unternehmen zumutbar ausgestaltet sein. So dürfen Sorgfaltspflichten der Unternehmen nur dort greifen, wo diese hinreichende direkte und tatsächliche Aufklärungs- und Einwirkungsmöglichkeiten geben, damit Unternehmen ihrer menschen- und umweltrechtlichen Sorgfaltspflicht auch wirksam nachkommen können. Zugleich dürfen keine unverhältnismäßigen bürokratischen Hürden und juristische Unklarheiten geschaffen werden.

Wir brauchen damit eine praxistaugliche EU-Lieferkettenrichtlinie, die zu einer strukturellen Stärkung der Menschenrechte in den Partnerländern und -regionen führt und europäische Unternehmen nicht durch das Schaffen von unverhältnismäßigen Risiken dazu gezwungen werden, ihre Partner aufzugeben.

Ausgleichsmaßnahmen für CO2-starke Einfuhren (CBAM) evaluieren

Ziel des CBAM muss Wettbewerbsgleichheit und Umweltschutz sein. Deshalb werden wir Freie Demokraten die Umsetzung konstruktiv-kritisch begleiten und fordern eine zügige Evaluation. Denn wir erachten einen globalen Emissionshandel gegenüber dem CBAM als vorzugswürdig.

Im Rahmen der „Fit for 55“-Initiative sollen für bestimmte Waren, bei deren Herstellung besonders viel CO₂ emittiert wird – wie Stahl – ein Ausgleich bei der Einfuhr gezahlt werden müssen, wenn diese unter weniger nachhaltigen Bedingungen als in der EU hergestellt wurden. Viele der EU-Handelspartner begreifen CBAM als Protektionismus und zweifeln die Kompatibilität mit den WTO-Regeln an. Zudem droht die Umsetzung sehr bürokratisch zu werden. Sollte dies bestätigt werden, kann dieses Instrument so nicht eingesetzt und muss reformiert werden.

Ökologie und Ökonomie in Freihandelsabkommen vereinen

Wir Freie Demokraten wollen Freihandel mit internationalen Klima- und Nachhaltigkeitszielen verbinden. Wir unterstützen die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens als Teil von Handelsabkommen und fordern, dass darin auch Emissionshandelssysteme miteinander verknüpft werden.

Das wäre eine marktwirtschaftliche Alternative zum CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und muss diesen sukzessive abschaffen. Klima- und Umweltschutz sollten durch marktwirtschaftliche Prinzipien in der Handelspolitik umgesetzt werden, nicht durch Abschottung und Sanktionen.

Anti-Zwangs-Instrument (ACI) gegen Erpressung durch Autokratien

Wir Freie Demokraten fordern eine rasche Umsetzung des Anti-Zwangs-Instruments, damit die Europäische Union sich gemeinsam gezielter gegen völkerrechtswidrigen wirtschaftlichen Zwang gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten zu wehren weiß.

Das ACI soll Gegenmaßnahmen ermöglichen, wenn die EU von anderen Staaten mit handelspolitischen Drohungen oder Aktionen unter Druck gesetzt wird – beispielsweise die chinesischen Handelsbeschränkungen wegen der Eröffnung eines „Taiwan-Büros“ in Litauen.

Wir Freie Demokraten stehen für Freihandel, nachhaltiges Wachstum und den Schutz der Menschenrechte weltweit. Gerade deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Handelspolitik der Europäischen Union aktiv verfolgt wird.

Technologiepartnerschaften für Fortschritt und Wachstum

Wir Freie Demokraten wollen, dass die EU Technologiepartnerschaften einführt. So wollen wir gezielt europäische Investitionen und die Ansiedlung von Know-how in rohstoffreichen Ländern für die Herstellung wichtiger Technologien fördern. Technologiepartnerschaften könnten als alleinstehende Projekte, als Flankierung von Rohstoffpartnerschaften oder als Teil von Handelsabkommen umgesetzt werden.

Investitionsscreening

Wir Freie Demokraten unterstützen das EU-Instrument zum Screening ausländischer Direktinvestitionen. Ein europäischer Rahmen und enge Abstimmung der Mitgliedstaaten zur Prüfung außereuropäischer Investitionen ist besonders bei kritischer Infrastruktur und Technologie relevant.

Der freie Kapitalverkehr ist eine wichtige Errungenschaft der EU. Ein freies Investitionsklima hat dazu beigetragen, ausländisches Kapital und Know-how anzuziehen. Damit wurden Arbeitsplätze und Wohlstand gesichert. Zugleich betrachten wir mit Sorge, wenn Investoren aus Nicht-EU Ländern, zum Teil Staatsfonds, auf Firmen im Hochtechnologie-Bereich zugreifen. Gleichzeitig warnen wir vor zusätzlichen nationalen Gesetzen, die protektionistischen Zielen dienen, statt dem gemeinsamen europäischen Interesse, wie in Ungarn. Der freie Kapitalverkehr mit vertrauenswürdigen Partnern ist hingegen auszubauen.

Investitionskontrolle bei kritischer Infrastruktur

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Kommission über das EU-Instrument zum Screening ausländischer Direktinvestitionen hinausgehend ausländische Direktinvestitionen in kritische Infrastruktur untersagen können soll, wenn sie die Sicherheit oder die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU gefährden.

Wir Freie Demokraten wollen das Instrument zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen weiterentwickeln. Europa darf sich nicht durch den Ausverkauf von Infrastruktur, wie beispielsweise die Beteiligung des chinesischen Staatskonzerns COSCO am Hamburger Hafenterminal Tollerort, in eine

Abhängigkeit von autokratischen Regimen begeben. Dies hat nicht zuletzt auch Russlands gescheiterter Energiekrieg gezeigt. Unternehmen wie Huawei, die Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, sollen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur wie dem 5G-Netz nicht beteiligt werden.

Keine Einwanderung in die Sozialsysteme

Zuwanderung in einen anderen Mitgliedstaat, um höhere Sozialleistungen zu erhalten, ist nicht Ziel der Freizügigkeit in der EU. Dies muss in der Praxis konsequent beachtet werden, denn ansonsten wird die Freizügigkeit an sich politisch angreifbar.

Entsenderichtlinie modernisieren

Wir Freie Demokraten wollen, dass europäisches Recht grenzüberschreitende Arbeit einfach und unbürokratisch ermöglicht. Deshalb wollen wir die EU-Entsenderichtlinie modernisieren und vereinfachen. Die erheblichen bürokratischen Pflichten, d.h. die Erfüllung der Meldepflicht gegenüber dem jeweiligen Land und den Nachweis der Sozialversicherungszugehörigkeit (A1-Bescheinigung) wollen wir auf schutzwürdige Sachverhalte begrenzen und insbesondere alle kurzen beruflichen Reisen und Entsendungen von der Richtlinie ausnehmen.

Wir verteidigen die Freizügigkeit von Beschäftigten und Selbstständigen. Sie darf nicht durch Bürokratie und Überregulierung behindert werden. Neben dem Abbau von Bürokratie setzen wir uns dafür ein, die Europäische EU-Arbeitsbehörde (ELA) zu einer zentralen Anlaufstelle für Beschäftigte und Unternehmen in allen Sektoren zu machen, um Informationen und konkrete Hilfestellung zur Bewältigung der komplexen Regelungen im Bereich der EU-Arbeitsmobilität zu erhalten. Auch müssen digitale Mittel – etwa die geplante „eDeclaration“ oder der „ESSPASS“ – besser zur effektiven Entbürokratisierung eingesetzt werden.

Um moderne, selbstbestimmte Arbeitsmodelle – insbesondere Remote-Work im europäischen Ausland – rechtssicher zu ermöglichen, wollen wir die Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und die Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie grundlegend reformieren. Damit wird sie der Arbeitsrealität der Menschen in Europa gerecht. Wir setzen uns gegen Protektionismus im europäischen Binnenmarkt ein. Die EU-Entsenderichtlinie wird oftmals zur Abschottung des nationalen Markts genutzt und erschwert grenzübergreifende wirtschaftliche Aktivitäten auf Dienstreisen und in Grenzregionen mit übermäßiger Bürokratie.

Kein dauerhaftes SURE-Programm

Wir Freie Demokraten lehnen ein dauerhaftes europäisches Programm für Kurzarbeit (SURE-Programm) ab.

In der Krisensituation der Pandemie konnte die EU mit dem SURE-Programm im bestehenden Rechtsrahmen gemeinsam handeln, um Beschäftigung auch in finanziell schwächeren Mitgliedstaaten zu sichern. Als einmaliges Instrument in einer nie dagewesenen Ausnahmesituation haben wir Freie Demokraten das SURE-Programm unterstützt, um Kurzarbeit in allen EU-Ländern zu ermöglichen. Ein dauerhaftes europäisches Programm für Kurzarbeit lehnen wir aber ab. Stattdessen müssen Länder, die kein solches Programm haben, nationale Lösungen erarbeiten.

Arbeitszeit national regulieren

Wir Freie Demokraten fordern, dass die EU-Arbeitszeitrichtlinie weiter flexibilisiert wird, da sie einer modernen Arbeitswelt nicht genügend Rechnung trägt. Wir setzen uns dafür ein, Arbeitszeit national zu regulieren. Wir wollen flexibles Arbeiten ermöglichen, aber auch eine Überlastung von Beschäftigten vermeiden.

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass gemäß dem Prinzip der Subsidiarität Gesetze zur Arbeitszeit sinnvoller auf nationaler Ebene zu regeln sind. Insbesondere müssen wir zeitlich und örtlich flexibles Arbeiten in einer modernen und digitalen Arbeitswelt ermöglichen. Davon ausgenommen sind Branchen in denen zum Beispiel Mindestruhezeiten essentiell sind, wie im Schichtdienst.

Faire Arbeitsbedingungen auf Plattformen schaffen, Solo-Selbstständigkeit erhalten

Wir Freie Demokraten unterstützen faire Arbeitsbedingungen für Plattformarbeiter und stellen uns gegen jede Form von Ausbeutung. Die EU-Plattformarbeiterrichtlinie schießt jedoch weit über das Ziel hinaus und gefährdet Solo-Selbstständige generell. Wir setzen uns für umfassende Korrekturen ein.

Statt Scheinselbstständigkeit zielgerichtet zu bekämpfen, würde die Richtlinie de facto die Solo-Selbstständigkeit abschaffen – weit über Liefer- oder Fahrdienste hinaus. Faktisch würden alle, die über digitale Arbeitsplattformen arbeiten, in ein Angestelltenverhältnis gezwungen.

Das ist für uns inakzeptabel, denn wir wollen Selbstständige stärken anstatt ihnen die Arbeitsgrundlage zu nehmen. Auch weitere Problemfelder des Richtlinienvorschlags, die wie die Einschränkung der Tarifautonomie teilweise unvereinbar mit nationalem Arbeitsrecht sind, wollen wir korrigieren.

Arbeitsmigration in Pflege und Betreuung stärken

Wir Freie Demokraten fordern die Kommission auf, künftig einen stärkeren Fokus auf Arbeitskräftewanderung zu setzen. Insbesondere für den Bereich Langzeitpflege und -betreuung muss die EU-Kommission die Zusammenarbeit mit Partnerländern ausbauen, um dem hohen Bedarf an qualifizierter sowie erschwinglicher Pflege in den EU-Mitgliedstaaten gerecht zu werden.

Hierzu gehören neben der Koordinierung bei der Umsetzung der EU-Pflegestrategie entsprechend der Bedarfe der Mitgliedstaaten auch weitere Bemühungen, die Zuwanderung qualifizierter Pflegefachkräfte zu ermöglichen, etwa durch einheitliche, EU-weit geltende Qualitätskriterien.

Europäischen Binnenmarkt vollenden

Wir Freie Demokraten wollen den Europäischen Binnenmarkt vollenden. Wir erteilen nationalen Abschottungstendenzen eine Absage und sehen Handlungsbedarf, wo nationale Standards fairen Wettbewerb verhindern.

Der Europäische Binnenmarkt ist in den vergangenen 30 Jahren zu einem Lebensgefühl von Freiheit geworden und hat unseren Wohlstand gestärkt. Fortschritte gab es bei einem gemeinsamen Binnenmarkt für Digitales, viel zu tun gibt es noch beim Binnenmarkt für Energie. Wir fordern dazu eine einheitliche rechtliche Basis und gemeinsame technische Standards auf der europäischen Ebene. Dadurch können bessere Bedingungen für Verbraucherinnen und Verbraucher, mehr Wachstum, Arbeitsplätze und wirtschaftliche Stabilität erreicht werden

EU-Verpackungsverordnung praxisnah und zukunftsgerichtet gestalten

Wir Freie Demokraten begrüßen ein EU-einheitliches Vorgehen gegen unnötigen Verpackungsmüll. Für uns ist deshalb wichtig, dass die EU-Verpackungsverordnung kein teures Bürokratiemonster für Unternehmen wird, sondern der Umwelt nutzt und den Handel im Binnenmarkt erleichtert.

Eine zukunftsfeste Regulierung muss künftige Entwicklungen und Technologien schon heute mitberücksichtigen. Wir setzen uns daher für eine technologieoffene und materialneutrale Ausgestaltung der Verpackungsgesetzgebung ein. Bei Maßnahmen zu Recyclingfähigkeit und Rezyklateinsatz muss der Nutzen für die Umwelt im Mittelpunkt stehen. Starre Mehrwegvorgaben oder pauschale Verbote werden dem nicht gerecht. Stattdessen sollten Lebenszyklusanalysen stärker genutzt werden, um die Vorteilhaftigkeit verschiedener Verpackungen zu untersuchen. Labeling-Vorgaben müssen EU-weit harmonisiert werden, um zu verhindern, dass die Verpackung für ein und dasselbe Produkt für jeden Mitgliedsstaat gesondert entwickelt und produziert werden muss.

Perspektivisch muss ein EU-weites Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle eingeführt werden. Denn um Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren und Recyclingmethoden zu entwickeln, müssen die Abfälle auch nutzbar sein. Auch die Definition des Abfallendes, also wann ein Abfall wieder zu einem Produkt wird, macht den Einsatz von Sekundärrohstoffen attraktiver. Im Umkehrschluss können mehr Primärressourcen eingespart werden.

Wirtschaft für den Krisenfall rüsten, planwirtschaftliche Eingriffe verhindern

Wir Freie Demokraten unterstützen effektive Sofort-Maßnahmen wie „Fast Lanes“ und eine Schnellzulassung für kritische Güter, um Europa im Krisenfall handlungsfähig zu halten. Wir stellen uns aber entschieden gegen planwirtschaftliche Eingriffe wie Produktionsvorgaben für Unternehmen.

Als Lehre aus der Corona-Krise hat die EU-Kommission 2022 ihren Vorschlag für ein „Binnenmarkt-Notfallinstrument“ vorgelegt. Unter dem Vorwand der Krisenbewältigung kann damit in die Produktion eingegriffen und Unternehmen das Anlegen strategischer Reserven vorgeschrieben werden. Derart unverhältnismäßige Eingriffe in die Marktwirtschaft sind mit uns Freien Demokraten nicht zu machen. Stattdessen setzen wir auf wirkungsvolle Maßnahmen wie Schnellzulassungsverfahren für kritische Güter und eine temporäre Aussetzung produktspezifischer Regeln.

Snus und Mentholzigaretten legalisieren

Wir Freie Demokraten wollen die EU-Tabakrichtlinie überarbeiten und das Verbot von Snus und aromatisierten Zigaretten (z. B. Mentholzigaretten) abschaffen.

Die Gefahren des Tabakkonsums wollen wir nicht durch Bevormundung und Verbote bekämpfen, sondern durch Aufklärung und Prävention. Wir vertrauen auf mündige Bürgerinnen und Bürger, die Risiken eigenständig abwägen können. Die Regulierung von Suchtmitteln sehen wir als eine nationale Aufgabe, keine europäische. Ein Verbot ganzer Produktkategorien lässt sich nicht mit der Harmonisierung des Binnenmarktes rechtfertigen und verletzt den Grundsatz der Subsidiarität.

Kurzzeitvermietungen fair und bürokratiearm regeln

Ferienwohnungen sind längst eine der bedeutendsten Formen touristischer Übernachtungen in Europa. Wir Freie Demokraten wollen, dass die europäische Regulierung zur Kurzzeitvermietung zu einfachen Regeln für Gastgeber, Gäste und Vermittler führt und lokale Behörden bei der Stadtentwicklung unterstützt.

Wir Freie Demokraten begrüßen daher den Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur Kurzzeitvermietung. Denn er harmonisiert die Regeln für Kurzzeitvermietung in Europa und schafft einen Rahmen für eine faire, verhältnismäßige und angemessene Regulierung, wie z. B. eine einfache, schnelle und kostenlose Online-Registrierung oder eine einheitliche Schnittstelle für Plattformen für die Datenübermittlung an die Behörden.

Einen staatlichen Generalverdacht gegen Gastgeber lehnen wir genauso ab wie Versuche, spezifische lokale Herausforderungen wie Wohnungsnot und Übertourismus durch EU-weite Maßnahmen gegen alle Vermieter zu lösen. Diese Probleme müssen gezielt vor Ort mit pragmatischen, klugen Lösungsvorschlägen angegangen werden.

Wahlfreiheit beim Mobilfunkvertrag

Wir Freie Demokraten wollen einen Europäischen Mobilfunkraum schaffen, in dem Verbraucherinnen und Verbraucher Mobilfunkverträge aus allen Mitgliedstaaten europaweit und unbegrenzt nutzen können. Die Roaming-Freiheit wollen wir auf alle Beitrittskandidaten ausweiten.

In der EU und im EWR können Verbraucher ihren nationalen Mobilfunktarif für vier Monate im Jahr ohne Roaming-Gebühren nutzen. Wir wollen die Roaming-Freiheit ausbauen und die zeitliche Begrenzung abschaffen. Für faire Wettbewerbsbedingungen wollen wir mit der Einführung des 6G Mobilfunkstandards ab ca. 2030 einen gemeinsamen Vergaberahmen Mobilfunklizenzen schaffen. Mobilfunkanbieter sollten ihre Dienste im gesamten Binnenmarkt anbieten dürfen. Zudem wollen wir allen Beitrittskandidaten – wie der Ukraine – eine Teilhabe an der Roaming-Freiheit anbieten.

Weniger Bürokratie und mehr wirtschaftliche Dynamik in Europa

In vier Jahren hat die aktuelle EU-Kommission mehr als 9.100 neue Rechtsvorschriften erlassen, im Gegenzug aber nicht einmal 5.000 Rechtsvorschriften gestrichen. Das zeigt einmal mehr: Das von der

EU-Kommission eingeführte „one in, one out“-Prinzip ist eine Nebelkerze. Durch die unzähligen Ausnahmeregelungen werden viele bürokratische Regelungen erst gar nicht erfasst.

Europa braucht mehr wirtschaftliche Dynamik, weniger Bürokratie und Rahmenbedingungen, die Innovationen fördern. Wir Freie Demokraten daher eine Bürokratiebremse in Europa. Für jeden Euro an neuer Bürokratie-Belastung sollen zwei Euro an Bürokratie-Belastung an anderer Stelle wegfallen („one in, two out“).

Um den Bestand an Bürokratie drastisch zu reduzieren, fordern wir Freie Demokraten einen „Bureaucracy Reduction Act“, um Unternehmen von mindestens 50 Prozent der Bürokratielast zu befreien.

Etwa 57 Prozent der bürokratischen Belastungen in Deutschland resultieren aus EU-Rechtsvorschriften. Wir Freie Demokraten fordern daher, dass europäische Richtlinien pragmatisch und ohne zusätzliche Bürokratie in nationales Recht umgesetzt werden (1:1-Umsetzung).

Digitales Meldeportal für Berichtspflichten der EU-Kommission

Wir Freie Demokraten fordern die EU-Kommission auf, einen Berichtspflichten-Check vorzunehmen, doppelte und überflüssige Berichtspflichten abzuschaffen und ein einheitliches digitales Meldeportal einzurichten. Damit können Unternehmen einfach und zielgerichtet Informationen abrufen und die erforderlichen Berichte einreichen.

Bürokratieabbau durch „Sunset-Klausel“

Wir Freie Demokraten fordern, dass Gesetze und Verordnungen nach Möglichkeit durch eine Auslaufklausel – nach dem Vorbild der „Sunset-Klausel“, zum Beispiel in den USA – mit einem Ablaufdatum beschlossen werden.

Wir Freie Demokraten halten es für wichtig, bestehende europäische Regelungen regelmäßig zu überprüfen. Ein unkompliziertes Europa sollte überkommene Vorschriften und damit verbundene Bürokratie abschaffen. Eine „Sunset-Klausel“ würde zu einer regelmäßigen Überprüfung von Gesetzen durch die EU-Kommission führen.

Kritische Folgenabschätzung verlässlich vornehmen

Wir Freie Demokraten fordern, dass die EU-Kommission eine realitätsnahe Folgenabschätzung für alle neuen Regelungsvorschläge durchführen muss. Auch während des EU-Gesetzgebungsprozesses beschlossene Änderungen sollten auf ihre Folgen – insbesondere mit Blick auf den Erfüllungsaufwand – geprüft werden.

Wir Freie Demokraten kritisieren, dass der wichtige Schritt der kritischen Folgenabschätzung aus politischen Gründen oftmals von der Kommission ausgelassen wurde. Gute Gesetzgebung basiert auf Fakten und Analyse. Deshalb muss eine Folgenabschätzung Grundlage von neuen Gesetzen sein.

Europäisches Gesellschaftsrecht

Wir Freie Demokraten wollen das Europäische Gesellschaftsrecht weiterentwickeln. Dazu wollen wir die Rechtsform der Europäischen Privatgesellschaft (SPE) als eine Kapitalgesellschaft mit mehreren Gesellschafterinnen und Gesellschaftern und einen Europäischen Verein schaffen.

Europäische Rechtsformen können die wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg erleichtern. Damit tragen sie zur Wirtschaftskraft im Binnenmarkt bei. Sie ergänzen nationale Rechtsformen, ersetzen sie aber nicht. Dadurch erhalten die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mehr Wahlfreiheit. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) ist die Einführung der SPE von großer Bedeutung.

Ein Europa, das Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung schützt

Keine Kompromisse bei der Wahrung unserer rechtsstaatlichen Prinzipien in Europa!

Jeder EU-Mitgliedstaat hat sich vertraglich verpflichtet, europäische Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu achten. Wir setzen auf eine EU, die diese Werte auch nach innen verteidigt und konsequent gegen autokratische Regierungen vorgeht. Wer den Rechtsstaat mit Füßen tritt, dem müssen rasch EU-Fördermittel entzogen werden.

Seit Jahren sind rechtsstaatliche Prinzipien in Europa gefährdet. Vor allem die rechtskonservative Regierung in Ungarn und die ehemalige rechtskonservative Regierung in Polen haben kontinuierlich wichtige Spielregeln der Gewaltenteilung und der Demokratie missachtet. Sogar Urteile des Europäischen Gerichtshofs wurden von diesen beiden Mitgliedstaaten ignoriert. Wir Freie Demokraten fordern daher, alle zur Verfügung stehenden Instrumente konsequent zu nutzen und bei gravierenden Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit konsequent EU-Fördermittel zu kürzen. Wer sich nicht an die rechtlichen Basisregeln der EU halten will, der darf nicht vom solidarischen EU-Umverteilungsmechanismus profitieren.

Weiterentwicklung des Rechtsstaatsmechanismus

Wir Freie Demokraten wollen den Rechtsstaatsmechanismus stärken. Künftig soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Antrag eines Mitgliedstaats, der Kommission oder des Parlaments EU-Gelder für Mitgliedstaaten einfrieren können, wenn diese die Werte der Union verletzen.

Die Werte der Union – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – sind das Fundament, auf dem die Union aufgebaut ist. Der derzeitige Rechtsstaatsmechanismus erlaubt es der EU, EU-Gelder einzufrieren, wenn ein Mitgliedstaat rechtsstaatliche Standards im Zusammenhang mit EU-Geldern verletzt. Wir wollen das Verfahren auf die Verletzung aller Werte der Union ausweiten, unabhängig davon, ob EU-Gelder betroffen sind. Statt die Einleitung eines Verfahrens und die Anordnung von Maßnahmen in das politische Ermessen von Kommission bzw. Rat zu stellen, soll das Einfrieren der Gelder vom EuGH angeordnet werden.

Rettungsschirm für den Rechtsstaat in Europa

Wir Freie Demokraten fordern neben dem konsequenten Einsatz für den Rechtsstaat und dem Zurückhalten von EU-Geldern weitere Instrumente und ein kohärenteres Vorgehen, um die Erosion der Rechtsstaatlichkeit in Europa zu stoppen.

Der bestehende EU-Rechtsstaatsmechanismus wird durch die Veröffentlichung des jährlichen Rechtsstaatsberichts ergänzt. Die konkreten Empfehlungen aus den Berichten müssen in Zukunft konsequenter umgesetzt werden. Die verschiedenen Instrumente müssen verbunden werden.

Die Europäische Kommission muss künftig auch „systemische“ Vertragsverletzungsverfahren vorantreiben können, indem sie einzelne Vertragsverletzungsverfahren gegen einen Mitgliedstaat bündeln kann, die in ihrer Gesamtschau ein Muster der schwerwiegenden Verletzung der Werte der Europäischen Union, wie Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit, erkennen lassen.

Stärkung der europäischen Rechtsstaatlichkeit

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Austauschprogramme für den Bereich der Rechtsstaatlichkeit verstärkt werden. Denn eine Stärkung der unabhängigen Justiz, der freien Medien und der demokratischen Akteure ist zentral, um dem Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten der EU entgegenzuwirken.

Angehörige von Polizei, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden sowie Vertreter aus Wissenschaft und Journalismus müssen dabei mit einem spezifischen Fokus auf das Thema Rechtsstaat bei Praxis- und Forschungsaufenthalten gefördert werden. Die bestehenden Austauschprogramme für Diplomaten und Beamte, etwa zwischen Deutschland, Frankreich und Polen, müssen personell ausgedehnt, auf mehr Mitgliedstaaten ausgeweitet und stärker beworben werden. Die Justizverwaltungen von Bund und Ländern sind aufgerufen, Austauschprogramme für Beamte aufzubauen bzw. bereits bestehende Programme zu stärken.

Pressefreiheit innerhalb der EU stärken

Wir Freie Demokraten fordern schnelle und konsequente Reaktionen bei Angriffen auf die Pressefreiheit durch Mitgliedstaaten in der EU. Gerade deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung des Medienfreiheitsgesetzes ein.

Europa ist die Region mit dem weltweit höchsten Grad an Pressefreiheit. Doch diese ist zunehmend unter Druck. Dem wollen wir entgegenwirken, indem die EU schneller und konsequenter mit allen zur Verfügung stehenden Instrumentarien bei Angriffen auf die Pressefreiheit in einzelnen Mitgliedstaaten reagiert. Das Europäische Medienfreiheitsgesetz soll die redaktionelle Freiheit der Medien europaweit gegen staatliche Einflussnahme und Machtkonzentration schützen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) sollen befähigt werden, sich europaweit für die Verteidigung der Presse-, Meinungsfreiheit und den Schutz von Medienschaffenden einzusetzen. Durch eine Stärkung des Binnenmarkts für Medien soll der öffentliche Diskurs zu europäischen Themen gestärkt werden. Dafür ist eine unabhängige Medienaufsicht in der Union und den Mitgliedstaaten aus unserer Sicht zentral. Journalistinnen und Journalisten und ihre Quellen müssen vor staatlicher Überwachung geschützt sein. Die Eigentümerschaft von Medien muss transparent sein. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass aus dem bestehenden EU-Haushalt Mittel für die Sicherstellung von Pressefreiheit und Medienpluralismus in den Mitgliedstaaten umgeschichtet werden.

Für eine Aufwertung der europäischen Grundrechteagentur

Wir Freie Demokraten treten für eine Aufwertung der Europäischen Grundrechteagentur ein, um eine regelmäßige, unabhängige Bewertung der Grundrechtssituation in der EU zu garantieren.

Dazu fordern wir, dass die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) ein Mandat zur Bewertung der Menschenrechtssituation in den Mitgliedstaaten der EU erhält. Dies soll nach dem Vorbild des UN Universal Periodic Review in regelmäßigen Abständen für jeden Mitgliedstaat erfolgen. Mit dieser Aufwertung der Agentur wollen wir eine neue Grundwerteinitiative starten, die eine Verteidigung europäischer Grundwerte in den Mitgliedstaaten durch rechtzeitige Diskussionen ermöglicht.

Europäische Verfassungsbeschwerde einführen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie juristische Personen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen EU-Rechtsakte und nach Ausschöpfen des nationalen Rechtswegs auch gegen nationale Rechtsakte wegen einer Verletzung ihrer Grundrechte klagen können.

Derzeit können die Mitgliedstaaten mit der Nichtigkeitsklage vor dem EuGH klagen, wenn sie der Meinung sind, dass ein EU-Rechtsakt die Verträge einschließlich der Grundrechtecharta verletzt. Natürliche und juristische Personen können dies nur sehr eingeschränkt. Dies wollen wir ändern und damit einen effektiven Rechtsschutz gegen Rechtsakte ermöglichen, die gegen Unionsrecht verstoßen. Zugleich wollen wir die Geltung der Grundrechtecharta in Form eines Mindeststandards auch auf rein nationale Sachverhalte ausweiten.

Europäische digitale Verwaltung

Wir Freie Demokraten wollen die Verwaltung in den Mitgliedstaaten digitalisieren. Dazu wollen wir eine Europäische Digitale Identität stärken und die Mitgliedstaaten verpflichten, bestimmte Verwaltungsdienstleistungen digital, schnell und unbürokratisch zu ermöglichen.

Eine digitale Verwaltung erleichtert den Zugang zur Verwaltung und spart dem Staat viel Geld. Wir wollen, dass alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger mit einer Europäischen Digitalen Identität Verwaltungsdienstleistungen in allen Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen können. Für bestimmte Verwaltungsdienstleistungen, die für das Funktionieren des Binnenmarktes vorteilhaft sind, wollen wir eine Digitalpflicht einführen. Dies gilt z. B. für die Anmeldung eines Wohnsitzes oder die Gründung eines Unternehmens, was in maximal 24 Stunden möglich sein soll.

Bürgerrechte im digitalen Raum verteidigen - der Chatkontrolle eine klare Absage erteilen

Für uns Freie Demokraten sind der Schutz der Privatsphäre und das Recht auf Verschlüsselung und Anonymität in digitalen Räumen unabdingbar. Netzsperrern, Vorratsdatenspeicherung und anlassloses Ausspionieren der Bürger lehnen wir kategorisch ab.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch ist für die Freien Demokraten ein sehr wichtiges Anliegen. Die anlasslose Chatkontrolle aber ist ein Irrweg. Die Überwachung aller Chats, Nachrichten und E-Mails von unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern stellt die Menschen unter ständigen Generalverdacht. Die von der Kommission vorgeschlagene CSA-Verordnung würde private Unternehmen zwingen, ihre Kunden und Nutzer anlasslos auszuspionieren und sensible persönliche Daten insbesondere auch bei falschen Treffermeldungen an den Staat weiterzuleiten. Für den Rechtsstaat wäre die Chatkontrolle ein gefährlicher Dammbreach. Auch Netzsperrern sind für uns keine Lösung. Löschen statt Sperren ist effektiver, schneller und verhindert, dass kriminelle Inhalte weiter im Netz verfügbar sind. Wir sprechen uns zudem dafür aus, in die Ausstattung der Polizei und von Europol zu investieren sowie die praktische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern.

Datenschutz effektiv gestalten

Wir Freie Demokraten sehen einen funktionierenden europäischen Datenschutz mit Datensouveränität und informationeller Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger als Grundlage für eine faire und funktionierende Datenökonomie.

Die Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO) hat sich in vielen zentralen Aspekten als weltweiter Standard für den Datenschutz etabliert. Wir wollen sie konsequent entbürokratisieren und weiterentwickeln. Insbesondere werden wir darauf achten, dass die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen und ihre Belange stärker berücksichtigt werden und der bürokratische Aufwand reduziert wird.

Internationalen Datenschutz rechtssicher gestalten

Wir Freie Demokraten wollen, dass Daten, die aus der Europäischen Union in andere Staaten übermittelt werden, grundsätzlich einem gleichwertigen Datenschutzniveau unterliegen wie in der EU.

Auch Abkommen mit Drittstaaten müssen die europäischen Datenschutzstandards deshalb berücksichtigen und gleichzeitig Rechtssicherheit für Unternehmen sicherstellen. Gerade im Hinblick auf den Datenaustausch zwischen der EU und den USA muss die Kommission endlich eine rechtssichere Lösung vorschlagen, die den transatlantischen Datenaustausch nachhaltig ermöglicht. Das Europäische Parlament und der Rat sollten bei Entscheidungen über diese Abkommen eine mit der EU-Kommission gleichberechtigte Rolle spielen.

Für Datenschutz als Standortvorteil Europas

Wir Freie Demokraten wollen einen Raum der Freiheit und Sicherheit für die Daten der Bürgerinnen und Bürger.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden. Ziel sollte ein Europa mit eigenen auch privaten Cloud-Anbietern und europäischen Datenschutzstandards sein, um etwa die Abhängigkeit von außereuropäischen Cloud-Anbietern zu verringern und damit die Daten von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen besser zu schützen. Projekte wie Gaia-X unterstützen wir.

Modernes Urheberrecht statt Uploadfilter

Wir Freie Demokraten wollen die Pflicht zum Einsatz von Uploadfiltern abschaffen.

Mit der EU-Urheberrechtsrichtlinie werden Plattformen, die keine Lizenz zur Verwendung urheberrechtlich geschützten Materials haben, faktisch verpflichtet, alle Inhalte vor der Veröffentlichung durch Nutzer auf mögliche Urheberrechtsverstöße zu überprüfen. Wegen der schieren Masse an Inhalten wird dies nur durch Algorithmen möglich sein. Algorithmen dürfen aber niemals die Meinungs- oder Kunstfreiheit einschränken.

Fluggastdatenspeicherung abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen die grundrechtswidrige Fluggastdatenspeicherung abschaffen, um die Daten von Reisenden in der Europäischen Union zu schützen.

Eine pauschale und anlasslose Speicherung von Fluggastdaten erleichtert die Bekämpfung von Verbrechen nicht, aber schränkt die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger ein. Wir wollen die anlasslose Fluggastdatenspeicherung daher abschaffen.

Kontrollierte Freigabe von Cannabis in der EU ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen das EU-Recht reformieren, um den Mitgliedstaaten die kontrollierte Freigabe von Cannabis und eine eigenständige Drogenpolitik zu ermöglichen.

Für eine Weiterentwicklung von Europol zum Europäischen Kriminalamt

Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts weiterentwickeln. Dazu muss die europäische Polizeibehörde Europol zu einem Europäischen Kriminalamt ausgebaut werden.

Europol muss bei grenzüberschreitenden Sachverhalten sowie im Bereich der Gefahrenabwehr - insbesondere gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus und Cyberkriminalität - mit wirksamen Ermittlungsbefugnissen die Arbeit der Mitgliedstaaten und europäischer Behörden koordinieren und unterstützen können. Bei der Ausweitung von Befugnissen dürfen die grundrechtlichen und rechtsstaatlichen Standards nicht hinter denen Deutschlands zurückbleiben und es bedarf einer effektiveren Kontrolle durch das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten. Auch die politische Verantwortlichkeit für das Handeln von Europol muss klar sein. Den Einsatz von Staatstrojanern lehnen wir ab. Bis diese Reform erreicht werden kann, soll eine dem Gemeinsamen Terror-Abwehrzentrum des Bundes (GTAZ) ähnliche Vernetzungsplattform der Sicherheitsbehörden geschaffen werden. Diese soll sich in regelmäßigen Abständen treffen und muss auf einer durch das EU-Parlament beschlossenen Rechtsgrundlage fußen.

Für eine starke Europäische Staatsanwaltschaft

Wir Freie Demokraten wollen die erfolgreiche Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) stärker fördern und weiter ausbauen. Denn Kriminalität macht nicht vor Grenzen halt – unser Rechtsstaat darf es auch nicht.

Die EUSTa soll künftig auch gegen die Verletzung von EU-Sanktionen, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, grenzüberschreitende Online-Kriminalität und grenzüberschreitenden Terrorismus vorgehen. Dabei soll sie von Europol und später dem daraus entwickelten Europäischen Kriminalamt mit eigenen Ermittlungs- und Exekutivbefugnissen unterstützt werden. Gegen alle Maßnahmen muss effektiver Rechtsschutz möglich sein. Es bedarf dazu einer einheitlichen EU-weiten Definition der Straftatbestände, für die die Zuständigkeit der EUSTa eröffnet ist, und Regelungen für das Ermittlungsverfahren. In die Entscheidungen zur Funktionsweise der Europäischen Staatsanwaltschaft muss auch das Europäische Parlament gleichberechtigt neben dem Rat eingebunden werden.

Für ein funktionierendes europäisches Asylsystem

Wir Freie Demokraten fordern einen Neustart in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Zuwanderung muss effektiv gesteuert und irreguläre Migration reduziert werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen die grundlegende EU-Asylreform zum Erfolg führen und beweisen, dass sie insbesondere mit schnelleren Asylverfahren und konsequenten Rückführungen irreguläre Migration wirksam reduzieren können.

Ein funktionierendes und praxistaugliches europäisches Asylsystem gelingt vor allem mit einheitlichen Aufnahmestandards, besseren und rechtsstaatlichen Verfahren zur Registrierung und Antragsbearbeitung sowie einem praktikabler Solidaritäts- und Krisenmechanismus. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren solidarischen Beitrag leisten – sei es durch Aufnahmekontingente oder durch finanzielle Unterstützung. Einheitliche Aufnahmebedingungen sollen die Sekundärmigration innerhalb der EU verhindern. Wir befürworten die Einrichtung Europäischer Asylzentren an der Außengrenze, die unter Wahrung humanitärer Standards ein effizientes und schnelles Asylverfahren gewährleisten sollen. Wir wollen, dass Asylbewerber zur Bearbeitung des Asylverfahrens in sichere Drittstaaten überführt und bis zur Anerkennung des Asylantrags im Drittstaat untergebracht werden können – unter Gewährleistung humanitärer und rechtsstaatlicher Standards. Zusätzlich halten wir an der Verringerung sogenannter Pull-Faktoren fest.

Einwanderung in den Arbeitsmarkt steuern – Talentpool mit Punktesystem einführen

Wir Freie Demokraten fordern eine EU-Strategie für Fachkräftegewinnung und wollen die Einwanderung in den Arbeitsmarkt verständlich und einfach steuern. Denn die EU muss ihre Attraktivität für qualifizierte Fachkräfte sowie Studierende aus Nicht-EU-Staaten deutlich erhöhen, um mehr reguläre und dringend benötigte Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ziel muss ein weitgehend harmonisiertes Fachkräfteeinwanderungsrecht sein, das auch Drittstaatsangehörigen unkomplizierte Mobilität zum Zwecke der Erwerbstätigkeit ermöglicht. Mit einer EU-Strategie wollen wir unseren Trumpf ausspielen: den größten Binnenmarkt der Welt.

Neben einer einheitlichen EU-Arbeitserlaubnis fordern wir dazu ein modernes Zwei-Säulen-System. Dieses besteht aus einer überarbeiteten „Blue Card“ als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot, die auch für nicht-akademische Fachkräfte weiter geöffnet und deren Mindestgehaltsgrenzen gesenkt werden müssen, und der Einführung eines europäischen Talentpools mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild. Die Steuerung soll hier über Kriterien wie Bildungsgrad, Sprachkenntnisse, Alter, Berufserfahrung und den aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt erfolgen. Ziel ist es, Europas Attraktivität für qualifizierte Fachkräfte und Studierende zu erhöhen und zu vereinheitlichen. Das niederländische Vorbild eines einjährigen Orientierungsvisums für Absolventinnen und Absolventen der global besten 200 Universitäten wollen wir auf die ganze EU ausweiten.

Für ein Europa der Frauenrechte

Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrer Religion selbstbestimmt leben können. Wir akzeptieren nicht, dass Frauen in unserer Gesellschaft noch immer benachteiligt sind. Frauen erfahren häufiger als Männer häusliche Gewalt, sind eingeschränkt in ihrer sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung – insbesondere, wenn es um

das Abtreibungsrecht geht, das zum Beispiel in Polen stark eingeschränkt ist – und haben es schwerer im Hinblick auf beruflichen Aufstieg. Das muss sich ändern.

Häusliche Gewalt europaweit bekämpfen

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die verbleibenden Länder die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ratifizieren und dass alle Länder die Konvention umsetzen. Die Konvention fordert die Mitgliedstaaten auf, konkrete Schutz- und Präventionsmaßnahmen zu ergreifen, z. B. die Einrichtung von ausreichend Frauenhausplätzen und Täterpräventionsarbeit.

Genitalverstümmelung in Europa und international muss enden

Wir Freie Demokraten fordern, dass sich die europäischen Staats- und Regierungschefs gemeinsam für die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen in Europa und weltweit einsetzen und konkrete Präventions- und Schutzmaßnahmen für gefährdete Mädchen und Frauen ergreifen. Wir begrüßen, dass die EU nach deutschem Vorbild künftig europaweit einen eigenen Straftatbestand der weiblichen Genitalverstümmelung vorsieht.

Wechselseitige Anerkennung reproduktiver Rechte

Wir Freie Demokraten fordern, dass reproduktive Rechte wie Eizellspende und Leihmutterschaft, die in einigen Staaten der EU geltendes Recht sind, in anderen EU-Staaten geachtet werden müssen und dort für deren Staatsbürgerinnen nicht unter Strafe gestellt werden dürfen. Die Legalisierung und Anerkennung schützen die Interessen aller Beteiligten und verhindern, dass Menschen in ungeklärten Verhältnissen Kinderwunschbehandlungen vornehmen lassen.

Frauen-Volkskrankheit Endometriose besser bekämpfen

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen europaweiten Endometriose-Aktionsplan nach dem Vorbild Frankreichs ein. Wir möchten durch die Zusammenführung von anonymisierten Daten und einen Datenaustausch die Forschung und Behandlung und gleichzeitig die Akzeptanz, Diagnose und Therapiemöglichkeiten verbessern.

Möglichkeit der Erwerbstätigkeit von Frauen verbessern

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Ausbau erschwinglicher Kinderbetreuung und Altenpflege ein, um Frauen die Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass jeder europäische Staat schrittweise sicherstellt, dass jedes Kind in Europa Zugang zu einer bezahlbaren Kindertagesstätte und Ganztagsbetreuung in den Schulen hat. Ebenso wollen wir die Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und Beruf durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten erleichtern. Wir wollen die Vereinbarkeit von Politik und Familie stärken und Europaabgeordneten ermöglichen, nach Geburt oder Adoption eines Kindes online an Abstimmungen teilzunehmen.

Beruflicher Aufstieg für Frauen und Mädchen

Wir Freie Demokraten wollen die beruflichen Aufstiegschancen von Frauen durch gezielte Programme zur Förderung von Mädchen in den sogenannten MINT-Fächern verbessern. Zudem setzen wir uns für ein europäisches Female-Founders-Netzwerk ein, um Investitionen in Gründungen von Frauen zu stärken. In diesem Zusammenhang möchten wir „Entrepreneurship-Education“ an Schulen unterstützen.

Für ein Europa, das Vielfalt schützt

Wir Freie Demokraten wollen ein Europa der Vielfalt. Der Schutz von Minderheiten ist innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anliegen des Rechtsstaats. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Die Europäische Union (EU) darf es deshalb nicht zulassen, wenn Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Rechte von Minderheiten in ihrem Kern beschneiden oder aushöhlen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, sei sie rassistisch, antisemitisch oder gegen Religion, Geschlecht, geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung gerichtet, muss auf allen Ebenen entschlossen bekämpft werden. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen.

LSBTIQ europaweit schützen

Wir Freie Demokraten fordern, dass Demonstrationen von LSBTIQ unionsweit ungehindert und sicher stattfinden können. Denn das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gilt auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Intersexuelle und queere Menschen (LSBTIQ). Einschränkungen, über das Leben von LSBTIQ sachlich aufzuklären, darf es nirgends in der EU geben. Die EU muss insgesamt ein Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ausgeschlossen ist. Angeblich „LSBTIQ-freie Zonen“ in Polen und der europaweite Anstieg von Übergriffen gegen LSBTIQ sind mit europäischen Werten nicht vereinbar. Weder für Mitgliedstaaten noch für Beitrittskandidaten darf es einen Rabatt bei der Achtung der Bürgerrechte von LSBTIQ geben. Mittel der EU an die betroffenen Länder sind bei Verstößen einzufrieren.

Wenn Familienangehörige einer EU-Bürgerin oder eines EU-Bürgers nicht am Arbeitsort leben und arbeiten können, wenn das gesellschaftliche Klima gegenüber einer Gruppe feindlich ist und man Gewalt fürchten muss, dann steht die Freizügigkeit nur auf dem Papier. Ehepartner und eingetragene Lebenspartner von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern müssen ebenso wie in einem anderen EU-Land festgestellte Kindschaftsverhältnisse überall in der EU als Ehegatten anerkannt werden.

Die „Verfolgung wegen sexueller Identität“ ist ein Asylgrund in Europa. Das individuelle Recht auf Asyl für verfolgte LSBTIQ muss gewährleistet sein. Dazu gehören sichere Verfahren und eine sichere Unterbringung von LSBTIQ-Geflüchteten.

Anerkennung von Regenbogenfamilien und Personenstand

Wir Freie Demokraten fordern, dass innerhalb der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen und festgestellte Elternschaften mit allen Rechten und Pflichten in den europäischen Mitgliedstaaten anerkannt werden. Gleichgeschlechtliche Eltern und Eltern von Leihmutter-Kindern müssen sich darauf verlassen können, dass das Familienrecht ihres Heimatlandes strikt geachtet wird. Auch die in einem Mitgliedstaat durch seine Bürgerinnen und Bürger vorgenommene Änderung von Geschlechtseintrag und Namen muss als Voraussetzung für die Freizügigkeit des jeweiligen Unionsbürgers in allen anderen EU-Staaten geachtet werden.

Außen- und Entwicklungspolitik der EU

Wir wollen in der Außen- und Entwicklungspolitik der EU entschlossen der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Intersexuellen und queeren Menschen entgegenzutreten und setzen uns dafür ein, durch die Europäische Union LSBTIQ-Projekte weltweit zu fördern.

Auf Ebene der Vereinten Nationen fordern wir den Einsatz der EU für eine Konvention für LSBTIQ-Rechte nach dem Vorbild der Frauenrechtskonvention. Nirgendwo dürfen homosexuelle Handlungen und die geschlechtliche Identität kriminalisiert werden. Bei Strafverschärfungen gegen LSBTIQ ist die EU-Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit NGOs vor Ort auf den Prüfstand zu stellen, Budgethilfe zu streichen und ggf. die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden. Denn für Verfolgerstaaten wollen wir keine Steuern zahlen.

Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung fördern

Wir Freie Demokraten fordern eine EU der Teilhabe für alle Menschen. Der neue EU-Behindertenausweis muss die unabhängige und autonome Lebensführung sowie die Freizügigkeit von Menschen mit Behinderung in der gesamten EU verbessern. Wir begrüßen es, wenn durch wechselseitige Anerkennung Vergünstigungen auch für Staatsangehörige anderer EU-Länder gewährt werden. Eine Harmonisierung von Leistungen lehnen wir aber als Eingriff in die nationale Sozialpolitik ab.

Die Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderungen und ihre Einbindung in den europäischen Zusammenhang müssen spürbar und konkret verbessert werden. Sie müssen in der gesamten EU diskriminierungsfreie und unbürokratischere Zugangsbedingungen bei Vergünstigungen und bei zeitlich befristeten Aufenthalten auf Hilfeleistungen nach dem jeweiligen nationalen Recht haben.

Ein Europa, das Freiheit, Sicherheit und Demokratie weltweit stärkt

Für eine entscheidungs- und handlungsfähige EU in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Wir Freie Demokraten wollen, dass Entscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zukünftig mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig getroffen werden. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik muss institutionell zu einem vollwertigen EU-Außenminister aufgewertet werden.

Durch den Übergang von der Einstimmigkeit zur Mehrheitsentscheidung in der GASP, beispielweise bei der Verhängung von Sanktionen, wird die EU in außen- und sicherheitspolitischen Fragen entscheidungs- und damit handlungsfähiger werden. Der aufgewertete EU-Außenminister soll für alle zentralen Bereiche der europäischen Außenpolitik, einschließlich der Europäischen Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik, zuständig sein und koordinierend für mehr Kohärenz und Effizienz der EU und ihren Mitgliedstaaten sorgen. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) soll als wichtiger Unterbau gestärkt werden, sodass wir gegenüber Verbündeten, Wettbewerbern und autoritären Staaten mit einer Stimme sprechen.

Für einen Beauftragten für Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Wir Freie Demokraten wollen, dass mit der Stärkung des Hohen Vertreters als europäischer Außenminister auch ein politischer Stellvertreter für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eingesetzt wird, der wie der Hohe Vertreter selbst den Rang eines Kommissars haben soll.

Die veränderte Weltlage und die aktuellen Bedrohungen auf dem europäischen Kontinent haben uns vor Augen geführt, dass wir Europa noch viel stärker schützen müssen. Der Krieg in der Ukraine hat die europäischen Defizite deutlich gemacht. Auch global soll Europa künftig seinen sicherheitspolitischen Einfluss besser geltend machen können. Dafür ist ein zuständiger Kommissar nötig.

Für ein Europa, das strategisch und vernetzt handelt

Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union (EU) in die Lage versetzen, dass sie in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu jeder Zeit und auf allen Ebenen strategisch und vernetzt handeln kann.

Zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union fordern wir eine konsequentere Umsetzung des Strategischen Kompasses der EU sowie eine kontinuierliche Evaluierung und Debatte über die gemeinsam definierten Ziele und Interessen. Weiterhin fordern wir die Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrates (ESR) unter dem Vorsitz des Hohen Vertreters als zentralen Ort europäischer Strategiebildung in enger Abstimmung mit der NATO und Großbritannien. So erwächst ein gemeinsames Verständnis der Europäerinnen und Europäer und daraus kann ein gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Handeln begründet werden. Seine Mitglieder würden außen- und sicherheitspolitische Punkte auf die Agenda des ESR bringen und im Zusammenspiel mit dem Hohen Vertreter Stellungnahmen und Empfehlungen zu strategischen Fragen ausarbeiten.

Die Vereinten Nationen reformieren – Europa bei den VN stärken

Wir Freie Demokraten wollen, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) an die veränderte Staatenwelt des 21. Jahrhunderts angepasst und entsprechend reformiert wird. Im Rahmen einer VN-Reform setzen wir uns für einen ständigen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein.

Die internationale Ordnung ändert sich stark und die VN als wichtigste multilaterale Institution gerät zunehmend unter Druck. Die VN müssen daher dringend reformiert werden. Die Bewerbung Deutschlands für einen nicht-ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat 2027/28 wollen wir dafür nutzen, unseren Beitrag dazu zu leisten. Ein erster Schritt auf diesem Wege ist eine Reform der regionalen Gruppen bei den VN hin zu einer einheitlichen europäischen Gruppe.

Europäischen Pfeiler in der NATO festigen und Zusammenarbeit unter europäischen Bündnispartnern stärken

Wir Freie Demokraten wollen den europäischen Pfeiler der NATO stärken und dadurch die gemeinsame politische Handlungsfähigkeit der EU-Partner im Bündnis erhöhen.

Wir wollen, dass die europäischen Mitgliedsstaaten im Bündnis mehr Verantwortung für eine effektive Verteidigung übernehmen. Voraussetzung hierfür ist die Kompatibilität mit der NATO und eine engere Zusammenarbeit der EU-Partner innerhalb der NATO. Die europäischen Partner müssen sich bei Entscheidungen schneller koordinieren und besser harmonisieren. Dafür müssen die notwendigen Voraussetzungen bestehen um eine intensivere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU zu garantieren.

Für den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle

Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle. Dazu streben wir eine schrittweise engere Verzahnung und den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen EU-Mitgliedsländer an.

Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer zukünftigen Europäischen Armee, die neben den nationalen Armeen aufgebaut werden soll. Dafür wollen wir den bisherigen Ausbau der Europäischen Verteidigungsunion beschleunigen. So müssen europäische Kommandostrukturen und ein gemeinsames militärisches Hauptquartier, aber auch Ausbildungseinrichtungen wie eine Europäische Sicherheitsakademie geschaffen werden. Wir unterstützen eine stärkere gemeinsame Beschaffung. Den Austausch zwischen den europäischen Streitkräften wollen wir durch ein Erasmus+-Programm für Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgradgruppen intensivieren.

Bei all diesen Schritten achten wir darauf, die Interoperabilität mit Kräften und Instrumenten der NATO weiter zu verstärken.

Zwischenstaatlichen Austausch verstärken

Wir Freie Demokraten wollen den Austausch und die Kooperation von Soldatinnen und Soldaten in Europa weiter ausbauen und enger verzahnen.

Hierfür wollen wir das militärische Erasmus für Soldatinnen und Soldaten ausbauen, eine europäische Militärakademie schaffen, mehr gemeinsame europäische Militärmanöver abhalten und weitere multinationale Verbände wie die deutsch-französische Brigade gründen. So schaffen wir mehr Wissen und Vertrauen untereinander. Um dies weiter zu vereinfachen, müssen zudem die militärischen Ausbildungsstandards harmonisiert werden.

Militärische Fähigkeiten bündeln

Wir Freie Demokraten wollen, dass militärische Fähigkeiten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) stärker europäisch koordiniert und gebündelt bereitgestellt werden.

Als Vorbild können das NATO Framework Nations Concept, die Strategic Airlift Capability und das European Air Transport Command dienen. So muss nicht mehr jeder einzelne Mitgliedstaat alle Fähigkeiten vorhalten, sondern kann sich auf bestimmte Bereiche spezialisieren und diese dann, gegebenenfalls zusammen mit anderen, für alle Partner zur Verfügung stellen.

Auch den Europäischen Verteidigungsfond (EVF) wollen wir ausbauen. Mit der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung (Coordinated Annual Review on Defence, CARD) besteht zusätzlich ein Mechanismus, mit dessen Hilfe die Mitgliedstaaten ihre militärische Fähigkeitsentwicklung an den gemeinsamen Bedarf anpassen können.

Für eine europäische Rüstungsexportkontrolle mit Augenmaß

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa ein. Rüstungsexporte an demokratische Partner wie die NATO-Staaten, Australien, Israel, Indien, Japan, Südkorea und die Ukraine sollen unkompliziert erfolgen.

Wir wollen dieses Ziel durch eine europaweite Rüstungsexport-Verordnung erreichen, die hohe Standards setzt und so den gemeinsamen Standpunkt der EU-Mitgliedstaaten von 2008 über die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgüter rechtsverbindlich weiterentwickelt. Für die Ausfuhr von Rüstungsgütern gibt es in den EU-Mitgliedstaaten noch vielfach unterschiedliche Standards. Die EU muss jedoch auch bei der Rüstungsexportpolitik mit einer Stimme sprechen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten vor Desinformation schützen

Wir Freie Demokraten wollen die Bürgerinnen und Bürger in Europa besser vor Desinformation schützen. Hierfür wollen wir die strategische Kommunikation im Europäischen Auswärtigen Dienst stärken und weitere Arbeitsgruppen nach dem Modell der East StratCom Task Force ausbauen. Nationalen Stellen, die Desinformationskampagnen analysieren und bekämpfen, soll eine Plattform zum Austausch ihrer Erkenntnisse und Erfahrungen geboten werden.

Zum Schutz der Demokratie und insbesondere von freien und fairen Wahlen gehört auch, dass die EU gegen Angriffe durch Desinformationskampagnen ausländischer Akteure gewappnet ist und diesen mit Fakten begegnet. Autokratische Staaten nutzen Fake News zunehmend als strategische Waffe. Die Stärkung der strategischen Kommunikation ist unerlässlich. Hierzu sind entsprechend der East StratCom Task Force weitere Arbeitsgruppen mit anderen regionalen Schwerpunkten im Kampf gegen Desinformation und Fake News zu errichten.

Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene vertiefen

Wir Freie Demokraten wollen die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene vertiefen, um international handlungsfähig zu sein. Hierzu soll das EU INTCEN zu einem wirksamen europäischen Nachrichtendienst ausgebaut werden, welcher Erkenntnisse der nationalen Dienste bündelt, sowie eigene Informationen (insbesondere im Bereich OSINT) sammelt und auswertet und die Analysefähigkeit der nationalen Nachrichtendienste stärkt.

So nutzen wir nachrichtendienstliche Ressourcen besser und erhalten ein gemeinsames Lagebild für die EU-Mitgliedsstaaten. Dazu sollten Informationen grundsätzlich, nach Vorbild der Five Eyes, aktiv untereinander ausgetauscht werden. Einzelne Mitgliedstaaten sollen davon ausgeschlossen werden, wenn rechtsstaatliche Grundsätze dort nicht garantiert werden können. Zudem soll das EU INTCEN einer strengen und umfassenden Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen und höchste bürgerrechtliche Standards einhalten. Eine Massenüberwachung lehnen wir auch auf europäischer Ebene ab.

Ukraine beim Wiederaufbau aktiv unterstützen

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen koordinierten internationalen Wiederaufbau der Ukraine ein, bei dem die EU und ihre Institutionen eine starke Rolle einnehmen. Dazu wollen wir nach allen rechtsstaatlichen Möglichkeiten suchen, das eingefrorene russische Vermögen zu nutzen. Wiederaufbau und europäischer Integrationsprozess müssen von Anfang an eng miteinander verbunden werden, um den Weg der Ukraine in die Europäische Union zu unterstützen.

Der Wiederaufbau sollte auf EU-Ebene sowie bi- und multilateral erfolgen, bei dem der Ukraine eine zentrale Rolle zukommen sollte. Die EU muss die Ukraine noch stärker bei der Umsetzung der Strukturreformen unterstützen, auf deren Fundament neue wirtschaftliche Erfolge gelingen können. Ein wesentlicher Beitrag hierzu ist der Aufbau effizienter Verwaltungsstrukturen, die Bekämpfung der Korruption, die Stärkung der marktwirtschaftlichen Strukturen und Privatisierung. Die EU sollte sich außerdem dafür einsetzen, private ausländische Investitionen anzulocken.

Gegenseitiges Verständnis für die strategischen Kulturen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken

Wir Freie Demokraten wollen das gegenseitige Verständnis über die strategischen Kulturen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa durch einen vertieften Austausch und eine vertiefte Kooperation des Europaparlaments mit den nationalen Parlamenten stärken.

Wesentliche Fortschritte im Bereich der GASP bzw. der GSVP und eine erfolgreiche Umsetzung des Strategischen Kompasses setzen eine Annäherung der historisch unterschiedlichen strategischen Kulturen in den Mitgliedstaaten voraus. Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung geht im Sinne des deutsch-französischen Motors mit gutem Beispiel vor, indem sie mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Außen- und Sicherheitspolitik ein Format schuf, um zwischen Partnern das gemeinsame Verständnis über einen integrierten Sicherheitsansatz und die Erarbeitung einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse zu fördern.

Neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich

Nach dem Abschluss des Windsor-Abkommens wollen wir Freie Demokraten die neue Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wo immer möglich vertiefen. Im Außen- und Sicherheitsbereich gilt es im beiderseitigen Interesse enger zusammenzuarbeiten.

Generell gilt: Wir wollen die Tür für einen zweiten Beitritt des Vereinigten Königreichs offenhalten, falls eine neue britische Generation den Brexit und seine nachteiligen Folgen für beide Seiten überdenkt. Bis dahin ist mit dem Windsor-Abkommen eine tragfähige Grundlage für konstruktive Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gelegt.

EU-Beziehungen zur Türkei neu ausrichten

Wir Freie Demokraten wollen die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Eine von Präsident Erdogan autoritär regierte Türkei kann für uns Freie Demokraten kein Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU sein.

Die fortschreitend antidemokratischen Entwicklungen auch in der dritten Amtszeit Erdogans versperren der Türkei den Weg in die EU. Grundlage für eine Mitgliedschaft sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien. Insbesondere die darin geforderten Bedingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat und die Achtung der Menschenrechte erfüllt die Türkei nicht. Die Türkei ist und bleibt als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nachbar dennoch ein unverzichtbarer Partner.

Mit Ländern Asiens globale Zukunftsaufgaben angehen

Wir Freie Demokraten wollen gemeinsam mit allen Ländern Asiens die globalen Zukunftsaufgaben angehen. Dabei ist uns wichtig, den Blick auf ganz Asien auszuweiten und besonders die Beziehungen zu den Staaten zu vertiefen, die unsere Wertepartner sind.

Japan, Australien, Neuseeland, Südkorea, Indien und demokratische ASEAN-Staaten gehören noch stärker in den Fokus der europäischen Außenpolitik. Die globale Zukunftsgestaltung setzt neben der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen eine noch engere Zusammenarbeit bei den Themen Klima- und Artenschutz, nachhaltige Energiegewinnung, Sicherung von Ressourcen, Sicherheit und Konnektivität voraus.

Lateinamerika-Engagement stärken

Wir Freie Demokraten wollen Lateinamerika mehr Gewicht in der europäischen Außenpolitik geben.

Dem lateinamerikanischen Kontinent muss aufgrund seiner geostrategischen und geoökonomischen Bedeutung ein höherer Stellenwert zukommen. Wir setzen uns für ein verstärktes Engagement ein, um die Zusammenarbeit mit den Demokratien der Region zu vertiefen und diese zu stärken. Wir bekennen uns zum Ziel eines Freihandelsabkommens mit dem MERCOSUR.

Die Ukraine muss den Krieg gewinnen

Wir Freie Demokraten fordern die Isolation Russlands in multilateralen Organisationen, soweit möglich. Denn Russland führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Solange Russland die europäische Friedensordnung und geltendes Völkerrecht bekämpft, ist Frieden nur gegen, nicht mit Russland möglich.

Neben der Ausweitung der Wirtschaftssanktionen zu einem vollständigen Embargo fordern wir weitere personenbezogene Sanktionen gegen Mitglieder der russischen Führung und befürworten den Visaentzug und die Ausweisung von Familienmitgliedern von Personen auf der Sanktionsliste. Dabei sind Sanktionen kein Selbstzweck, sondern dienen der Wiedereingliederung Russlands in die europäische Friedensordnung.

Das oppositionelle Russland unterstützen

Wir Freie Demokraten stehen an der Seite der russischen Opposition, die sich für ein freies und rechtsstaatliches Russland einsetzt. Wir dürfen die Opposition in ihrem Kampf gegen die Diktatur nicht alleine lassen.

Nach Aussetzung der Visaerleichterungen der EU für russische Staatsbürger wollen wir EU-weit gültige humanitäre Visa für Oppositionelle sowie Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte, verfolgte Studierende, Wissenschaftler, Journalisten und Medienschaffende ermöglichen. Statt pauschaler Einreise- und Visaverbote für alle russischen Staatsbürger setzen wir uns für sorgfältige Prüfungen, europäische Ansätze und eine zügige Digitalisierung der Visavergabe ein.

Für eine klare Strategie gegenüber Russland

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine umfassende europäische Strategie gegen russische Cyberangriffe, Desinformationen und Propaganda ein.

Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) bei seinen Bemühungen, russische Desinformationen aufzudecken, und befürworten Sendeverbote für russische Propagandamedien sowie Versuche öffentlich-rechtlicher deutscher Medien wie der Deutschen Welle, in Russland und Belarus Informationen zu verbreiten. Unabhängige russische Exilmedien und pro-demokratische russische Exilstrukturen sind die Antwort auf die mediale Überwachung in Russland. Nicht nur in Europa, sondern auch in Lateinamerika, Afrika, Asien sowie in der direkten europäischen Nachbarschaft betreibt der Kreml Desinformation und Propaganda.

Jin, Jiyan, Azadi – Iranische Freiheitsbewegung unterstützen

Wir Freie Demokraten stehen an der Seite der Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer im Iran, die gegen das Regime demonstrieren. Wir fordern schärfere Sanktionen, die Einstufung der Revolutionsgarden als Terrororganisation und den endgültigen Abbruch der Atomverhandlungen.

Die Kurdin Jina Mahsa Amini kam am 16. September 2022 in Gewahrsam der iranischen „Sittenpolizei“ zu Tode. Sie hatte ihr Kopftuch nicht entsprechend den frauenfeindlichen Gesetzen des Regimes getragen. Als Reaktion auf ihren gewaltsamen Tod kam es zu landesweiten Protesten, die immer noch andauern. Die Demonstrierenden fordern Freiheit und Demokratie für den Iran. Wir stehen an ihrer Seite und verurteilen die Gewalt des Regimes gegen sie. Deshalb wollen wir die Sanktionen auf alle ausweiten, die an der Unterdrückung der Proteste mitwirken.

Von China unabhängiger werden

Wir Freie Demokraten befürworten eine EU-Strategie gegenüber China, die von unseren Werten geprägt ist und die Chinas internationalem Wirken als Wettbewerber und zunehmend systemischer Rivale Rechnung trägt. Außerdem muss sie darauf abzielen, die strategischen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union langfristig zu schützen und zu verwirklichen.

Wir wollen unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern und von der Volksrepublik China wirtschaftlich unabhängiger werden. Die Versorgung mit kritischen Rohstoffen oder Solarmodulen muss auf eine breitere Basis gestellt werden. Es ist richtig, dass das EU-China-Investitionsschutzabkommen (CAI) aufgrund der Sanktionen der Kommunistischen Partei gegen Mitglieder und Institutionen des Europäischen Parlaments auf Eis liegt. Die Europäische Union muss die Menschenrechtsaktivisten in China und chinesische Dissidenten in Europa noch stärker unterstützen.

Die EU an der Seite der Demokratie Taiwan

Wir Freie Demokraten stehen fest an der Seite Taiwans. Wir wollen zusammen mit unseren Wertepartnern der Region – wie Japan, Südkorea oder Australien, Indien, Neuseeland – auf allen Ebenen für die Stabilität in der Taiwanstraße eintreten und die Zusammenarbeit mit Taiwan ausbauen.

Die taiwanesisische Wirtschaft hat aufgrund der Produktion von Halbleitern eine weltweit herausgehobene Bedeutung, sowohl aus geopolitischer als auch aus wirtschaftlicher Perspektive. Deswegen fordern wir die EU-Kommission auf, dem Rat ein Verhandlungsmandat vorzulegen, um zeitnah Gespräche zu einem Investitionsschutzabkommen mit Taiwan aufzunehmen. Darüber hinaus unterstützen wir im Rahmen der Ein-China-Politik der EU die sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen. Wir bestärken die EU und die Mitgliedstaaten darin, sich mit den offiziellen Vertreterinnen und Vertretern Taiwans auszutauschen.

Für eine vertiefte interessens- und werteorientierte Entwicklungszusammenarbeit

Wir Freie Demokraten fordern den Team-Europe-Ansatz zur stärkeren Koordinierung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten in der Entwicklungszusammenarbeit zu vertiefen. Nur so können wir die Effizienz und Wirksamkeit unserer entwicklungspolitischen Maßnahmen entlang unserer Interessen

und Werte erhöhen und unsere Relevanz in den Partnerländern verstärken. Gegenüber systemischen Rivalen wie China müssen die EU und die europäischen Mitgliedstaaten ihre eigenen Interessen und Werte zielgerichteter umsetzen, um auch im geopolitischen Wettbewerb eine größere Rolle zu spielen.

Der BRICS-Erweiterung ein Angebot der Freiheit und Selbstbestimmtheit gegenüberstellen

Wir Freie Demokraten fordern, dass Europa auf die BRICS-Erweiterung eine starke und attraktive Antwort findet.

Deutschland und Europa haben ein langfristiges Interesse daran, die Staaten des globalen Südens in ihrer jeweiligen nationalen Entwicklung zu unterstützen und als gleichberechtigte Partner in globale Fragen einzubinden. Wir wollen, dass sich jene Staaten in einer fortschrittlichen, demokratischen und rechtsstaatlich soliden und selbstbestimmten Form entwickeln, und nicht in neue Abhängigkeiten autokratischer, repressiver und im Kern unfreier Regime begeben.

Die Führungsrolle der EU bei der Umsetzung der Agenda 2030 ausbauen

Wir Freie Demokraten fordern eine umfassende europäische Strategie für die Verwirklichung der einzelnen 17 Nachhaltigkeitsziele. Nur so können Stagnation und Rückschritte bei der Erreichung einzelner Nachhaltigkeitsziele überwunden werden.

Die Agenda 2030 und die Pariser Klimaschutzziele bleiben die Richtschnur liberaler Politik. Angesichts der nach wie vor fehlenden Koordinierung und Kohärenz der vielen nationalen und europäischen Entwicklungsakteure fordern wir eine umfassendere Abstimmung bestehender Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb der EU und der Mitgliedstaaten. Für die weitere Umsetzung der Agenda 2030 bedarf es eines integrierten Ansatzes bei der Umsetzung, einer höheren Wirksamkeit der Maßnahmen und Projekte, Zielgenauigkeit der Unterstützung und Instrumente für die Konsultation nichtstaatlicher Akteure.

Global Gateway stärken und weiterentwickeln

Wir Freie Demokraten wollen strategische Initiativen wie Global Gateway auch als Antwort auf die chinesische Belt-and-Road Initiative stärken und weiterentwickeln.

Angesichts des Auftretens systemischer Rivalen wie China müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten geschlossen agieren, um die europäische Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Dabei setzen wir uns für eine europäisch abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit ein, die auch große Infrastrukturprojekte ermöglicht und als Entwicklungsprojekte begonnen, erste Schritte zu einer langfristigen Partnerschaft mit entsprechenden Ländern sein können.

Wasser darf keine Waffe sein

Wir Freie Demokraten erkennen die Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Frieden an. Der Klimawandel führt zu Flutkatastrophen, Dürren, sinkenden Fischbeständen und Hunger. Auch die Folgen der Kriege und Militärputsche im Sahel werden durch den Klimawandel noch verstärkt. Wir

fordern einen EU-Aktionsplan, damit Wasser und andere lebensnotwendige Ressourcen nicht als Waffe genutzt werden.

Durch den Klimawandel entstehen nicht nur geopolitische Spannungen. Neue Konflikte entstehen und in Kriegen wird die Begrenzung von Wasser, Ackerland, Vorräten und Nahrungsmitteln als Waffe eingesetzt. Dies sind Verstöße gegen das Völkerrecht, die Menschenrechte und Umweltrecht. Die Auswirkungen des Klimawandels führen zu geringeren wirtschaftlichen Möglichkeiten und verstärken Flucht- und Migrationsbewegungen sowie Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Fluchtursachen präventiv bekämpfen

Wir Freie Demokraten wollen den Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration (Global Compact for Migration, GCM) der Vereinten Nationen auch auf europäischer Ebene umsetzen, um eine geordnete und reguläre Migration sicherzustellen sowie Anpassungs- und Resilienzstrategien auf klimabedingte Extremereignisse auf regionaler und internationaler Ebene zu erarbeiten.

Fluchtbewegungen müssen verhindert werden, weil sie immer eine menschliche Katastrophe darstellen. Insbesondere belasten sie die ärmsten Staaten, die weltweit den Großteil der Flüchtlinge aufnehmen. Europäische Entwicklungszusammenarbeit muss Fluchtursachen vor allem präventiv angehen und damit auf längere Sicht abmildern. Neben Armut und Perspektivlosigkeit haben auch die Folgen des Klimawandels, bewaffnete Konflikte, Kriege, Terrorismus und Hunger erheblichen Einfluss auf Migration und Vertreibung von Menschen aus Entwicklungsländern.

Neustart für die „Union für den Mittelmeerraum“

Wir Freie Demokraten fordern eine Strategie 2030 der EU für den Mittelmeerraum, in die sich die Bundesregierung mit ihren diplomatischen, sicherheits- und entwicklungspolitischen Vorstellungen entschlossen einbringt.

Die geopolitische Lage erfordert auch hier eine interessengeleitete EU-Politik. Während die USA mit den „Abraham-Accords“ in der Region konkret Außenpolitik gestalten, ist die EU zu uneins. Wir brauchen Ziele, Partner und Fahrpläne für Kernbereiche wie Sicherheit, Migration, Handel und Energie.

Für eine neue europäische Afrika-Strategie

Wir Freie Demokraten wollen die gemeinsame Strategie Afrika-EU anpassen und eine stärkere Zusammenarbeit in den Feldern des digitalen Wandels, des nachhaltigen Wachstums und der Beschäftigung. Europa hat ein strategisches Interesse, den afrikanischen Kontinent nicht Russland und China zu überlassen, sondern den Westen als verlässlichen Partner zu etablieren. Deshalb muss die EU ihren Partnern auf dem afrikanischen Kontinent endlich auf Augenhöhe begegnen.

Wir unterstützen, dass die Partnerschaft mit der Afrikanischen Union (AU) im Februar 2022 erneuert wurde. Die großen globalen Herausforderungen wie Frieden und Sicherheit, Klimawandel, Erhalt der Biodiversität und Fragen der Migration können nur mit den afrikanischen Staaten und unter Einbezug regionaler Organisationen wie ECOWAS gemeinsam angepackt werden.

Für einen integrierten Ansatz in der EU-Afrika Strategie

Wir Freie Demokraten fordern die europäische Unterstützung der Afrikanischen Union bei der Umsetzung seiner Visionen zur Agenda 2063.

Wir wollen kulturelle Überzeugungskraft entfalten, indem wir Austauschprogramme wie Erasmus+ massiv mit dem Fokus auf Länder des Globalen Südens ausweiten und neue Plattformen des intensiven Kunst-, Kultur-, Bildungs- und Forschungsaustauschs schaffen, um voneinander zu lernen. Hierzu gehört eine Umgestaltung der Wertschöpfung afrikanischer Produkte und die kritische Prüfung eigener potenziell schädigender Handelspolitik sowie intensive Investitionen in Potenzialthemen, wie etwa KI, Digitalisierung und Erneuerbare Energien.

EU-afrikanischen und innerafrikanischen Handel massiv vorantreiben

Wir Freie Demokraten unterstützen die Afrikanische Union und die regionalen Wirtschaftspartnerschaften bei ihren Plänen zur Umsetzung einer innerafrikanischen Freihandelszone (AfCFTA). Freihandel ist entscheidend für Wachstum und Wohlstand. Deshalb setzen wir uns für eine deutliche Steigerung des innerafrikanischen Handels ein. Außerdem braucht die EU mehr Handels- und Investitionsabkommen mit den Staaten Afrikas, um die Exportchancen der Partnerländer zu erhöhen.

Wir setzen uns auch ausdrücklich für eine höhere Wertschöpfung und die Unterstützung beim Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse in Afrika ein und befürworten die Zulassung von Vorprodukten aus Afrika für Exporte in die EU.

Die gemeinsame Zusammenarbeit in Digitalisierung, Innovation und Forschung vorantreiben

Wir Freie Demokraten setzen auf die Chancen von Digitalisierung, innovativer Technologien und beschäftigungswirksamer EU-Investitionen. Wir wollen die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ausweiten und private Investitionen in Zukunftssektoren ermöglichen.

Das Potential junger Menschen in Entwicklungsländern gilt es mit der europäischen Investitionsförderung und Bildungs- und Innovationskooperationen in Zukunftssektoren gezielt zu fördern. Wir wollen die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in sogenannten Technologie- und Innovationshubs ausweiten, da sie sich besser an den individuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen der Partnerländer orientieren. Dabei sollten auch Projekte im Bereich der Grundlagenforschung in Angriff genommen werden, wobei wir den Wissenstransfer für den geeigneteren Weg zur Weitergabe von Wissen halten, anstatt der Patentfreigabe.

Zivile Krisenprävention vorantreiben

Wir Freie Demokraten setzen auf ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung als zentrale Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik.

Wir unterstützen deshalb den aktiven Ausbau des zivilen Krisenmanagements in der Europäischen Union. Wir wollen integrierte Sicherheit vorantreiben, die Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspoli-

tik zusammen denkt und die außenpolitischen Instrumente der EU kohärent und effektiv zur Krisenprävention und Friedensförderung einsetzen. Dazu zählt unter anderem, dass die EU verstärkt in die Weiterentwicklung der zivilen Friedensexpertise investiert und die Finanzierung von zivilen Maßnahmen zur Krisenprävention und Friedensförderung zur Verfügung stellt.

Konsequente Strafverfolgung: Ein Sondertribunal für die Ukraine einrichten

Wir Freie Demokraten unterstützen angesichts mangels Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes die Schaffung eines Sondertribunals für das Verbrechen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Putin sowie ranghohe russische Funktionäre dürfen nicht ungestraft davonkommen, sondern müssen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und seine entscheidende Rolle bei der Herstellung globaler Gerechtigkeit darf nicht geschwächt, sondern sollte personell und finanziell gestärkt werden. Zudem sollten sich die EU und ihre Mitgliedstaaten auch für die Ergänzung des Römischen Statuts um die volle Zuständigkeit für das Verbrechen der Aggression einsetzen. Wie bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen muss es zur Einleitung eines Strafverfahrens ausreichen, dass die Tat auf dem Gebiet eines Staates, der die Gerichtsbarkeit des IStGH anerkannt hat, verübt wurde.

Den Opfern vergessener Krisen konstant eine Stimme geben

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die EU zusammen mit den Vereinten Nationen sogenannte vergessene Krisen immer wieder thematisiert. Vergessene Krisen sind schwere langwierige humanitäre Notlagen, die das Ergebnis bewaffneter Auseinandersetzungen oder anderer komplexer Faktoren sind. In der öffentlichen Wahrnehmung erhalten sie wenig Aufmerksamkeit, was unmittelbare negative Folgen für Unterstützungsmaßnahmen hat.

Die internationale Politik darf die Opfer des Krieges im Jemen, des bewaffneten Konflikts in Äthiopien, die aus Myanmar vertriebenen Rohingya in Bangladesch und viele andere nicht vergessen.

Europa auch im Weltraum besser schützen

Wir Freie Demokraten wollen die Anstrengungen der Europäischen Union für Sicherheit und Schutz im Weltraum deutlich erhöhen. Dazu wollen wir die Resilienz satellitengestützter Kommunikation, Information, Navigation und Erdbeobachtung stärken.

Der Weltraum ist ein noch neuer, strategisch wichtiger Schauplatz sicherheitspolitischer sowie wirtschaftlicher Interessen. Die Europäische Union muss ihren Platz in diesem Wettbewerb behaupten. Dazu benötigt sie umfassende Fähigkeiten für den Zugang zum Weltraum, zu dessen Kontrolle und zum Schutz dafür notwendiger Infrastrukturen. Vorhandene Konzepte sind in tragfähige Handlungsstrategien und geeignete Strukturen umzusetzen. Der erste Schritt zum Schutz vor Weltraumbedrohungen besteht darin, diese rechtzeitig erkennen und schnell zuordnen zu können.

Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen muss weltweit beendet werden

Wir Freie Demokraten wollen Opfern schwerer Menschenrechtsverbrechen eine Stimme geben, seien es Menschenrechtsverteidiger, Medienschaffende oder Oppositionspolitiker. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass Verantwortliche für schwere Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Autokratien und illiberale Systeme legitimieren Menschenrechtsverletzungen häufig durch Verweis auf die Grundsätze der Nichteinmischung und der staatlichen Souveränität. Schwere systematische Menschenrechtsverletzungen sind aber keine innere Angelegenheit, sondern Verstöße gegen geltendes Völkerrecht. Diese dürfen nicht straffrei bleiben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass vorhandene Sanktionsmechanismen wie der EU-Magnitsky-Act konsequent angewandt werden und die strafrechtliche Aufarbeitung gefördert wird. Ebenso wollen wir darauf hinwirken, dass für die Sanktionierung von Personen und Organisationen zukünftig eine qualifizierte Mehrheit ausreicht.

Menschenrechte in Europa stärken und verteidigen

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte als Grundlage einer freien Gesellschaft. Wir wollen eine konsequente Menschenrechtspolitik der Europäischen Union, die entschieden gegen Unterdrückung und gruppenbezogene Feindlichkeit vorgeht.

Wir wollen eine EU, die ihrer Vorbildrolle bei der Verteidigung von Menschenrechten und Freiheiten der Demokratie weiterhin gerecht wird. In den letzten Jahren sind auch innerhalb der EU immer wieder religiöse, ethnische, sexuelle oder andere Minderheiten angegriffen worden. Vielerorts werden Frauenrechte wieder eingeschränkt, Pressefreiheit wird offen infrage gestellt, zivilgesellschaftliche Räume eingeschränkt. Wir Freie Demokraten akzeptieren das nicht und fordern, dass die EU schneller und konsequenter reagiert, wenn Mitgliedstaaten die Menschenrechtsverletzungen nicht verhindern oder selbst zu verschulden haben.

Menschenrechtsinstitutionen stärken und Zusammenarbeit verbessern

Wir Freie Demokraten fordern, dass die EU ihre Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsinstitutionen des Europarates, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den Vereinten Nationen vertieft.

Nur durch eine enge multilaterale Zusammenarbeit kann das europäische Menschenrechtssystem gegen Attacken von innen und außen stabil bleiben. Gleichzeitig muss der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der über die in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verankerten Rechte wacht, personell und finanziell gestärkt werden. Auf eine konsequente Umsetzung der Urteile des EGMR muss hingewirkt werden. Den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention unterstützen wir.

Strategische Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit vorantreiben

Deutschland und die EU müssen die Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit ausbauen, insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum. Für uns Freie Demokraten gehören beispielsweise Japan, Südkorea und Australien als pluralistische Demokratien zu den engsten Wertepartnern in der Region Asien-Pazifik. Mit unseren Wertepartnern in der Region wollen wir die Kooperation bei Schlüsseltechnologien und qualitativen Infrastrukturprojekten ausbauen. Wir wollen bereits ausgehandelte Freihandelsabkommen endlich ratifizieren und streben eine Freihandelsoffensive mit möglichst vielen Staaten in der Region Asien-Pazifik an.

Stärkung der Teilhabe von Frauen weltweit

Wir Freie Demokraten wollen gezielt die Teilhabe von Frauen an sicherheits- und außenpolitischen Fragen voranbringen. Wir werden hierbei einen Fokus auf die Rolle von Frauen in Konflikten und ihrer Beilegung legen.

Wir wollen die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen (3R) weltweit stärken. Wir machen uns mit Nachdruck dafür stark, die Einhaltung der Menschenrechte weltweit und dabei auch den Schutz, die Förderung und die Beteiligung von Frauen in unseren außenpolitischen Beziehungen stärker zu forcieren. Dabei soll der Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau im auswärtigen Handeln 2020-2025 (GAP III) nach einem Monitoring und umfassender Evaluierung mit ehrgeizigen außenpolitischen Zielen fortgeschrieben werden.

Wir möchten durch einen europaweiten Aktionstag Female Ambassadors hervorheben, die anderen Frauen und Mädchen Mut machen, sich stärker in die Politik einzubringen.

Ein Europa, das Handlungsfähigkeit und solide Finanzen gewährleistet

Solide Finanzen

Wir stehen für solide Finanzen. Die Einnahmen der EU sollen wie bisher hauptsächlich aus Überweisungen von Mitgliedstaaten, bemessen an ihrer Wirtschaftskraft (sogenannte Bruttonationaleinkommens-Anteile) stammen. Grundsätzlich fordern wir Zurückhaltung bei der Schaffung neuer Eigenmittel. Wir haben dem schuldenfinanzierten Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ nur deshalb zugestimmt, weil wir damit einmalig und zeitlich befristet auf die absolute Ausnahmesituation der Corona-Pandemie reagieren. Mit uns wird es keinen Einstieg in eine Schuldenunion durch weitere derartige EU-Sonderfonds geben. Vielmehr muss in der kommenden Legislaturperiode wie vereinbart der Einstieg in die Tilgung der für den Corona-Solidaritätsfonds aufgenommenen Kredite erfolgen.

Transparenz des EU-Haushalts

Basis für demokratische Beteiligung ist Transparenz. Deshalb muss der EU-Haushalt für die Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich, detailliert aufbereitet und – einschließlich der mit dem Mitteleinsatz verfolgten Ziele – verständlich erläutert sein.

Transparenz ist auch die Basis demokratischer Kontrolle. Transparenz gibt dem Europäischen Parlament die Möglichkeit, die Zielerreichung kritisch zu evaluieren, um aus rückblickend wenig treffsicher verausgabten EU-Mitteln die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Mehr Priorisierung des Mehrjährigen Finanzrahmens

Wir Freie Demokraten wollen die langfristige EU-Haushaltsplanung im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) flexibilisieren, um vermehrt ungenutzte Mittel für die Prioritäten mit europäischem Mehrwert einzusetzen, ohne das Haushaltsvolumen zu vergrößern.

Der MFR bestimmt die Obergrenzen für verschiedene Ausgabenkategorien über sieben Jahre. Im Rahmen der Jahreshaushaltspläne wollen wir ungenutzte Mittel zum Beispiel aus den Kohäsions- und Strukturfonds für richtige Zukunftsprioritäten mobilisieren. So kann die EU auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren und mit Umschichtungen eine solide Haushaltspolitik mit den richtigen Prioritäten, aber ohne Mehrkosten realisieren.

Solidarität innerhalb der EU

Wir üben Solidarität mit anderen Mitgliedstaaten. Zugleich achten wir auf die Einhaltung von Haushaltsdisziplin bei unseren EU-Partnern und gehen dabei mit gutem Beispiel voran. Daher fordern wir, dass nachhaltige Staatsfinanzen und ein glaubwürdiger Schuldenabbau in hochverschuldeten Mitgliedstaaten bei der Reform der EU-Fiskalregeln im Vordergrund stehen.

Bankenunion vertiefen - Stabilität und Wettbewerb stärken

Wir wollen die Bankenunion vertiefen. Es soll Banken leichter möglich sein, ihre Geschäfte grenzüberschreitend anzubieten und ihr Kapital im Binnenmarkt dort einzusetzen, wo es am sinnvollsten investiert ist.

Europäische Finanzinstitute haben sich in den vergangenen Krisen als resilient erwiesen. Daher sollte die Regulierung proportional ausgestaltet und Kapitalanforderungen nicht weiter verschärft werden. Stattdessen braucht es Maßnahmen, um dafür zu sorgen, dass Finanzinstitute notwendige Investitionen in die Digitalisierung und Klimaanpassung aktiv besser begleiten können. Wir halten es aber auch für notwendig, Risiken für Banken aus dem Halten von Staatsanleihen wirksam zu erfassen und zu begrenzen, etwa durch geeignete regulatorische Obergrenzen. Die Bankenunion braucht zudem ein starkes Abwicklungsregime, bei dem die Haftung von Eigentümern und Gläubigern der abzuwickelnden Bank im Zentrum steht.

Wir Freie Demokraten stehen hinter den Zielen des europäischen Rahmens für das Krisenmanagement von Banken. Aus dem ungeordneten Scheitern von Finanzinstituten resultierende Risiken für die Finanzstabilität, die Realwirtschaft, die Einleger und die Steuerzahler müssen vermieden werden. Individuelle Haftung trägt zur Stabilität bei. Weiterhin sollte das Prinzip gelten, dass die Abwicklung in erster Linie aus internen Ressourcen der Bank bestritten wird.

Auch sollte das bestehende System nicht über große, systemrelevante Institute hinaus auf kleine und mittlere Banken vollständig ausgedehnt werden. Die Institutssicherungssysteme dieser Banken müssen bewahrt werden. Das betrifft in Deutschland insbesondere die Sparkassen und Volksbanken. Da für die geordnete Abwicklung grenzüberschreitender Banken bereits heute zudem der Einheitliche Abwicklungsfonds zur Verfügung steht, sehen wir keinen Bedarf, darüber hinaus eine einheitliche europäische Einlagensicherung zu schaffen.

Kapitalmarktunion konsequent vorantreiben

Wir Freie Demokraten wollen die Kapitalmarktunion vertiefen. Auf dem primären Kapitalmarkt gilt es, bessere Finanzierungsmöglichkeiten für private Investitionen zu schaffen. Daneben sollen die Privatanleger leichten Zugang zu ihren Aktionsfeldern auf dem sekundären Kapitalmarkt erhalten.

Private Investitionen sind unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und nachhaltige Modernisierung in Europa. Zur Finanzierung dieser Investitionen bedarf es eines starken europäischen Kapitalmarkts. Daher unterstützt die FDP den sogenannten Listing Act, der Start-ups und mittelgroßen Unternehmen den Zugang zur Börsenfinanzierung erleichtert.

Zudem sollte – unter Wahrung ausreichender Sicherheitsanforderungen – der europäische Markt für Kreditverbriefungen wiederbelebt werden. Kreditverbriefungen sind vor allem für mittelständische Unternehmen interessant, lassen sich dabei doch die Vorteile der Bankfinanzierung mit den erheblichen finanziellen Ressourcen des Kapitalmarkts verbinden.

Wir wollen auch Privatanlegern den Zugang zu „ihrem“, d.h. dem sekundären Kapitalmarkt, erleichtern.

Im Interesse der Anleger fordern wir ein faires und transparentes Nebeneinander von Provisions- und Honorarberatung und setzen uns dafür ein, dass erfahrenen Privatanlegern eine größere Produktpalette unter geringeren bürokratischen Anforderungen angeboten werden kann als bisher.

Europäische Investitionsbank stärken

Wir Freie Demokraten wollen Anreize für private Investitionen schaffen. Dafür braucht es vor allem im globalen Wettbewerb günstige Standortbedingungen hier bei uns in Europa. Privat vor Staat, das gilt für uns auch bei Investitionen. Die geopolitischen Herausforderungen, insbesondere durch China und Russland, erfordern erweiterte Handlungsoptionen, etwa einen revolvierenden Rohstofffonds und Risikokapital.

Mit Krediten oder Bürgschaften sollte die Europäische Investitionsbank (EIB) mutigen Privatunternehmen zur Seite stehen, die in innovative und zukunftsweisende Technologien, zum Beispiel zur Bekämpfung des Klimawandels, investieren wollen. Einen Bedarf für öffentliche Investitionen sehen wir vor allem dort, wo Private aufgrund hoher Risiken vor Investitionen zurückschrecken. Dies betrifft vor allem Investitionen in nicht marktreife, innovative Technologien, in Infrastruktur, Verteidigungsprojekte und in Ländern außerhalb der EU. Darüber hinaus sollte sich die EIB bei der Anschubfinanzierung von Zukunftsinnovationen sowie bei der Transformationsfinanzierung engagieren. Dabei sollte auch die Einbindung von Privaten über Mischfinanzierungen („blended finance“), dort wo es für alle Beteiligten wirtschaftlich sinnvoll ist, geprüft werden.

Reform der Wegzugsbesteuerung

Die private Wegzugbesteuerung führt zu unverhältnismäßigen Beschränkungen der Freizügigkeit von Unternehmen und ihren Inhabern bzw. Inhaberinnen. Um Freizügigkeit zu gewährleisten, dürfen die Anteilseigner von Kapitalgesellschaften nicht schon zur Kasse gebeten werden, wenn sie noch gar keine Einnahmen erzielt haben. Das bedeutet: Bei einem Wegzug soll die Einkommensteuer auf die errechneten, d.h. fiktiven Beteiligungsgewinne nicht zum Zeitpunkt des Wegzugs zahlbar werden, sondern bis zur tatsächlichen Veräußerung der Unternehmensanteile gestundet werden. Die grenzüberschreitende Amts- und Vollstreckungshilfe bieten ausreichend Sicherheit für den Fiskus. Wir Freie Demokraten fordern die EU-Institutionen auf, mit einheitlichen Stundungsregelungen bei der privaten Wegzugsbesteuerung EU-weit für mehr Freizügigkeit zu sorgen.

Inflationsbekämpfung hat Vorrang

Inflation bleibt eine große Gefahr für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Europas. Viele Menschen können in ihrem Alltag keine weiteren Preissteigerungen mehr verkraften. Ersparnisse werden entwertet und Spielräume für persönliche Vorsorge werden immer kleiner. Privater Konsum und Investitionen leiden unter der Unsicherheit über die künftige Preisentwicklung.

Für uns Freie Demokraten muss daher die Bekämpfung der Inflation Vorrang haben. Im Euroraum ist dies die Aufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Politik auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten muss die Inflationsbekämpfung durch die EZB bestmöglich unterstützen. Dazu gehört eine Haushaltspolitik, die auf weitere schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme und die Ausweitung staatlicher Konsumausgaben verzichtet und stattdessen Haushaltsdefizite stetig reduziert. Dauerhaft überwinden lässt sich die Inflation nur durch Schaffung von zusätzlichem Angebot. Das schließt die Vertiefung des Binnenmarktes – vor allem für Arbeit, Energie, Kapital und digitale Dienstleistungen –, den Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen und den Abschluss neuer Freihandelsabkommen ein.

EU-Beitrittsverhandlungen realistisch betreiben

Die EU-Beitrittsperspektive ist ein zentrales Instrument, um auf unserem Kontinent Demokratie, innere und äußere Sicherheit, politische Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand langfristig zu sichern. Doch nur wenn die Kandidaten vor einem Beitritt tatsächlich alle Bedingungen erfüllen, kann ihr Beitritt zu einem Erfolg werden, der die Europäische Union nach innen wie nach außen stärkt. Während des Beitrittsprozesses gilt es, jeden Kandidaten individuell und strikt anhand seiner Fortschritte zu beurteilen, ohne zeitliche oder politische „Rabatte“. Eine Aufnahme durch die EU ist möglich, sobald ein Kandidat alle Kopenhagener Kriterien lückenlos erfüllt. Um einen realistischeren Verhandlungs- und Annäherungsprozess zu schaffen, wollen wir neue Optionen unterhalb eines Vollbeitritts ermöglichen, z. B. durch eine schrittweise Integration bis zum Vollbeitritt. Parallel dazu muss sich die EU institutionell erneuern und beitriffähig machen, z. B. durch eine deutlich verkleinerte EU-Kommission. Dabei muss für uns Freie Demokraten ein besonderer Fokus auf dem Thema Rechtsstaatlichkeit liegen. Rechtsstaatliche Defizite, wie wir sie in Polen und Ungarn gesehen haben bzw. sehen, machen es unverzichtbar, sowohl bei Kandidaten als auch bei EU-Mitgliedern effizientere Schutzmechanismen für Rechtsstaatlichkeit zu schaffen.

Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten

Wir wollen, dass einzelne Mitgliedstaaten bei vertieften Integrationsschritten vorangehen können, beispielsweise bei der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auch bei der Aufnahme neuer Mitglieder wollen wir durch verschiedene Geschwindigkeiten realistischere Integrationschritte erreichen. Mitgliedstaaten, die sich an einer vertieften Zusammenarbeit noch nicht beteiligen wollen, bleiben selbstverständlich dazu eingeladen, dies später zu tun: Die Tür zu mehr Integration bleibt für sie stets offen.

Ein Europa, das digital, klimaneutral und modern zusammen wächst

EU-Digitalgesetze effektiv umsetzen

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine effektive Umsetzung des Digital Markets Act und des Digital Service Act ein. Die Durchsetzung ist essentiell für fairen Wettbewerb und klare Verantwortung von Gatekeeper-Unternehmen für einen funktionierenden digitalen Binnenmarkt.

Wir Freie Demokraten wollen eine wirksame Kontrolle großer Unternehmen der Digitalwirtschaft, die Zugänge zum Internet kontrollieren. Beispiele für solche Gatekeeper-Unternehmen, sind Betreiber marktdominanter Suchmaschinen, sozialer Netzwerk oder Handelsplattform und können die Wettbewerbsbedingungen kleiner oder mittlerer Unternehmen entscheidend beeinflussen.

Die effektive Umsetzung der neuen EU-Digitalgesetze und eine Überwachung der Einhaltung wird entscheidend sein für fairen Wettbewerb im digitalen Wettbewerb.

Digitaler Binnenmarkt

Wir Freie Demokraten wollen den digitalen Binnenmarkt ausbauen und nationale Schranken für Online-Transaktionen beseitigen. Wir wollen es einfacher machen, digitale Geschäftsmodelle zu skalieren und grenzübergreifende Start-ups zu gründen.

Wir wollen das volle Potential des Binnenmarkts entfalten, die letzten Hürden einreißen und es vor allem einfacher machen, remote Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus unterschiedlichen EU-Ländern zu beschäftigen. Wir Freie Demokraten wollen, dass Unternehmen digitale Dienstleistungen ohne Hürden in allen Mitgliedstaaten anbieten können. Dazu wollen wir eine einheitliche Rechtsauslegung durch eine Europäische Behörde für den digitalen Binnenmarkt sicherstellen.

Netzneutralität sicherstellen

Wir Freie Demokraten verteidigen das Prinzip der Netzneutralität in der Europäischen Union und stellen uns gegen jegliche Versuche, diese abzuschaffen.

Netzneutralität bedeutet, dass Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen alle Daten gleich behandeln müssen. Sie dürfen nicht einzelne Online-Dienste bevorzugen oder benachteiligen. Dies ist wichtig, um einen fairen Wettbewerb zwischen etablierten Unternehmen wie Google oder Meta und Startups zu ermöglichen. Wir erteilen Versuchen seitens der EU-Kommission sowie einzelnen Netzanbietern bestimmte Unternehmen höhere Netzentgelte zahlen zu lassen oder sonstige neue Abgaben für einzelne Akteure zu schaffen, die de facto die Netzneutralität beenden würden, eine Absage.

Digitalen Binnenmarkt stärken, Geoblocking audiovisueller Inhalte beenden

Wir Freie Demokraten wollen den digitalen EU-Binnenmarkt auf die nächste Stufe heben. Denn beim Streaming der Lieblingsserie oder der Sportübertragung endet der Zugang oft an der Landesgrenze.

Die Geoblocking-Verordnung war ein wichtiger Schritt um Verbraucherinnen und Verbrauchern den Zugang zu online angebotenen Produkten und Dienstleistungen zu ermöglichen. Wir wollen jetzt den nächsten Schritt gehen.

Audiovisuelle Inhalte sollen künftig ebenfalls in den Anwendungsbereich der Geoblocking-Verordnung aufgenommen werden, um den nationalen Grenzen beim Medienkonsum in der EU ein Ende zu setzen. Dies muss in enger Einbeziehung der Rechteinhaber geschehen, um praktikable Lösungen zu erreichen.

European Valley – Rahmenbedingungen für Start-ups verbessern

Wir Freie Demokraten fordern Digital-Freiheitszonen nach europäischem Recht. Durch Experimentierräume und Öffnungsklauseln wollen wir grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Ausgründungen von Unternehmen, Start-ups und Spin-offs schaffen.

Unternehmergeist, Innovation und Digitalisierung dürfen nicht an Ländergrenzen enden. Die Digital-Freiheitszonen sollen in enger Kooperation und im engen Austausch mit der Europäischen Agentur für Sprunginnovationen stehen. In europäischen Digital-Freiheitszonen sollen gleiche Umsatzsteuersätze und Bemessungsgrundlagen für die Körperschaftsteuer gelten. Wir treten außerdem dafür ein, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Start-ups durch eine Anpassung des Vergaberechts zu erleichtern.

Grenzüberschreitende Start-up-Inkubatoren ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen grenzüberschreitende Unternehmenskooperationen und die Gründung europäischer Kapitalgesellschaften analog der Wirkung der UG zur GmbH erleichtern. Dazu fordern wir mehr Unterstützung grenzüberschreitender Start-ups durch grenzüberschreitende Inkubatoren.

Der europäische Gedanke war jeher von der Idee der wirtschaftlichen Zusammenarbeit getragen. Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass grenzüberschreitende Inkubatoren Start-ups und die Innovationen von morgen unterstützen, aber vor allem auch das Zusammenwachsen der europäischen Länder insbesondere in Grenzregionen fördert.

Deutsch-französisches KI-Reallabor schaffen

Wir Freie Demokraten wollen die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich Künstlicher Intelligenz ausbauen. Der Aachener Vertrag von 2019 sieht eine enge Zusammenarbeit zu KI vor. Ein erster konkreter Schritt könnte die Schaffung eines deutsch-französischen Reallabors sein.

Der Aachener Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit ebnet den Weg für eine enge Zusammenarbeit beider Länder im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Das europäische KI-Gesetz wird zudem grenzübergreifende Reallabore ermöglichen. Deutschland und Frankreich sollten gemeinsam konsequent vorgehen und neue grenzüberschreitende Möglichkeiten für Unternehmen und Forschungseinrichtungen schaffen.

EU zum Hotspot für Künstliche Intelligenz machen

Wir Freie Demokraten erteilen konservativen Überwachungswünschen und linken Überregulierungsfantasien bei Künstlicher Intelligenz eine Absage. Die FDP setzt sich für eine unbürokratische und praxisnahe Umsetzung der europäischen KI-Verordnung ein, die Innovationen ermöglicht und Bürgerrechte schützt.

Wir wollen die EU zum Vorreiter für KI-Innovationen machen. Dafür muss die KI-Verordnung unbürokratisch ausgestaltet sein. Belastungen für innovative Unternehmen wollen wir in diesem Zuge ab- und nicht aufbauen. Die Umsetzung der KI-Verordnung muss praxisnah und EU-weit einheitlich geschehen. KI-Reallabore, in denen KI-Entwickler ihre Systeme in einem kontrollierten Umfeld testen können, wollen wir schnellstmöglich europaweit einrichten. Vor allem für Start-ups und KMU ist das entscheidend. Bürgerinnen und Bürger gilt es, effektiv vor KI-gestützter Überwachung und Kontrolle zu schützen.

Europäische Cybersicherheitsstandards

Wir Freie Demokraten fordern gemeinsame Sicherheitsstandards für die digitale Infrastruktur. Unternehmen, die Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, sollen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur wie dem 5G-Netz und perspektivisch dem 6G-Netz nicht beteiligt werden.

Eine autonome digitale Infrastruktur ist im Digitalzeitalter zugleich Lebensversicherung und Wohlstandsgarant. Wir dürfen deshalb nicht zulassen, dass autoritäre Staaten Einfluss auf diese kritische Infrastruktur erhalten. Nicht zuletzt Putins gescheiterter Energiekrieg hat gezeigt, dass autoritäre Staaten nicht davor zurückschrecken, Abhängigkeiten auszunutzen.

Bürger müssen EU-weit mit einer digitalen Identität unterwegs sein können

Wir Freie Demokraten wollen, dass die europäische digitale Identität samt der europäischen digitalen Identitäts-Wallet (EUDIW) dergestalt interoperabel werden, als dass sie ohne hohe Schwellen für Nutzer in allen EU-Mitgliedsstaaten einfach für Dienste der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft einsetzbar sind.

Digitale Identitäten und ihre breite Anwendung sind ein Hebelprojekt der Digitalstrategie der Bundesregierung sowie ein essentieller Faktor, damit Unternehmen aus regulierten Bereichen in Europa skalieren können. Deshalb müssen sie für Bürger der EU einfach zugänglich sein. Es muss ein „Sweet Spot“ zwischen maximal möglicher technischer Sicherheit und der Verfügbarkeit und Anwendbarkeit in der Breite getroffen werden. Eine Klarnamenpflicht durch die Hintertür lehnen wir Freie Demokraten ab.

Schnelle Umsetzung eines EU-weiten, digitalen und einheitlichen Visaverfahrens

Wir fordern eine rasche Umsetzung einer EU-einheitlichen Digitalisierung des Visaverfahrens. Diese ist die Voraussetzung für eine vereinfachte Einreise von Touristen und Geschäftsreisenden aus Drittstaaten, die Schengen-Visa für die Einreise als Kurzzeitbesucher benötigen.

Alle Anträge auf Schengen-Visa werden über eine einheitliche Website gestellt – eine Visumantragsplattform, die die Anträge an die nationalen Visasysteme weiterleitet. Wenn diese umgesetzt ist, werden die EU-Staaten als Destinationen für visapflichtige Reisende aus Drittstaaten deutlich attraktiver. Seit der Corona-Pandemie laufen die Antragsverfahren langsamer und für die Antragsteller mühevoller. Eine Digitalisierung des Verfahrens wird einen erheblichen Schub an Reisenden ermöglichen und soll daher priorisiert und zügig umgesetzt werden.

Energiemarkt ohne Grenzen

Wir Freie Demokraten wollen einen europäischen Energiemarkt ohne Grenzen, um so die unterschiedlichen Stärken der Mitgliedstaaten bei der Energieerzeugung besser nutzen zu können.

Zu schwach ausgelegte Grenzkopplungspunkte und fehlende Interkonnektoren für Elektrizität und Wasserstoff stellen physikalische Schranken des Energiebinnenmarktes dar. Auch zu restriktive Regulierung und fehlende Harmonisierung stehen der effizienten Nutzung der verfügbaren Energieerzeugung im Weg. Deshalb wollen wir regulatorische und infrastrukturbedingte Hürden abbauen.

Marktwirtschaftliches Strommarktdesign für die Energiewende

Wir Freie Demokraten fordern eine Reform des Strommarktdesigns, um eine klimaneutrale, sichere und kostengünstige Energieversorgung für den Europäischen Energiebinnenmarkt zu gewährleisten. Dabei setzen wir auf marktwirtschaftliche Prinzipien.

Für die Energiewende brauchen wir ein neues Strommarktdesign. Wir wollen, dass Langfristverträge für Kleinunternehmen zugänglicher werden. Bei der Preisbildung soll die lokale Verfügbarkeit von Strom eine Rolle spielen. Energiespeicher und Erneuerbare Energien müssen im Markt integriert werden und ohne staatliche Hilfen auskommen. Es müssen Anreize für eine flexible Bereitstellung und Nutzung von Strom geschaffen werden. Das Stromnetz zwischen den Mitgliedstaaten muss ausgebaut und der Europäische Energiebinnenmarkt geschaffen werden.

Europäische Energieaußenpolitik

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine gemeinsame europäische Energiepolitik ein, die es der Europäischen Union (EU) ermöglicht, ihre Energiequellen zu diversifizieren und ihre Energieabhängigkeit von einzelnen Lieferanten zu reduzieren. Aufgrund der Abhängigkeit der Mitgliedstaaten von Energieimporten ist Energiepolitik immer auch Außen- und Sicherheitspolitik. Eine gemeinsame Haltung der EU-Mitglieder hinsichtlich externer Bezugsquellen ist daher unverzichtbar. Der deutsche Alleingang gegen die Interessen unserer europäischen Partner bei Nord Stream 1 und 2 war ein folgenschwerer Fehler.

Diese lange bestehende Notwendigkeit hat sich nicht zuletzt bei der Reaktionsfähigkeit auf den Angriffskrieg des Kreml-Regimes auf die Ukraine gezeigt, wo Europa sich durch die Vielzahl bilateraler Projekte verwundbar gemacht hat.

Energiepartnerschaften mit zuverlässigen Partnern

Wir Freie Demokraten wollen Energiepartnerschaften eingehen, um unsere Energieimporte zu diversifizieren. Die Ausweitung auf weitere Energieträger, wie zum Beispiel Wasserstoff und dessen Derivate, hat bei der Dekarbonisierung großes Potential. Durch Kooperationen mit zuverlässigen internationalen Partnern wollen wir Energiesicherheit gewährleisten. Diese zukunftsfähige Wertschöpfung bietet sowohl für Europa als auch für unsere Partner große Chancen. Insbesondere mit Israel streben wir eine Wasserstoffpartnerschaft an. Daher unterstützen wir die Pläne zum Bau einer Pipeline von Israel durch das Mittelmeer bis an den europäischen Kontinent.

Ein klimaneutraler Wirtschaftsstandort Europa kann keine Energieautarkie erreichen. Deshalb sind wir auf den Import nachhaltiger Energieträger angewiesen. Dafür möchten wir mit möglichst vielen internationalen Partnern kooperieren. Einseitige Abhängigkeiten darf es nicht mehr geben.

Marktwirtschaft beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft

Wir Freie Demokraten wollen den internationalen Markthochlauf von Wasserstoff beschleunigen. Dabei sollte auf einzelwirtschaftliche Förderung verzichtet werden. Mit der Europäischen Wasserstoffbank müssen stattdessen marktgerechte Instrumente wie H2global gestärkt werden. Wasserstoffanwendungen fehlen momentan, weil nicht genügend Wasserstoff zur Verfügung steht. Mehr Wasserstoffproduktionsanlagen fehlen aber, weil nicht ausreichend Nachfrage besteht. Diese Henne-Ei-Problematik des Wasserstoffmarktes muss beendet werden.

Regulatorische und bürokratische Hürden, die den schnellen Wasserstoffhochlauf aktuell behindern, müssen abgebaut werden. Zu komplexe Anforderungen an die Erzeugung von klimaneutralem Wasserstoff führen dazu, dass dringend benötigte Investitionen nicht in Europa getätigt werden.

Schaffung eines Rechtsrahmens für die Speicherung und Nutzung von CO₂

Wir Freie Demokraten wollen beim Umgang mit CO₂ Technologieoffenheit. Engstirnige Debatten über die Priorität der CO₂-Vermeidung vor CCS und CCU verzögern nur den nötigen Markthochlauf der notwendigen Technologien. Statt staatlicher Vorfestlegungen sollen Marktanreize darüber entscheiden, welche Rollen die Kreislaufnutzung oder endgültige Speicherung von CO₂ zukünftig in einer klimaneutralen Wirtschaft spielen. Für das Gelingen der Transformation zur CO₂-neutralen Wirtschaft ist eine innovationsfreundliche Regulierung der Entnahme, Nutzung und Speicherung von CO₂ notwendig. Wir sehen in „Carbon Capture and Storage“, „Bioenergy with carbon capture and storage“ und „Carbon Dioxide Removal“-Technologien (CCS, BECCS und CDR), große Chancen. Wir wollen mit CDR zusätzlich zum bestehenden EU-CO₂ Produktionsziel von 55 Prozent bis 2030 fünf weitere Prozent des CO₂-Ausstoßes aus der Atmosphäre entfernen.

Der Weltklimarat hat in seinem Sonderbericht zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ klargestellt, dass die Nutzung dieser Technologien für das Erreichen der Klimaziele unabdingbar ist. Da potentielle Lagerstätten für CO₂ ungleich verteilt sind, muss der Transport zu diesen Lagerstätten bei der Infrastrukturplanung mitgedacht werden.

Eigener innovationsfreundlicher Rechtsrahmen für Kernfusion

Wir Freie Demokraten wollen für die Kernfusion einen eigenen Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen, der den geringeren Risiken dieser Technik Rechnung trägt.

Europa darf bei Zukunftstechnologien nicht von anderen Ländern abgehängt werden. Der weltweite Wettlauf um die Technologieführerschaft im Bereich der Kernfusion hat längst begonnen. Kernfusion bietet das Potential, Energie in Zukunft klimaneutral und sicher zu erzeugen.

Gas- und Wasserstoffpaket

Wir wollen eine Zwangsentflechtung von Gas- und Wasserstoffnetzbetrieb verhindern. Allgemein geht es um einen praktikablen Marktrahmen für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, beispielsweise bei Zertifizierungsfragen.

Mit dem Paket legt die EU die Regeln für den Gas-Binnenmarkt fest. Dazu gehören beispielsweise Regelungen zum Gas-Handel oder zur Infrastruktur. Im Zuge der Umstellung von fossilem Erdgas auf Wasserstoff hat dies eine besondere Bedeutung. Die Kommission strebt an, dass kein Unternehmen sowohl Gas- als auch Wasserstoff-Netze betreiben darf. Dies droht den Infrastruktumbau massiv zu behindern.

Ausbau von Infrastruktur und Erneuerbaren Energien beschleunigen

Wir Freie Demokraten setzen auf die Vereinfachung sowie die Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Hierfür werden wir die europäischen Anforderungen im Planungsrecht auf ein Mindestmaß reduzieren.

Neben dem Ausbau von Erneuerbaren Energien und Energieinfrastruktur, wollen wir den Verkehrswegebau im Schienen-, Straßen- und Wasserstraßennetz, insbesondere in den Hochgeschwindigkeitskorridoren, sowie den Ausbau von europäischen Häfen an den Küsten und Logistikhubs im Binnenland vorantreiben, um den Standort Europa im globalen Wettbewerb zu stärken. Voraussetzung hierfür sind schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Wahlfreiheit sichern – Erneuerbare Kraftstoffe und E-Fuels für den Klimaschutz nutzen

Wir Freie Demokraten wollen alle zur Verfügung stehenden Technologien nutzen, um Klimaschutz zu erreichen. Wir wollen Rahmenbedingungen für einen beschleunigten Ausbau der Ladeinfrastruktur für batterieelektrische Pkw EU-weit und für die Nutzung klimaneutraler Kraftstoffe zur Dekarbonisierung der Mobilität schaffen.

Wasserstoff und auf ihm aufbauende synthetische Kraftstoffe bieten große Chancen als Energiespeicher der Zukunft. Sie ermöglichen die grundlastfähige Nutzung volatiler Erneuerbarer Energie zur Dekarbonisierung der Bestandsflotte und bieten eine Alternative für Anwendungen, wie zum Beispiel den Langstreckentransport, in denen batterieelektrische Fahrzeuge an ihre Grenzen stoßen. Darüber hinaus können Energieimporte in die Europäische Union um einen Energieträger erweitert werden. Alternative Kraftstoffe, wie E-Fuels und fortschrittliche Biokraftstoffe, können in der heutigen Import-

und Verteilinfrastruktur genutzt werden und sollen sowohl als Reinkraftstoff als auch als Beimischung zulässig sein.

Ein generationengerechtes Treibhauslimit

Wir Freie Demokraten wollen die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad begrenzen. Dazu sollen die EU-Emissionshandelssysteme, ETS 1 und ETS 2, bis 2035 zusammengelegt werden. Ausnahmen für kleine Schiffe schaffen wir ab. Abfall- und Landwirtschaft werden in den ETS integriert.

Der Emissionshandel (ETS) limitiert und bepreist Treibhausgasemissionen. Die Limitierung stellt sicher, dass die Emissionen jährlich sinken und wir klimaneutral werden. Durch die Bepreisung werden Emissionen möglichst kosteneffizient eingespart. Damit ist der ETS der effizienteste und effektivste Weg zum Klimaschutz. Derzeit gibt es den ETS 1 für Energie, Industrie, Schiffsverkehr und EU-Flugverkehr und den ETS 2 für Verkehr und Wärme. Wir wollen die Systeme zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden und verbliebene Emissionsquellen einbeziehen.

Um den Rückhalt für den Klimaschutz nicht zu verlieren, dürfen wir die Menschen finanziell nicht überfordern. Daher wollen wir die ETS-Einnahmen an die Menschen auszahlen. Bisher gestattet die EU dies nur eingeschränkt. Wir wollen, dass die Mitgliedstaaten künftig frei über die ETS-Einnahmen verfügen können, solange sie den Klimaschutz fördern und die Akzeptanz einer ambitionierten Klimapolitik erhöhen.

Negative Emissionen

Wir Freie Demokraten wollen negative Emissionen in den EU-Emissionshandel integrieren. Wer durch Aufforstung oder technische Methoden der Atmosphäre Treibhausgase entnimmt, erhält ein kostenfreies Zertifikat, ohne dass die Gesamtmenge an Zertifikaten ansteigt. Auch die CO₂-Bindung im Agrarbereich muss berücksichtigt werden.

Die Expertinnen und Experten des Weltklimarats sind sich einig: Die Reduktion der CO₂-Emissionen allein genügt nicht um die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen. Dafür brauchen wir negative Emissionen, d. h. wir müssen der Atmosphäre Treibhausgase entziehen. Dies kann beispielsweise durch Aufforstung, die Wiedervernässung von Mooren oder technische Anlagen realisiert werden. Wir wollen dafür einen wirtschaftlichen Anreiz schaffen, indem wir negative Emissionen mit kostenlosen CO₂-Zertifikaten belohnen. Diese können am Markt verkauft werden.

Mehr Wald für den Klimaschutz – in Europa und weltweit

Wir Freie Demokraten setzen uns für Aufforstung, den Schutz bestehender Wälder und eine klimaschonende Landnutzung auch als Klimaschutzmaßnahmen ein. Um die Klimaveränderungen in Grenzen zu halten, müssen wir auch auf die organische CO₂-Speicherung durch Wald setzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die land- und forstwirtschaftliche CO₂-Bindung zukünftig in den EU-Emissionshandel integriert wird, indem eine Zuteilung handelbarer Emissionszertifikate erfolgt. Es muss gewährleistet werden, dass die Wälder in den Mitgliedstaaten substanzerhaltend bewirtschaftet werden und diese Substanz nicht durch übermäßige Abholzung dezimiert wird. Die Mitgliedstaat-

ten der Europäischen Union bieten ein enormes Potential für Aufforstungen. So können beispielsweise aufgegebenen landwirtschaftlichen Flächen in Wald umgewandelt werden. Deshalb wollen wir in Zusammenarbeit mit deren Eigentümern den Erhalt sowie den Ausbau der Wälder Europas erreichen und unterstützen entsprechende Initiativen. Mit der Erderwärmung steigt die Anzahl der Waldbrände, was wir auch in Deutschland und Europa beobachten können. Waldbrände verursachen immense Schäden und gefährden das Leben von Menschen und Tieren, sie vernichten auch wertvolle CO₂-Senken. Daher setzen wir uns für eine Verbesserung des Brandschutzes ein – sowohl technisch als auch durch Waldumbau.

Fairen Wettbewerb durch einheitlichen CO₂-Preis sichern – „Carbon Leakage“ verhindern

Aus Sicht der Freien Demokraten ist die Integration unterschiedlicher Emissionshandelssysteme der Teilnehmer eines Klimaclubs in jedem Fall dauerhaften, den globalen Handel hemmenden Carbon-Leakage-Maßnahmen vorzuziehen.

Erhalt einer gesunden Umwelt und Schutz der Natur

Wir Freie Demokraten begegnen den Herausforderungen des Umwelt- und Naturschutzes ohne Ideologie und mit wissenschaftsbasierten Ansätzen. Dabei setzen wir uns für europaweite Standards ein, die auf Basis der aktuellen wissenschaftlichen Forschung und unter Einbeziehung von Folgeabschätzungen entwickelt werden.

Zum Erhalt von Artenvielfalt ist es notwendig, Maßnahmen evidenzbasiert zu ergreifen und regelmäßig anhand überprüfbarer Kriterien zu evaluieren. Wir stellen uns klar gegen die ideologische Vorverurteilung einzelner Substanzen oder Stoffgruppen. Wir glauben, dass wenn man Wissenschaft durch Ideologie ersetzt, dies langfristig negative Umweltauswirkungen zur Folge hat.

Koexistenz mit dem Wolf gewährleisten – Bestandsmanagement beginnen

Die Wiederansiedlung des Wolfes in Mitteleuropa ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Naturschutzpolitik. Mit der Zunahme der Wolfsbestände entstehen jedoch regional auch immer größere Schwierigkeiten, beispielsweise für Schäfer und Landwirte mit Weidetieren. In einigen Regionen Deutschlands hat der Bestand des Wolfes den gesunden Erhaltungszustand erreicht. Daher sollte der Schutzstatus des Wolfes für diese Regionen gesenkt werden, damit ein maßvolles Bestandsmanagement erfolgen kann. Für Schäden, die durch die Wolfspopulation an Tierbeständen verursacht werden, müssen Tierhalter unbürokratisch entschädigt werden.

Unideologischer Umgang mit zurückgekehrten und invasiven Tier- und Pflanzenarten

Wir Freie Demokraten wollen – auch bei geschützten – Tier- und Pflanzenarten unideologisches Bestandsmonitoring und Management.

Die Bestände vieler geschützter Tierarten, wie beispielsweise Gans, Goldschakal, oder Kormoran haben sich in den letzten Jahren vielerorts massiv erhöht. Wo diese Tierarten erhebliche Konflikte mit

der Nutzung der Natur, oder dem Schutz anderer Arten verursachen, muss es möglich sein, den Bestand sinnvoll zu regulieren. Dabei geht es uns Freien Demokraten nicht um Ausnahmen, sondern um allgemeingültige Regeln, die auch für Schutzgebiete greifen.

Einheitliche Erfassung von Gesundheitsdaten

Wir Freie Demokraten wollen, dass Gesundheitsdaten in Europa einheitlich und in vergleichbarer Form erfasst werden. Zentral soll hier die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Gesundheitsdatenraums sein. In Bezug auf Primär und Sekundärdaten sind dabei höchste Datenschutzerfordernisse anzulegen.

Es ist unverständlich, dass Gesundheitsdaten in den Mitgliedstaaten bisher teilweise so unterschiedlich erhoben werden, dass Sie kaum miteinander verglichen werden können. Angepasste Datenerhebung ist Grundvoraussetzung, um voneinander lernen zu können. Europaweiter Austausch von Primärdaten wie Diagnosen, Allergien, Medikamentenplänen und Labor- sowie Röntgendaten, bietet ein Mehr an Patientensicherheit. Es soll möglich sein, Sekundärdaten in anonymisierter Form für Zwecke der Forschung oder der politischen Entscheidungsfindung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus muss ein Widerspruch zur Speicherung und Weitergabe von Daten für die Bürgerinnen und Bürger möglich sein.

Stärkung der EU durch gemeinsame Beschaffungen

Wir Freie Demokraten wollen die Stärke des Europäischen Binnenmarkts für verstärkte gemeinsame Beschaffung im medizinischen Bereich nutzen, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen.

Mit dem gemeinsamen Kauf von Impfstoff hat die erste größere gemeinsame Beschaffung der Europäischen Union im Gesundheitsbereich stattgefunden. Auch wenn die Kommission dabei unseren Ansprüchen nicht gerecht geworden ist, ist die gemeinsame Beschaffung an sich sinnvoll. Es müssen verbindliche Transparenz- und Vergaberegeln geschaffen werden, um die Möglichkeiten gemeinsamer Beschaffungen besser nutzen zu können. Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit lebensnotwendiger Medikamente, muss neben einer verstärkten europäischen Medikamentenproduktion auf die Sicherstellung diversifizierter Lieferketten geachtet werden.

Weniger Bürokratie für einen erfolgreichen Gesundheitsstandort Europa

Wir Freie Demokraten wollen die Bürokratie im Gesundheitsbereich reduzieren und die Zulassungsverfahren für Medikamente und Medizinprodukte vereinfachen und beschleunigen, ohne Kompromisse bei der Patientensicherheit zu machen.

In der Pandemie haben wir gute Erfahrung mit der Entschlackung und Beschleunigung von Zulassungsverfahren in diesem Bereich gemacht. Zu aufwendige und bürokratische Verfahren treffen insbesondere kleine Hersteller überproportional und haben dazu geführt, dass einige, bereits seit langer Zeit sicher in der Anwendung befindliche Medizinprodukte, nicht erneut zugelassen, sondern vom Markt genommen wurden. Dieser Zustand muss rückgängig gemacht werden.

Fairer Wettbewerb auf Europas Schienen

Wir Freie Demokraten wollen faire Wettbewerbsbedingungen auf der europäischen Schiene sicherstellen. Hierfür braucht es einen freien Zugang in alle europäische Eisenbahnnetze nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität. Das muss für den Personen- wie auch für den Güterverkehr gelten. Die Trennung von Eisenbahnnetzbetreiber von Transportunternehmen wie auch die Standardisierung und Transparenz der Transportentgelte sind hierfür wesentliche Voraussetzung. Damit steigern wir die Effizienz, Flexibilität und Zuverlässigkeit der europäischen Schieneninfrastruktur und senken Kosten für Reisende und Unternehmen. Des Weiteren setzen wir uns für den konsequenten Ausbau der Transeuropäischen Eisenbahnnetze zu Hochleistungs- und Hochgeschwindigkeitskorridoren ein. Die Einführung des digitalen Zugsicherungssystems European Train Control System (ETCS) sowie der Digitalen Automatische Kupplung sind wichtige Instrumente zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Transeuropäischen Eisenbahnnetzes und müssen daher bis Ende des Jahrzehnts europäischer Standard sein.

Schaffen wir ein Europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz

Wir Freie Demokraten fordern ein Europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz mit einer Geschwindigkeit von 300 km/h. Schienennetze und Ticketsysteme sollen harmonisiert, Netz und Betrieb getrennt und das Europäische Eisenbahnverkehrssystem (ERTMS) flächendeckend eingeführt werden.

Ein zuverlässiges Hochgeschwindigkeitsnetz ist unerlässlich für einen klimaneutralen Personen- und Güterverkehr in Europa. Damit verbessern wir die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger, stärken den Binnenmarkt und fördern den Tourismus. Um die Interoperabilität zu gewährleisten, müssen neben der Einführung des ERTMS auch die Lichtraumprofile, Spurweiten und Bahnsteighöhen vereinheitlicht werden. Zudem wollen wir einen EU-Standard für Magnetschwebbahnen schaffen und Strecken identifizieren, auf denen eine Magnetschwebbahn wirtschaftlich ist.

Einheitlicher Europäischer Eisenbahnraum

Wir wollen einen neuen Anlauf zur Weiterentwicklung der bisherigen vier Eisenbahnpakete auf europäischer Ebene machen, um endlich die letzten Hürden bei der Interoperabilität aus dem Weg zu räumen und echten Wettbewerb im europäischen Schienenverkehr zu ermöglichen.

Erst auf langen Distanzen gewinnt der Schienengüterverkehr an Attraktivität und wird gegenüber dem Straßengüterverkehr wettbewerbsfähig. Allerdings konnte ein einheitlicher europäischer Eisenbahnraum noch immer nicht realisiert werden. Zu häufig müssen Triebwagen noch immer an Landesgrenzen getauscht werden, weil es in der EU noch immer nicht möglich ist, auf den TEN-T-Korridoren mit einem einheitlichen Verkehrssicherungs- und Leitsystem zu fahren.

Ebenso müssen die Lokführer spezielle Sprachkenntnisse nachweisen, wenn sie in einem anderen EU Land einen Zug bedienen wollen. Über diese Hindernisse verfügt der Straßengüterverkehr nicht. Daneben ist es bei den Beratungen zum 4. Eisenbahnpaket nicht gelungen, die Mitgliedstaaten auf eine organisatorische Trennung von Netz und Betrieb zu verpflichten. Dies muss in einem 5. Eisenbahnpaket nachgeholt werden, um in allen Mitgliedsstaaten echten Wettbewerb im Schienenverkehr zu ermöglichen.

Interrail und europaweites Bahnticket

Wir Freie Demokraten setzen auf ein Europa der Freiheit und der Mobilität. Wir werden an der Personenfreizügigkeit im Schengen-Raum weiter festhalten und diese aktiv verteidigen. Sie ist ein großer Gewinn für jeden Einzelnen sowie die gesamte europäische Wirtschaft. Der Interrail-Pass, der sich an junge Menschen richtet, erfreut sich seit Jahren hoher Beliebtheit. Darüber hinaus fordern wir die Einführung eines gemeinsamen Europa-Tickets für alle jungen Europäerinnen und Europäer, das nicht nur Bahnstrecken, sondern auch den öffentlichen Personennahverkehr umfasst.

Mobilität einfach machen – Chancen der Digitalisierung nutzen

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bürger mit einem Klick die Mobilitätsdienstleistungen buchen können, die zu ihrer Lebenswirklichkeit passt. Dafür werden wir verkehrsträgerübergreifende und grenzüberschreitende Mobilität erleichtern, indem wir auf europäische Standards, offene Datenschnittstellen sowie Datenplattformen setzen. Mit diesem Multimodal Digital Mobility Services Ansatz ermöglichen wir eine echte Ende-zu-Ende-Mobilität und schaffen gleichzeitig mehr Transparenz und Verbraucherschutz.

Klimaneutrale Luft- und Schifffahrt

Wir Freie Demokraten wollen Klimaneutralität im Luftverkehr und im Schiffsverkehr so schnell wie möglich bis spätestens 2050 erreichen. Dieses Ziel kann nur gemeinsam mit Anstrengungen von Industrie, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft gelingen.

Der Luftverkehr wie auch der Seeverkehr dient nicht nur der Völkerverständigung, sondern ist auch für einen wettbewerbsfähigen Industriestandort und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze unerlässlich. Die Binnen- und Küstenschiffsverkehre sind wichtig für den innereuropäischen Warenverkehr. Das Hauptinstrument für die Bepreisung von CO₂-Emissionen im Luftverkehr sind der Emissionshandel und das Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (CORSIA). Flugverbote lehnen wir ab. Im Seeverkehr steht die vollständige Integration in das europäische Emissionshandelsystem an, neben einer Vielzahl von internationalen Maßnahmen.

Zum Erreichen der Klimaneutralität setzen wir unter anderem auf den Einsatz alternativer Flugzeug- und Schiffs-kraftstoffe. Wir Freie Demokraten wollen die Technologieentwicklung im Flugzeugbau national und auf europäischer Ebene verstärkt unterstützen und die Luftfahrtforschung mit Schwerpunkt „klimaneutrales Fliegen“ stärken. Ziel ist die Fortentwicklung bestehender Antriebskonzepte, die Entwicklung neuer Antriebskonzepte, E-Antriebe für Kleinflugzeuge sowie kleine bis mittlere Regionalflugzeuge und die Einführung neuer Materialien. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen wir Freie Demokraten darüber hinaus auf die Umsetzung des einheitlichen europäischen Flugraums, der bis zu 10 Prozent CO₂-Emissionsreduktion bewirken kann.

Durchstarten mit einer neuen Weltraumpolitik

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine wettbewerbsfähige europäische Raumfahrtindustrie ein. Dazu fordern wir ein Europäisches Weltraumgesetz und den Zugang zum Raumfahrtzentrum Guayana für private Unternehmen. Die Europäische Weltraumagentur (ESA) wollen wir stärken.

Das zweite „Space Race“ hat begonnen. Doch diesmal geht es nicht nur um die Erkundung des Welt- raums, sondern auch um handfeste wirtschaftliche Interessen. Wir wollen, dass die europäische Wirtschaft auch im Weltraum wettbewerbsfähig ist. Die ESA braucht eine ausreichende und planbare Finanzierung und soll perspektivisch eine EU-Agentur werden. Eine Kooperation mit Roskosmos darf nicht erfolgen.

Gemeinsame Marsmission der freien Welt

Wir Freie Demokraten fordern eine gemeinsame Marslandung der freien Welt, unter Federführung der Weltraumagenturen Europas (ESA), Indiens (ISRO), Japans (JAXA), Kanadas (CSA) und der USA (NASA), der sich weitere demokratische Staaten anschließen können.

Der Mensch hat stets danach gestrebt, die Grenzen der eigenen Welt zu überschreiten. Nach einer Rückkehr zum Mond ist eine Marslandung daher der nächste logische Schritt in der Geschichte des Menschen. Eine Marslandung ist mehr als nur ein Spektakel. Denn sie erfordert vielfach neue Tech- nologien, deren Erforschung ungeahnte Fortschritte für die gesamte Menschheit bringt. Die beteilig- ten Staaten werden durch die gemeinsame Kraftanstrengung zusammengeschweißt und können die Kraft und den Einfallsreichtum demokratischer Systeme eindrucksvoll demonstrieren.

Flugtaxi und unbemannte Luftfahrzeuge

Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für die Einführung von Lufttaxi und den Ein- satz von unbemannten Luftfahrzeugen verbessern.

Daher muss das Know-how in Deutschland gesichert und das Geschäft mit dem Aufbau entsprechen- der physischer und digitaler Infrastruktur ermöglicht werden. Bereits heute leisten unbemannte Drohnen in der Landwirtschaft oder bei der Aufklärung von Naturkatastrophen einen wichtigen Bei- trag.

Unbemannte Luftfahrzeuge werden sich künftig auch im Luftraum zusammen mit pilotengesteuerten Luftfahrzeugen bewegen. Deshalb muss die Perspektive darauf ausgerichtet sein, ein sicheres Neben- einander von klassischer Luftfahrt und autonomen Luftfahrzeugen sicherzustellen. Wir Freie Demo- kraten wollen die EU-Drohnenstrategie 2.0 weiter umsetzen und stellen dabei insbesondere die Ak- zeptanz in der Bevölkerung für solche Dienstleistungen in den Mittelpunkt.

Führerschein ist gelebte Freiheit: Begleitetes Fahren stärken und Altersdiskriminierung zurückwei- sen

Wir Freie Demokraten sehen den Führerschein als gelebte Freiheit. Er ermöglicht Mobilität, gerade im ländlichen Raum. Daher wollen wir das Mindestalter zum Erwerb eines Pkw-Führerscheins senken und begleitetes Fahren bereits ab 16 Jahren ermöglichen. Dies führt nachweislich zu mehr Verkehrs- sicherheit. Im gleichen Maße lehnen wir Einschränkungen für Senioren durch verpflichtende, regel- mäßige Gesundheitstests als Voraussetzung für die Verlängerung des Führerscheins ab. Diese diskri- minieren ältere Menschen, die nachweislich niedrigere Unfallzahlen haben als andere Altersgruppen.

Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft stärken

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine marktwirtschaftliche Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein. Landwirtinnen und Landwirte wollen wir unabhängig von Agrarzahlungen machen und sie von überbordender Bürokratie entlasten.

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und unverzichtbar für die europäische und globale Ernährungssicherheit. Nur mit fairen Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt und gegenüber Drittstaaten sowie radikalem Bürokratieabbau können wir die Abwanderung der Landwirtschaft verhindern und Betriebe wettbewerbsfähig machen. Dass der Anteil der Agrarsubventionen aktuell 31 Prozent des EU-Haushalts ausmacht, halten wir für unverhältnismäßig. Die Forschungs- und Innovationsförderung sowie die einzelbetriebliche Investitionsförderung soll deshalb ins Zentrum der GAP rücken. Die flächenbezogenen Direktzahlungen der ersten Säule samt ihrer Konditionalität sollen schrittweise über einen Zeitraum von 15 Jahren berechenbar abgebaut werden. Auch auf WTO-Ebene setzen wir uns für einen Abbau von Agrarsubventionen ein, um einen freien Wettbewerb zu ermöglichen. Zudem braucht es eine Harmonisierung innerhalb der EU, statt einer Renationalisierung der GAP. Die GAP muss dadurch unbürokratischer und transparenter werden.

Innovation in der Landwirtschaft ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen Innovationen in der Landwirtschaft, wie Gentechnik, In-vitro-Fleisch, die Milchproduktion durch Mikroorganismen, oder Insekten als Nahrung und Futtermittel, ermöglichen. Dafür setzen wir uns für zügige und wissenschaftlich fundierte Zulassungsverfahren ein.

Unsere heimische Landwirtschaft kann nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir Innovationen ermöglichen und ermutigen. Beispielsweise kann die grüne Gentechnik den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft deutlich verringern und die Produktivität steigern. Das leistet auch einen Beitrag für die globale Ernährungssicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung. Innovationen wie In-vitro-Fleisch oder Insektenmehl als Futtermittel können den CO₂-Ausstoß reduzieren. Damit können wir einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen leisten.

Pflanzenschutz durch Innovationen ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Landwirtschaft auch in Zeiten des Klimawandels gesunde Pflanzen ernten kann. Wir fordern daher ein beschleunigtes Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert, sowie ein Update für das EU-Gentechnikrecht. Die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft erfordert die Verfügbarkeit innovativer Pflanzenschutzmittel mit unterschiedlichen Wirkmechanismen. Neue Züchtungstechniken bieten mit hochpräzisen und kostengünstigen biotechnologischen Eingriffen umweltfreundliche Lösungen. Widerstandsfähige Pflanzen können den Einsatz von Pflanzenschutz und Dünger erheblich verringern. Wir Freie Demokraten stehen für einen offenen und transparenten Umgang mit den neuen Züchtungstechniken des Genome Editing, welches das Portfolio der biotechnologischen Methoden ergänzt. Wir setzen uns daher für eine vollständige Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts ein, um nicht nur die Bewertung der inzwischen klassischen Grünen Gentechnik an den heutigen Wis-

sensstand anzupassen, sondern auch genominterne Änderungen mithilfe von CRISPR/Cas9 transparent, rechtlich klar und fortschrittsorientiert so zu regeln, dass das Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird.

Europäisches Tierschutzlabel und europaweite Tierschutzstandards

Wir Freie Demokraten fordern europaweite Mindeststandards für den Tierschutz und ein Europäisches Tierschutzlabel, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher die Haltungsbedingungen einfach erkennen können.

Tierschutz und Tierwohl sind für uns eine Selbstverständlichkeit und für uns ist Tierwohl keine Frage der Stallgröße, sondern des Zustands des einzelnen Tieres. Wir wollen nicht, dass niedrige Tierschutzstandards zu einem Wettbewerbsvorteil führen. Deshalb brauchen wir europaweite Mindeststandards für den Tierschutz, die auch kleinere und mittlere Betriebe mitgehen können. Damit auch die Verbraucherinnen und Verbraucher Verantwortung für das Tierwohl übernehmen können, müssen die Haltungsbedingungen einfach erkennbar sein.

Nachhaltiger Lebensmittelmarkt

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, die Verschwendung von Lebensmitteln zu reduzieren. Deshalb wollen wir die EU-Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse grundlegend vereinfachen. Statt dem äußeren Erscheinungsbild soll allein die Qualität des Produkts entscheidend sein.

Die EU-Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse sollen hohe Qualitätsstandards für Lebensmittel sicherstellen. Neben qualitativen Anforderungen stellen sie allerdings auch eine Reihe ästhetischer Kriterien auf, wie zum Beispiel ein Apfel auszusehen hat. Diese ästhetischen Kriterien sagen nichts über die Sicherheit eines Produkts aus. Sie führen aber dazu, dass eigentlich hochwertiges Obst und Gemüse nicht verkauft werden darf, weil es äußerlich von der Norm abweicht. Durch eine Reform wollen wir Landwirten ermöglichen, ihre gesamte Ernte zu vermarkten.

Fischereipolitik

Wir Freie Demokraten wollen eine europäische Fischereipolitik, welche eine nachhaltige Bewirtschaftung der Meere sicherstellt und den Erholungswert der Gewässer für die Menschen stärkt. Wir wollen jegliche Fischerei konsequent an den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Dabei sind Umweltverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität absolut gleichrangig zu sehen. Nur so kann die Fischerei ihre wichtige Rolle für die Welternährung auch in Zukunft spielen. Die Erfolge der Europäischen Fischereipolitik auf diesem Gebiet müssen gesichert werden. Zur Entlastung der Wildfischbestände vor Europas Küsten wollen wir mit einheitlichen Standards die nachhaltige Fischerzeugung in Aquakulturen beziehungsweise Aquafarming voranbringen. Bestrebungen der Europäischen Kommission, das Freizeitangeln zunehmend den Vorgaben der Gemeinsamen Fischereipolitik und engmaschigen Datenerhebungen zu unterstellen, lehnen wir aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ab. Vorgaben wie Entnahme- oder Anlandungspflichten bei quotierten untermaßigen Fischen auch auf Anglerinnen und Angler zu übertragen, würde in den Mitgliedstaaten zu einem unangemessenen Kontrollaufwand führen.